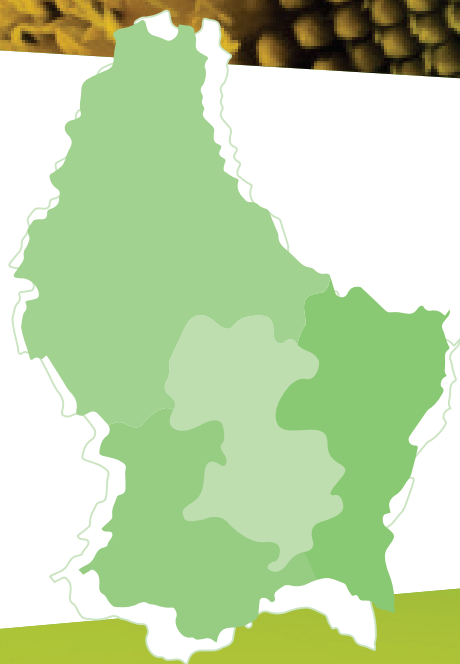




ZUKUNFT ZESUMMENHALT GUTT LIEWEN

Well mer eist Land gär hunn



WAHLEN 2018
GRÉNGE
WAHLPROGRAMM

GRÉNG.LU



LIEBE WÄHLERINNEN, LIEBE WÄHLER,

Luxemburg boomt. Menschen aus aller Welt kommen zu uns, um hier zu leben und zu arbeiten. Diejenigen, die neu zu uns gekommen sind, wie auch die, die schon immer da waren, verbindet die Liebe zu unserer unglaublich schönen Natur: den hügeligen Landschaften, dichten Wäldern, Flüssen und Bächen. Sie schätzen die Vielfalt, lebendige Multikulturalität sowie die Lebensqualität, die Sicherheit und nicht zuletzt das Zusammenleben in unseren Städten und Dörfern.

Das alles – und vieles mehr – macht unser Land aus. Und es ist nicht selbstverständlich. Wir müssen jetzt gemeinsam die Weichen für unsere Zukunft stellen.

Dieses Programm, das die Mitglieder von déi gréng während der letzten Monate erarbeitet haben, ist ein Kompass, der die Orientierung vorgibt und zu einer besseren, gerechteren Gesellschaft führt.

Sie treffen am 14. Oktober eine wichtige Wahl. Wählen Sie déi gréng.

Für die Zukunft, den Zusammenhalt und ein gutes Leben

Junglinster, den 30ten Juni 2018

Wahlprogramm – déi gréng 2018

Inhaltsverzeichnis

Einleitung Luxemburg – ein Land am Limit **7**

1^{ten} Deel Grondlage fir ee gutt Liewe **9**

Kapitel I – Eis Natur a Liewensgrondlage schützen **9**

1. Natur schützen und Umwelt erhalten	9
1.1 Biodiversität bewahren	10
1.2 Fruchtbare Böden und sauberes Trinkwasser sichern	11
1.3 Luftqualität und Ruhe garantieren	11
1.4 Abfall vermeiden	12
2. Klimaschutz und Innovation verbinden	13
2.1 Chancen für Handwerk und Industrie nutzen	13
2.2 Energiewende von unten fördern	15
3. Naturnahe Landwirtschaft für eine gesunde Ernährung	18
3.1 Agrarpolitik grüner machen	18
3.2 Gesundes Essen fördern	20
4. Tiere schützen, auch in Landwirtschaft und Forschung	22

Kapitel II – Famille stäerken, ee Liewe laang **23**

5. Zusammenhalt von Anfang an	23
5.1 Vereinbarkeit von Arbeit und Familie verbessern	23
5.2 Unterstützung bis ins hohe Alter	24
5.3 Pflege für ein würdiges Altern	27
5.4 Renten absichern	27
5.5 Garantiertes Mindesteinkommen schützen	28
6. Kindern beste Chancen geben	30
6.1 Kinder von Anfang an stärken	30
6.2 Hochwertige Kinderbetreuung garantieren	31
6.3 Grundschule des Erfolgs sichern	32
6.4 Sekundarunterricht als Vorbereitung aufs Leben	34
6.5 Schulabbruch verhindern	35
6.6 Optimale Orientierung bieten	36
6.7 Berufsausbildung aufwerten	36
6.8 Ein Universitätsstudium schafft neue Perspektiven	37
7. Gesundheit stärken	39
7.1 In einer gesunden Umwelt leben	40
7.2 Prävention Vorrang geben	40
7.3 Gesundheitsberufe aufwerten	41
7.4 Qualität in Krankenhäusern sichern	41
7.5 Patientenrechte ausbauen	42
7.6 Gesundheit in der Schule und am Arbeitsplatz	43
7.7 Bei guter Gesundheit alt werden	44
7.8 Therapie in der richtigen Dosis	44
7.9 Menschenwürdige Psychiatrie fördern	45

2^{ten} Deel Zesumme weidergoen	47
Kapitel III – D'Recht op ee gutt Zesummeliewe fir jiddereen	47
8. Integration erleichtern	48
8.1 Politische Beteiligung stärken	48
8.2 Brücken bauen	49
8.3 Flüchtlingspolitik humanisieren	50
9. Gleiche Rechte und Anerkennung schaffen	52
9.1 Selbstbestimmung über Körper und Lebensplanung	52
9.2 Gleiche Rechte ungeachtet von Gender-Identität	52
9.3 Männer in ihrer Elternrolle fördern	53
9.4 Frauen in Führungspositionen bringen	53
9.5 Gleiche Rechte bei Renten und Steuern sichern	54
9.6 Gewalt gegen Frauen ächten	54
9.7 Menschenhandel bekämpfen	55
10. Gesellschaftliches Engagement fördern	56
10.1 Jugend ernst nehmen	56
10.2 Sport für alle fördern	57
11. Kultur und Kreativität stärken	59
11.1 Kunstschaaffende stärken	59
11.2 Die verschiedenen Kunstbereiche fördern	60
11.3 Kultureinrichtungen absichern und weiterentwickeln	61
11.4 Den Zugang zur Kultur fördern	62
11.5 Kulturgüter und Wissen erhalten	63
11.6 Frauen in der Kultur sichtbar machen	63
12. Politische Bildung und freie Medien stärken	64
12.1 Politische Bildung fördern	64
12.2 Die Vielfalt der Medien erhalten	65
12.3 Den Zugang zu den neuen Medien sichern	66
Kapitel IV – Fräiheet a Biergerrechter schützen	67
13. Eine starke und unabhängige Justiz	67
13.1 Zugang zu einer zeitgemäßen Justiz	67
13.2 Familienrecht modernisieren	68
13.3 Den Strafvollzug in den Dienst der Gesellschaft stellen	69
13.4 Die Modernisierung der Justiz fortführen	69
14. Vor Drogensucht schützen, Drogenkonsum entkriminalisieren	71
15. Konsumentenschutz ernst nehmen	73
15.1 Konsumenten besser informieren	73
15.2 Konsumentenrechte stärken	74
16. Öffentlicher Dienst und Verwaltungsreform	75
16.1 Staatliche Prozeduren beschleunigen	75
16.2 Öffentlicher Dienst : attraktiv und kompetent	75
17. Demokratische Institutionen stärken	77
18. Finanzpolitik auf Zukunft ausrichten	78
18.1 Langfristig ausgeglichene öffentliche Finanzen	79

3^{ten} Deel D'Zukunft fänkt haut un **81**

Kapitel V – Eist Land weider entwéckelen **Besser Wunnen, Mobilitéit ouni Stress** **81**

19. Mehr Mobilität statt mehr Verkehr	82
19.1 Eisenbahn, Tram und Bus ausbauen	83
19.2 Platz schaffen für Fahrrad und Fußgänger	84
19.3 Straßen bauen für das 21. Jahrhundert	85
19.4 Durch digitale Unterstützung mobil werden	85
19.5 Belastung durch Flugverkehr reduzieren	86
20. Wohnraum für alle schaffen	87
20.1 Öffentliche Mietwohnungen schneller bauen	87
20.2 Eigentum verpflichten und korrekt besteuern	88
20.3 Mieter unterstützen	88
21. Landesplanung ernst nehmen	90
21.1 Wirtschaftliche Entwicklung langfristig planen	91
22. Gemeinden stärken und Bürgerbeteiligung modernisieren	92
23. Wirtschaftliche Diversifizierung antreiben	93
23.1 Grüne Ökonomie weiterbringen	93
23.2 Gutes Leben ist mehr als Bruttosozialprodukt	94
23.3 Das Handwerk fördern	95
23.4 Start-Ups und Mittelstand stärken	96
23.5 Einen nachhaltigen Tourismussektor aufbauen	97
23.6 Finanzplatz auf die Zukunft ausrichten	98
24. Forschend die Zukunft gestalten	99

Kapitel VI Sécher schaffen am digitalen Zäitalter **101**

25. Arbeitsplätze sichern und Digitalisierung steuern	102
25.1 Digitale Ökonomie in die Verantwortung nehmen	102
25.2 Das Arbeitsrecht an die digitalen Arbeitsbedingungen anpassen	102
25.3 Arbeitsbedingungen verbessern	103
26. Die richtige Arbeit für Jung und Alt	104
26.1 Jugend in Arbeit bringen	104
26.2 Erfahrung schätzen lernen	104
26.3 Menschen mit spezifischen Bedürfnissen integrieren	105
26.4 Auch Arbeitgeber unterstützen	105
27. Datensicherheit für Betriebe, Datenschutz für alle	107
27.1 Verbraucherschutz, auch in der digitalen Welt	107
27.2 Ein freies und offenes Internet für alle	108
27.3 Den Digitalisierungsprozess begleiten	109

Kapitel VII Ee gutt Liewen mat Europa	111
28. Ein starkes Europa schützt seine Bürger	111
28.1 Europa sorgt für eine gesunde Umwelt und schützt Tiere	111
28.2 Europa kämpft gegen Sozial- und Steuerdumping	112
28.3 Europa verteidigt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	113
29. Internationale Politik verantwortlich gestalten	114
29.1 Europapolitik in Luxemburg stark machen	114
29.2 Verantwortung in der Welt übernehmen	114
29.3 Sich mutig für den Frieden einsetzen	115
30. Welthandel gerecht gestalten	118
30.1 Leitplanken für einen fairen Welthandel	118
30.2 Europas Verantwortung im globalen Handel	119

Einleitung

Luxemburg – ein Land am Limit

Luxemburg ist heute in vielerlei Hinsicht erfolgreicher denn je. Unser Land boomt und zieht internationale Unternehmen aus ganz unterschiedlichen Branchen an. Menschen aus aller Welt kommen zu uns, um hier zu leben und zu arbeiten. Diejenigen, die neu zu uns gekommen sind, wie auch die, die schon immer da waren, verbindet die Liebe zu unserer unglaublich schönen Natur: den hügeligen Landschaften, dichten Wäldern, Flüssen und Bächen. Sie schätzen die Vielfalt, lebendige Multikulturalität, guten Wein sowie die Lebensqualität, die Sicherheit und nicht zuletzt das Zusammenleben in unseren Städten und Dörfern.

Das alles – und vieles mehr – macht unser Land aus. Und es ist nicht selbstverständlich.

Um all das zu bewahren, müssen wir die zukünftige Entwicklung planen und steuern. Denn das enorme Wachstum stellt unser Land auch vor Probleme: Bevölkerungswachstum und Pendlerverkehr führen zu verstopften Straßen, bezahlbarer Wohnraum wird knapp, die Preise steigen. Und bei weitem nicht alle profitieren vom Wachstum in gleichem Maße. Manche haben Sorge, abgehängt zu werden. Und bei vielen macht sich das Gefühl breit, dass mit jedem Prozent mehr an Wachstum auch etwas von dem verloren geht, was Luxemburg für sie ausmacht. Der stetig hohe Flächenbedarf bedroht unsere natürlichen Landschaften. Der Zusammenhalt in unseren Dörfern und Städten scheint zu schwinden.

Diese Entwicklungen sind nicht alternativlos. Luxemburg kann seine Zukunft gestalten, weil es die Mittel, die Beweglichkeit und die Menschen mitbringt, um auf die Herausforderungen unserer Zeit wirksam zu reagieren.

Es ist Zeit, den Fuß vom Gas zu nehmen und zu fragen: In welchem Land wollen wir in Zukunft leben? Wie soll unser Land in Zukunft aussehen? Wie wollen wir wirtschaften? Wie wollen Familien und Kinder leben? Welche Werte wollen wir bei aller Veränderung bewahren? Das gilt für Natur und Umwelt – wir haben nur eine! Aber auch für scheinbar selbstverständliche gesellschaftliche Errungenschaften wie beispielsweise Selbstbestimmung und das Recht auf Privatsphäre, die es gegen die Big Player des digitalen Kapitalismus zu verteidigen gilt. Beim Daten- und Verbraucherschutz müssen an den richtigen Stellen Grenzen gesetzt werden.

Für déi gréng ist Politik mehr als nur ein Reparaturbetrieb für die Folgen eines überhitzten Wachstumsmodells. Für uns bemisst sich gesellschaftlicher Wohlstand nicht allein an Konjunkturdaten und Wirtschaftsrankings. **Wohlstand heißt für uns**, dass

- ich auch als Geringverdiener noch eine Wohnung im Land finde,
- ich dank kluger Konzepte wieder mobil und bewusst von A nach B komme
- ich gesunde Lebensmittel zu fairen Preisen einkaufen und diese auch in Schulrestaurants oder Krankenhäusern bekommen kann,
- ich in Zeiten künstlicher Intelligenz selbstbestimmt leben und entscheiden kann,
- auch unsere Kinder und Kindeskiner noch Luxemburgs schöne Natur und eine intakte Umwelt erleben dürfen,
- meine Kinder in der Schule eine gute Ausbildung erhalten und im Anschluss die Chance auf einen guten und sicheren Job,
- die Großeltern im Alter gut versorgt sind,
- ich mich auf meine Nachbarn und Mitmenschen verlassen kann, und wir füreinander da sind,
- ich nicht nur qualitativ hochwertige Medizin, sondern auch wissenschaftlich geprüfte, alternative und präventive Gesundheitsangebote von der Gesundheitskasse rückerstattet bekomme,
- auch die Tiere, schmerzempfindende Lebewesen, geschützt und artgerecht behandelt werden.

Dafür müssen wir jetzt gemeinsam die Weichen stellen.

Die Zukunftsmacher von heute

Eines ist gewiss: Weder mit einem bloßen Verwalten der bestehenden Verhältnisse noch mit Abschottung und einem plumpen „Luxemburg First“ lässt sich den großen Umbrüchen unserer Zeit, wie sie sich aus der Digitalisierung, dem Klimawandel oder dem Aufstieg autoritärer Regierungen in Europa ergeben, begegnen.

Für uns, déi gréng, sind Wegschauen und Aussitzen keine Option. Wir glauben: Es geht darum, die Verhältnisse zu *gestalten*. Es geht darum, **allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ein gutes Leben zu ermöglichen**, das Gemeinwohl zu fördern und gleichzeitig die **Interessen der zukünftigen Generationen** im Blick zu behalten.

déi gréng haben in den vergangenen fünf Jahren einiges erreicht. Aber die Arbeit hat gerade erst begonnen. Denn die Welt um uns herum verändert sich rasant. Anders als die Populisten versprechen wir keine einfachen Lösungen – und wir nehmen auch nicht für uns in Anspruch, auf alles eine Antwort zu haben. Stattdessen laden wir alle hier lebenden Menschen ein, gemeinsam das Zusammenleben zu verbessern und die Weichen für das Luxemburg von Morgen zu stellen:

- Für ein lebenswertes Land, in dem der Erfolg unserer Kinder nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt;
- Für eine nachhaltige und innovative „Green Economy“, die auf unseren Stärken aufbaut, gute und sichere Arbeitsplätze schafft und unsere natürlichen Ressourcen auch für die kommenden Generationen erhält;
- Für eine offene Gesellschaft, in der wir unser Zusammenleben miteinander und nicht nebeneinander organisieren.

Nur eine Gesellschaft, in der die Menschen sich einbringen und zusammenhalten, ist eine Gesellschaft, die für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet ist.

Zukunft. Zesammenhalt. Gutt Liewen.

Well mer eist Land gär hunn

1^{ten} Deel

Grondlage fir ee gutt Liewe

Naturschutz ist Menschenschutz. Durch unser konsequentes Engagement für Schmetterlinge, Feldhasen, gesunde Luft, fruchtbare Böden und sauberes Wasser sichern wir auch den kommenden Generationen die Möglichkeiten eine hohe Lebensqualität zu genießen. Denn auch in Zukunft wird eine gesunde Umwelt die Grundlage für gutes Leben und wirtschaftliche Entwicklung sein.

Kapitel I

Eis Natur a Liewensgrondlage schützen

Mit der Natur und Umwelt schützen wir die Grundlagen unseres Lebens. Der an kurzfristigem Profit orientierte Umgang mit der Natur und ihren Schätzen, ihr Konsum über die planetarischen Grenzen hinaus, fällt am Ende auch auf uns zurück. Wir wollen, dass alle Menschen frei, unbesorgt und gesund ihr Leben gestalten können. Eine Grundlage dafür ist sauberes Wasser, lebendige Böden, gesunde Luft und eine starke Artenvielfalt.

Ein zentrales Thema der Umweltpolitik war in den letzten Jahren der Klimawandel, der unbestreitbar zu den größten Herausforderungen unserer Zeit zählt. Wir sind der Meinung, dass das Klimaabkommen von Paris ein Meilenstein ist für die Rettung unseres Planeten. Allerdings muss der Geist des Vertragstextes auch in Luxemburg mit Leben gefüllt und die Verpflichtungen erfüllt werden. Hier ist besonders die Energiepolitik gefordert.

Neben dem rapiden Umbau der Energieproduktion und der Verringerung des Verbrauches, brauchen wir ebenfalls eine nachhaltigere Ressourcennutzung. Vermeiden geht vor Wiederverwenden. Weniger Ressourcenverbrauch ist der erste wichtige Schritt hin zur Kreislaufwirtschaft.

Eine intakte Umwelt hat auch einen wesentlichen Einfluss auf unsere Gesundheit. Gute Luftqualität, Lärmschutz, Gewässer- und Trinkwasserschutz, aber auch gentechnikfreie, hochwertige Lebensmittel sind relevante Themen in diesem Zusammenhang.

Unser Standpunkt ist klar: Wir müssen Natur, Luft, Wasser und Boden schützen, damit wir die Lebensqualität der Menschen erhalten können und ein gutes und friedliches Leben in Luxemburg und auf unserem blauen Planeten ermöglichen.

1. Natur schützen und Umwelt erhalten

In der vergangenen Legislaturperiode wurden unter grüner Federführung zahlreiche Gesetze im Umweltbereich komplett reformiert und alle wichtigen Umweltpläne überarbeitet, um den Schutz unserer natürlichen Umwelt und der natürlichen Ressourcen zu verbessern.

Dazu gehören unter anderem das Naturschutz- und das Wasserschutzgesetz, die Nationale Strategie für Biodiversität, die Verordnungen für Trinkwasserschutzzonen, der Nationale Plan für Luftqualität sowie die Gesetzesvorlagen zum Bodenschutz und zum Wald.

Doch nach wie vor ist der Artenrückgang nicht gestoppt. Dabei ist das große Artensterben neben der Klimakrise die zweite existenzielle Bedrohung für unsere globalen Ökosysteme und damit für uns Menschen. Aber auch in den Bereichen Luftqualität, Boden- und Wasserschutz bleiben zahlreiche Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte aufzuholen.

Der von déi greng eingeschlagene Weg muss weiterverfolgt werden.

1.1 Biodiversität bewahren

Der Erfolg beim Schutz der Artenvielfalt hängt eng mit Maßnahmen zusammen, die in den Bereichen Landwirtschaft, Mobilität, Landesplanung oder Industrie-Entwicklung getroffen werden. Natur- und Umweltschutz dürfen nicht nur als die Beseitigung von Folgeschäden betrachtet werden, sondern als Voraussetzung einer gesunden und sicheren Entwicklung des Landes. Es geht auch hier ums Ganze: Blumenwiesen, Bienen und Feldhasen, gesunde Lebensmittel, lebendige Dörfer, Naherholungsgebiete für Städte sind die Grundlagen für eine lebenswerte Zukunft.

déi gréng werden:

- den **Nationalen Plan für Naturschutz** (PNPN) **umsetzen** und die geplanten nationalen Natur- und Wasserschutzzonen ausweisen;
- den kommunalen Naturschutz durch die **Einführung eines „Naturschutzpaktes“** zwischen Staat und Gemeinden stärken. Dabei werden wir die kommunalen Naturschutzsyndikate zu einem flächendeckenden Netz ausbauen;
- die **Bebauung in den „zones vertes“ auf Ausnahmen beschränken**, damit dort landwirtschaftliche Aktivitäten und Naherholung auch für zukünftige Generationen gesichert bleiben;
- die Zuständigkeit für Pestizide an das Umweltministerium übertragen und pestizidfreie Flächen vergrößern, um das Massensterben der Insekten zu stoppen;
 - o Wir werden einen kurzfristigen Ausstiegsplan für Glyphosat und Neonikotinoide ausarbeiten und umsetzen.
 - o Pestizide, die Menschen und Insekten gefährden, sollen in der Landwirtschaft stark reduziert werden und aus den privaten Haushalten vollständig verschwinden.
- das Gesetz zum Schutz der Wälder zur Abstimmung ins Parlament bringen und so die bestehenden **Wälder** erhalten. Naturverjüngung und waldschonende Arbeitsmethoden sollen als Leitbild der nachhaltigen Waldbewirtschaftung gelten. Wir werden das nationale Holzcluster ausbauen und valorisieren;
- die **Jagd** im Sinne des aktuellen Jagdgesetzes regulieren und das Fuchsjagdverbot aufrechterhalten;
- ein **neues Fischereigesetz** ausarbeiten, welches Ressourcenschutz und Tierwohl garantiert
- die Verwaltung stärken, damit sie **bei Verstößen gegen die Umweltgesetzgebung schnell und effizient ahnden** kann;
- das **Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen (GMOs)** in Luxemburg aufrechterhalten, auch wenn diese mit Hilfe der sogenannten „neuen Gentechnikverfahren“ entwickelt wurden;
- durch ein Programm zur Bewahrung und Vermehrung von einheimischen Nutzpflanzen die **Artenvielfalt bei Nutzpflanzen in Ackerbau und Gemüseanbau stärken**;
- die Rolle der **Naturparks** beim aktiven Naturschutz stärken;
- die **Lichtverschmutzung reduzieren**, um Mensch und Natur vor den negativen Konsequenzen von zu viel künstlichem Licht zu schützen und die natürlichen Lichtverhältnisse der Nacht wiederherzustellen;
- einmal jährlich eine **„lichtarme“ Nacht** einführen.

1.2 Fruchtbare Böden und sauberes Trinkwasser sichern

Wasser ist die Grundlage unseres Lebens. Wasser ist auch ein Grundnahrungsmittel mit dem wir haushalten müssen, denn es steht uns nur in begrenzter Menge zur Verfügung. Der Schutz des Trinkwassers beginnt dabei beim Boden, durch den der Regen sickert und zum Quellwasser wird.

Saubere Bäche und Flüsse beherbergen eine reiche Artenvielfalt und deren naturnahe Uferräume prägen unsere Landschaften. Unsere Kinder sollen wieder in den Flüssen baden können und der Fischbestand soll sich in den Bächen erholen. Durch die Förderung einer naturnahen Landwirtschaft im Einklang mit dem Wasserschutz werden wir den Bauern Einkommenssicherheit garantieren.

Darüber hinaus hat die EU durch zahlreiche Wasserschutzrichtlinien die Grundlage der Wasserschutzpolitik festgelegt, deren Nichteinhaltung auch finanzielle Konsequenzen nach sich zieht.

déi gréng werden:

- bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode sämtliche **Trinkwasserschutzzonen** ausweisen und die nötigen Begleitprogramme in Kooperation mit den Gemeinden und den Bauernverbänden umsetzen;
- dafür sorgen, dass die Ziele der **EU-Wasserrahmenrichtlinien** „Saubere Flüsse“ und „Trinkwasserquellen ohne Pestizidrückstände“ eingehalten werden;
- bestehende **Kläranlagen ausbauen** und zahlreiche kleine Anlagen modernisieren um dadurch die Belastung durch organische Schadstoffe (micropolluants) zu reduzieren;
- möglichst viele Bäche und Flüsse renaturieren und damit auch den „aktiven“ Hochwasserschutz und die Anpassung an Klimaveränderungen vorantreiben;
- zusammen mit den Gemeinden Kampagnen durchführen, die über lokale Trink- und Gewässerqualität informieren und für einen **sparsamen Umgang mit Trinkwasser** sensibilisieren. Prämien für wassersparende Geräte sollen Sparpotentiale in den Haushalten ausschöpfen;
- das neue **Bodenschutzgesetz** zügig zur Abstimmung bringen und umsetzen, damit brachliegende Flächen schneller saniert werden können und dadurch Flächenverbrauch reduziert wird sowie verseuchte Brachen gar nicht erst entstehen;
- die **Beratungsdienste** im Bereich des aktiven Umweltschutzes für Landwirte, Betriebe, Gemeinden und Haushalte ausbauen.

1.3 Luftqualität und Ruhe garantieren

Die Gesundheitsbelastung durch Feinstaub aus Verbrennungsmotoren und Heizungen ist mittlerweile allenthalben anerkannt. Die Zahl der Krankheiten, hervorgerufen durch Luftschadstoffe, ist beträchtlich – die gesellschaftlichen Kosten erheblich. Deshalb müssen wir bereits heute den langfristigen Ausstieg aus der Technik der Verbrennungsmotoren planen.

déi gréng wollen:

- **strengere Luftstandards** in den Städten erreichen durch ein sukzessives Ersetzen der Verbrennungsmotoren.;
- **deutlich mehr in Lärmschutz investieren**, denn Lärm macht krank. Dabei haben wir alle Lärmquellen – vom Schienen-, Straßen- bis zum Luftverkehr – im Blick. Wir werden verbindliche Lärminderungspläne ausarbeiten und umsetzen.
 - o dazu gehören **nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzungen wie in Deutschland**, Frankreich und der Schweiz, auf vielbefahrenen Straßen entlang und durch Wohngebiete und

- **Förderung kommunaler und privater baulicher Maßnahmen** für bessere Luftqualität und Lärmschutz: Frischluftschneisen, Lärmschutzwände, Fassadenbegrünung, etc.;
- **Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Datenaufnahme** und dem Datenmonitoring im Bereich der Luftqualität **beteiligen**. Dazu müssen Weiterbildungen im Bereich der „Citizen Science“ angeboten werden;
- die Ansiedlung neuer Wirtschaftssektoren in Einklang bringen mit den Luftqualitäts- und Lärmschutzziele;
- Maßnahmen zur Verminderung von Schadstoffbelastungen im Innern der Gebäude fördern durch die Ausarbeitung entsprechender Kriterien bei Neubau und Renovierung.

1.4 Abfall vermeiden

Unser Konsum produziert viel Müll. Die Luxemburger Müllbilanz ist eine der schlechtesten in Europa und so produziert zum Beispiel jede*r Luxemburger*in im Schnitt 52 Kilogramm an Plastikverpackungsabfällen pro Jahr. Wer viel Abfall erzeugt, hat auch viele Ressourcen verbraucht, sowohl materielle als auch energetische. Damit die Energiewende gelingt und wir in eine echte Kreislaufwirtschaft einsteigen können, müssen wir das Volumen unserer Abfälle reduzieren und unsere Ressourcen schonen.

déi gréng werden:

- als langfristiges Ziel die vollständige Abfallvermeidung – „**Zero Waste**“ anstreben und klare quantitative Zwischenziele definieren;
- **kurzfristig Einwegprodukte aus Kunststoff und Aluminium** in Kantinen, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen **durch bessere Alternativen ersetzen** und im Sinne der vorgelegten EU-Richtlinie **dafür sorgen, dass Einwegprodukte aus Kunststoff und Aluminium verboten werden**; die Gemeinden stärker für die Müllvermeidung sensibilisieren und über den Klimapakt hierfür zusätzliche Anreize schaffen;
- im Handel und bei Veranstaltungen **Mehrweg-Alternativen** zum Einwegplastik fördern und schrittweise einführen;
- **den Kampf gegen Straßenmüll** in Kooperation mit den Gemeinden und den Ordnungskräften **verstärken**;
- das **Verursacherprinzip** stärker einsetzen und die Produzentenhaftung erweitern;
- **Initiativen von verpackungsarmen und verpackungsfreien Läden** im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten **fördern**;
- in öffentlichen Einrichtungen **eine angemessene Verwertung von Lebensmittelabfällen** obligatorisch **einführen**;
- **auf EU-Ebene ein Verbot von Produkten mit Mikroplastik-Partikeln, z.B. in Kosmetika oder Babywindeln** befürworten, da diese Partikel sich langfristig in Böden, Wasser und Lebewesen anreichern;
- auf EU-Ebene die Einführung einer Gesetzgebung befürworten, die sich gegen **künstlich herbeigeführte und frühzeitige Alterung** oder den geplanten Funktionsverlust von Produkten wendet (geplante Obsoleszenz);
- durch Aufklärungsprogramme **auf die Unterschiede zwischen Verfallsdatum und Mindesthaltbarkeitsdatum bei Lebensmitteln aufmerksam machen**;
- **den Weg von einer linearen Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft** mit viel weniger Energie- und Ressourcenverbrauch **ebnen**.

2. Klimaschutz und Innovation verbinden

Unter dem Impuls der Luxemburger EU-Präsidentschaft konnte in Paris ein ambitioniertes Klimaschutzabkommen verabschiedet werden. Mit der Ratifizierung dieses Abkommens hat Luxemburg sich dazu verpflichtet, seinen Beitrag zu leisten, damit die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius begrenzt wird. Viel wurde in dieser Hinsicht in den letzten Jahren in die Wege geleitet und umgesetzt: Ausbau der erneuerbaren Energien, Investitionen in den öffentlichen Transport, Subventionen für energieeffizientes Bauen und Wohnen.... Trotzdem bleibt noch viel zu tun, um bis Mitte dieses Jahrhunderts eine wirkliche Klimaneutralität in allen Sektoren zu erreichen und den Ausstieg aus Kohle, Erdöl und Erdgas zu schaffen.

Dabei ist es wichtig zu erkennen, dass Klimaschutz nicht nur eine Herausforderung, sondern gerade in Verbindung mit der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) auch eine Chance darstellt: Klimaschutz stärkt den Zusammenhalt unserer Kommunen und Regionen, macht uns weniger abhängig von Energieimporten, verbessert die Luftqualität und schafft neue, gute und sichere Arbeitsplätze in Handwerk und Industrie.

déi gréng werden:

- sich für eine kohärente und koordinierte Umsetzung der Ziele **der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen** auf nationaler Ebene einsetzen und dafür **einen Finanzierungsfonds schaffen**;
- ein **Konzept zur Umsetzung der Ziele der Agenda 2030** für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen **in den Gemeinden** ausarbeiten und ähnlich dem Klimapakt mit ihnen gemeinsam umsetzen;
- den **Klimapakt mit den Gemeinden** erweitern und die Ergebnisse beim Klimaschutz auch quantitativ messen – dazu muss den Gemeinden mehr Unterstützung bei personellen Ressourcen zukommen und die Datenlage verbessert werden;
- auf **Grundlage des dritten Nationalen Nachhaltigkeitsplanes** (PNDD) eine Plattform schaffen, auf der die Zivilgesellschaft und alle betroffenen Akteure sich an der konkreten Umsetzung der UN Nachhaltigkeitsziele beteiligen können;
- ein **Klimaschutzgesetz** mit sektoriellen Reduktionszielen zur nationalen Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens einbringen, mit dem langfristigen Ziel Luxemburg klimaneutral zu gestalten;
- die **Abhängigkeit der öffentlichen Finanzen vom Tank- und Tabaktourismus reduzieren**. Die Studie zum Tanktourismus hat die Spielräume aufgezeigt, die die nächste Regierung nutzen sollte um den Tanktourismus mittelfristig zu verringern.

2.1 Chancen für Handwerk und Industrie nutzen

Im Bereich Klima und Energie hat sich in der vergangenen Legislaturperiode einiges getan. So konnte bei der nationalen CO₂-Bilanz erstmals ein erkennbarer Rückgang der Emissionen verzeichnet werden sowie, seit 2014, eine starke Steigerung der Produktion erneuerbarer Energien. Allein der Strom, der aus Windkraftanlagen stammt, hat sich verdreifacht, die Produktion der Photovoltaik steigerte sich um die Hälfte.

Die finanziellen und volkswirtschaftlichen Risiken des Tanktourismus wurden erkannt und berechnet. Jetzt gilt es daraus auch die Konsequenzen mutig zu ziehen. Denn der eingeschlagene Weg für eine Energiewende und eine klimafreundliche Politik muss verstärkt fortgesetzt werden. Dafür ist es wichtig, alle mit ins Boot zu nehmen und zu unterstützen. Das gilt sowohl für die Haushalte als auch für die mittelständischen Unternehmen, die sich

schwertun, die notwendigen Investitionen jetzt zu tätigen. Aber auch beim Staat selber liegen derzeit viele Potentiale der Energiewende brach. Das sollte sich in der nächsten Legislaturperiode ändern.

déi gréng werden:

- die Beiträge Luxemburgs zur **Finanzierung** des internationalen Klimaschutzes weiterhin auf hohem Niveau halten;
- das freiwillige Energieeffizienz-Abkommen mit der Industrie durch einen „**Klimapakt für Industrie und Handwerk**“ ersetzen und die bestehenden Förderinstrumente besser nutzen;
- klima- und umweltschädliche **Subventionen im Staatshaushalt** schrittweise abbauen;
- alternative Finanzierungsquellen zwecks Finanzierung der Sozialsysteme erforschen, um einen Ausstieg aus dem Tanktourismus einleiten zu können;
- um Klimaschutz im Industriebereich, aber auch **die Investitionssicherheit in Erneuerbare Energien zu verbessern**, sich zusammen mit den Regierungen der Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Belgien auf die **Einführung eines Mindestpreises für CO₂** einigen. Härtefälle bei Industrie und Energiearmut werden dabei gezielt kompensiert werden. Gleichzeitig werden wir europäische Betriebe durch die Einführung einer CO₂-Importtaxe vor Umweltdumping schützen;
- die Transitionsbewegung unterstützen durch den Ausbau der „**Maisons de la Transition**“ mit zusätzlicher professioneller Mitarbeiterstruktur;
- **die Altbausanierung mit nachhaltigen Materialien** stärker unterstützen und kommunale Altbausanierungskonzepte erstellen, dazu soll die „Prime House“ weiterentwickelt werden damit gesundheitsschädliche Materialien nicht mehr unterstützt werden und so nicht mehr zur Anwendung kommen;
- **administrative Hindernisse**, steuerliche und rechtliche Hürden, die eine energetische Altbausanierung verhindern, **abbauen**;
- im Rahmen der nationalen Beihilfen darauf achten, dass schädliche Baustoffe ausgeschlossen werden und stattdessen regionale, gesundheitlich unbedenkliche und effiziente Produkte gefördert werden.

2.2 Energiewende von unten fördern

Der Anteil der regenerativen Energien konnte in den letzten 5 Jahren wesentlich erhöht werden. Doch immer noch muss Luxemburg seinen Energiekonsum zu 96% durch Importe abdecken. Wir sind damit nicht nur abhängig von Öl und Gas aus Ländern mit oft gänzlich anderem Demokratieverständnis, sondern wir vergeuden jedes Jahr rund 2 Mia. € (4% des PIB) an Steuergeldern, die wesentlich intelligenter in regenerative Energieproduktion investiert werden könnten und zur lokalen und regionalen Wertschöpfung und zu neuen Arbeitsplätzen führen könnten.

Energieproduktion

déi gréng werden:

- 100% Erneuerbare Energien beim Strombereich anstreben, dies in Kooperation mit den Nachbarn der Großregion. Folgende Maßnahmen stehen dabei an erster Stelle;
 - o die **Förderung für Photovoltaik-Anlagen (PV)** erhöhen und Anlagen bis 500 kW ungeachtet deren Gesellschaftsform via FeedIn-Tarif unterstützen;
 - o die Möglichkeit schaffen, dass **Betreiber von Photovoltaik-Anlagen** den von diesen Anlagen produzierten Strom selbst speichern, verbrauchen und verkaufen können;
 - o das **Potenzial der Aufdach-PV-Anlagen** besser ausnutzen nach dem Motto „je mehr umso besser!“. Wir werden weiterhin neue staatliche Gebäude systematisch mit Dach-PV-Anlagen ausstatten und bestehende öffentliche Gebäude nachrüsten. Wir werden auch die Nutzung der Potentiale im Gewerbe- und Industriebereich, sowie bei Wohnhäusern stärker fördern, vor allem beim Auskoppeln von Wärmeenergie;
 - o das **Potential der Freiflächen-PV-Anlagen fördern**, damit ungenutzte Konversionsflächen (Industriegebiete, Deponien,...) für die Energieproduktion erschlossen werden. Wir werden Pilotprojekte initiieren (z.B. Solarmodule auf hohen Stelzen), wo sich Landwirtschaft und PV-Stromerzeugung nicht gegenseitig ausschließen und die zudem eine hohe Biodiversität garantieren;
 - o das Potential der **Windkraft** konsequent nutzen, unter dem Respekt von Natur-, Arten- und Landschaftsschutz;
 - o ein nationales **Wärmekataster** erstellen und die Potentiale der erneuerbaren Wärme aufzeigen und besser ausschöpfen;
 - o aufgrund von Nachhaltigkeitskriterien den Ausbau von **landwirtschaftlichen Biogasanlagen** unterstützen, mit einem besonderen Augenmerk auf die Verarbeitung von Gülle und Mist;
 - o die Anwendung von **Agrokraftstoffen begrenzen** und bestehende Luxemburger Ziele für die Nutzung von Agrokraftstoffen reduzieren;
- dafür sorgen, dass Luxemburg Vorreiter in Sachen „intelligentes Netz“ wird;
- zur besseren Umsetzung der Energie- und Klimapolitik, die **Ressorts für Energie, Klima und Umwelt in einem Ministerium** zusammenführen.

Atomkraft – Nein Danke

Alternde Atomkraftwerke stellen ein inakzeptables Risiko dar. Die von EDF geplante Laufzeitverlängerung von Cattenom von 30 auf 60 Jahre ist eine Provokation und gefährdet die ansonsten guten nachbarschaftlichen Beziehungen in der Großregion. Im Verbund mit anderen EU-Mitgliedsstaaten wird Luxemburg sich sowohl in der EU als auch international mit aller Konsequenz gegen Atomkraft einsetzen. Dazu gehört die Reform

des Euratom-Vertrages, die Verschärfung der Sicherheitsauflagen, aber auch Klagen gegen die öffentliche Subventionierung von Atomkraft.

déi gréng werden:

- **die Schließung von Cattenom und Tihange zu einer Priorität** der nächsten Regierung machen;
- **alle rechtlichen und politischen Mittel ausschöpfen um EDF und die französische Regierung zur Einsicht zu bewegen.** Die Schließung von Cattenom ist eine lebenswichtige Frage für Luxemburg und die Grossregion;
- **gemeinsam mit den Bürgern in Belgien, der Niederländischen und der deutschen Regierung Druck auf die belgische Regierung ausüben,** Tihange spätestens 2025 zu schließen;
- das **Atomhaftungsgesetz** zur Abstimmung bringen und umsetzen;
- im Verbund mit anderen EU-Mitgliedstaaten sich für einen **Ausstieg oder eine Reform des Euratom-Vertrages einsetzen** um damit die öffentliche Subventionierung der Atomkraft beenden. In Kooperation mit Frankreich werden wir ein konkretes Alternativprojekt zum AKW Cattenom entwickeln;
- **sich dafür einsetzen, dass der Bau des Atomfusionsforschungsreaktoren ITER in Cadarache (Frankreich) mit Milliarden aus dem EU-Budget umgehend gestoppt wird.** Stattdessen soll am selben Ort ein internationales Forschungs- und Ausbildungszentrum für Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und intelligente Netze entstehen.

Energieverbrauch

déi gréng werden:

- den schrittweisen **Ausstieg aus fossilen Energien im Verkehrsbereich vorantreiben**, u.a. durch die Förderung der emissionsfreien Mobilität;
- eine sozial gerechte Gestaltung der Förderung für emissions- und schadstoffarme Autos und Motorräder umsetzen;
- über die Energieunternehmen, an denen der Staat Anteile hält, die **Energiewende** in Luxemburg konsequent unterstützen. Das beinhaltet, die Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien zur Priorität zu machen und den Import von Atomstrom zu stoppen;
- in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Kontrolle bei der Umsetzung der **Energieeffizienzrichtlinie** für Gebäude verbessern, dazu gehört ebenfalls eine strengere Kontrolle bei der Erstellung von Energiepässen;
- das große **Einsparpotential** bei der Sanierung der Altbauten besser nutzen. Wir werden zusammen mit den Gemeinden die finanzielle Unterstützung und die Sensibilisierung hierfür deutlich erhöhen;
- keine Investitionen in Atom und Kohle (fossile Energien) durch den Pensionsfonds und den staatlichen „**Fonds souverain intergénérationnel du Luxembourg (FSIL)**“ zulassen. Mit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens ist nun die Zeit gekommen um aus den Investitionen in fossile Energien auszusteigen (**Divestment**).

Unterstützung für Haushalte und Betriebe

déi gréng werden:

- einkommensschwachen Haushalten **aus der Energiefalle heraushelfen** und die Vorfinanzierung von Sanierungsarbeiten fördern und ausbauen, indem bei der Beratung und allen energiepolitischen Förderprogrammen ein besonderer Akzent auf diese Haushalte gelegt wird;
- den bestehenden Sektor „**Energietechnologien**“ ausbauen, um Handwerk, Mittelstand, Architektur- und Ingenieurbüros sowie innovative Industriebetriebe in Zusammenarbeit mit den Forschungsinstitutionen für die Energiewende optimal aufzustellen;
- die **Weiterbildung** der Handwerksbetriebe in den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz weiter ausbauen und dadurch dem Luxemburger Handwerk helfen in der Großregion zum Topanbieter für Dienstleistungen im Bereich der energetischen Sanierung und des energieeffizienten Bauens zu werden;
- das am Finanzplatz vorhandene Wissen im Bereich Finanzierung von Start-up-Unternehmen dazu nutzen, um **Luxemburg führend im Bereich umweltfreundlicher Technologien zu machen**. Dazu werden wir die bestehenden Strukturen wie das Luxembourg House of Start-ups weiter unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen der Universität, dem FNR, LIST und Luxinnovation fördern;
- einen **Finanzierungsfonds** zur Vorfinanzierung von Klimaschutzprojekten von Industrie und Mittelstand auflegen, der von der "Société Nationale de Crédit et d'Investissement" (SNCI) betrieben werden könnte;
- die gute Vorarbeit der jetzigen Regierung im Bereich von grünen Investmentfonds und grünen Staatsanleihen, aber auch die Präsenz der zweitgrößten Investmentbank (EIB und EIF) in Luxemburg nutzen um **Luxemburg führend in Sachen Green Finance zu machen**. Die bestehenden Instrumente werden konsequent ausgebaut, in Zusammenarbeit mit der Universität
- den Anteil an **grünen Investitionen auf dem Finanzplatz** schrittweise erhöhen mit dem Ziel einer umwelt- und sozialverträglichen Finanzwirtschaft in Luxemburg;
- den Bereich der Finanzierung von innovativen Projekten zur Energiewende durch den Bankenplatz und Versicherungsstandort Luxemburg besser nutzen und ausbauen, in Zusammenarbeit mit den hier ansässigen EU-Finanzinstitutionen, der „Europäischen Investitionsbank“ (EIB) und dem „Europäischen Investmentfonds“ (EIF);
- **eine „Versicherung gegen Naturkatastrophen“ schaffen**. Diese soll für Schäden aufkommen, die durch unvorhergesehene Naturkatastrophen entstanden sind, welche vom Staat als solche durch die Ausrufung des „état de catastrophe naturelle“ gekennzeichnet wurden.

3. Naturnahe Landwirtschaft für eine gesunde Ernährung

Die Verbraucher*innen möchten sich gesund ernähren. Die immer stärkere Nachfrage nach Bioprodukten bestätigt das. Deshalb möchten déi gréng der Landwirtschaft neue Perspektiven und mehr Hilfestellung geben für ihre Rolle als Produzent gesunder Lebensmittel und aktiver Partner beim Umwelt- und Naturschutz.

Die ungenügende Rentabilität der Höfe und die einseitige Ausrichtung der Produktion auf Rohstoffproduktion sind die zentralen Probleme der Landwirtschaft. Wir sollten einerseits den Anbau unserer Grundnahrungsmittel wie Obst und Gemüse fördern, andererseits aber auch in Nischenprodukte investieren. So können Landwirt und Konsument wieder einen gemeinsamen Nenner finden: den Erhalt unserer natürlichen Ressourcen. Landwirte stehen heute oft durch die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik unter einem existentiellen Druck und sind Perspektivlosigkeit ausgesetzt. Wichtig ist Wege aufzuzeigen, wie eine ökologischere Landwirtschaft zu einem neuen Geschäftsmodell für die Landwirte werden kann.

Die biologische Landwirtschaft ist das Leitbild von déi gréng für die gesamte Agrarpolitik. Der Biolandbau trägt zum Erhalt der Höfe und Familienbetriebe bei und gibt wichtige Antworten auf die energie- und klimapolitischen Herausforderungen, denen sich auch die Landwirtschaft stellen muss. Eine nachhaltige Landwirtschaft zeichnet sich aus durch weniger Pestizide und Kunstdünger und einen geringeren Import von Futtermitteln.

Die Landwirtschaft der Zukunft soll regional verankert, ökologisch, sozial gerecht und multifunktional sein. So können wir nach dem Prinzip „Klasse statt Masse“, die großen Herausforderungen im Bereich des Wasser- und Naturschutzes in Chancen umwandeln. Luxemburg hat die einmalige Gelegenheit seine landwirtschaftlichen Produkte europaweit zu einer Qualitätsmarke aufzubauen: sein günstiger Grünlandstandort mitten in der EU, gute Fördermöglichkeiten, eine hohe Nachfrage und kompetente Landwirte bieten einen einzigartigen Mehrwert.

Eine grüne Landwirtschaftspolitik stellt neben den Verbraucherinnen und Verbrauchern aber auch die Bäuerinnen und Bauern und ihren Betrieb in den Mittelpunkt und schafft ihnen genügend Freiraum, um gesunde und hochwertige Lebensmittel für Mensch und Tier zu produzieren, um die Landschaft zu pflegen und zu gestalten, sowie unsere natürlichen Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser zu schützen und das Tierwohl zu garantieren. Nur so können die landwirtschaftlichen Betriebe langfristig das Rückgrat der ländlichen Regionen bleiben, sinnvolle und kreative Arbeitsplätze schaffen, die regionale Kultur fördern und Lebensqualität erhalten.

3.1 Agrarpolitik grüner machen

Eine ökologische und hochwertige Lebensmittelproduktion geht Hand in Hand mit Klimaschutz, ländlicher Entwicklung, Artenvielfalt, Trinkwasserschutz und der Schaffung von Arbeitskräften.

Agrarpolitik

déi gréng werden:

- sich auf europäischem Niveau für eine **grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik** (GAP) einsetzen, die vom Prinzip der Quantität zum Prinzip der Honorierung der ökologischen Leistung wechseln soll;
- **bei der Verteilung der EU-Gelder die nationalen Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpfen**, um übermäßige Kürzungen oder ungerechtfertigte Subventionierung abzumildern; **das bedeutet** im Rahmen des Nachfolgeprogramms des „Plan de développement rural“ eine neue **Prämiengestaltung** einzuführen, die den Klima-

und Umweltschutz, den Ausstieg aus den Pestiziden und Herbiziden sowie die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten berücksichtigt.

Biolandbau und nachhaltige Landwirtschaft

déi gréng werden:

- **die Biolandwirtschaft durch eine deutliche Anhebung der Bioförderung ausbauen mit dem langfristigen Ziel von 100% Biolandbau** in Luxemburg und dies mit klaren zeitlichen und quantitativen Zwischenetappen;
- **den Einstieg in die Bio- Landwirtschaft erleichtern** und das finanzielle Risiko durch einen Garantiefonds während der Umstellungsphase reduzieren;
 - o zusätzlich wollen wir ökologische Musterbetriebe und Versuchshöfe stärker unterstützen um alternative Methoden in der Landwirtschaft voranzutreiben und einen Austausch zu ermöglichen;
- **eine kostendeckende Produktion von nachhaltigen Lebensmitteln ermöglichen**, indem Erzeuger durch eine intelligente Subventionspolitik und durch kostendeckende Preise gestützt werden.

Landwirtschaft ist auch Naturschutz

déi gréng werden:

- die Kooperation zwischen der Landwirtschaft und dem Natur- und Wasserschutz weiter ausbauen und insektengefährdende Pestizide und Herbizide durch erfolgreich getestete Alternativen ersetzen;
- **die einheimische Produktion von Futtermitteln, Pflanzenöl und Leguminosen sowie Mischkulturen fördern**, um die sehr hohe Abhängigkeit von Importen zu verringern und eine Eiweißautarkie im Bereich Futtermittel aufzubauen;
- **Zucht und Einsatz von Tierrassen fördern, die nicht einseitig auf ein Leistungsmerkmal gezüchtet sind (Zweinutzungsrasen)**. Zucht und Zukauf müssen dem Potenzial der vorhandenen, landwirtschaftlichen Fläche angepasst werden;
- **sich für den Erhalt der Vielfalt bei den Nutzpflanzen und -tieren einsetzen**. Deshalb werden wir regionale und partizipative Tierzüchtungs- und Saatgutinitiativen unterstützen, mit einem besonderen Schwerpunkt auf dem Erhalt von älteren und weniger ertragreichen Sorten und der Schaffung einer regionalen Samenbank für Pflanzen und Bäume;
- **die Forschung und Beratung im Bereich des biologischen Pflanzenschutzes intensivieren**.

Unterstützung der Betriebe

déi gréng werden:

- **die Ausbildung und Weiterbildung der Landwirte anpassen** und die Ziele des ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftens einbeziehen. Biolandbau wird als Pflichtfach im „Lycée technique agricole“ eingeführt;
- **einen kostenlosen Nachhaltigkeitscheck und eine kostenlose Hoftor- und Energiebilanz für die Landwirte einführen** und das Beraternetz für die landwirtschaftlichen Betriebe im Bereich der Betriebswirtschaft und der umweltschonenden Bewirtschaftung aufstocken;

- **Quer- und Neueinsteigern in die Landwirtschaft den Zugang zu Boden erleichtern** und Mechanismen zur Flächenbereitstellung schaffen, damit sowohl neue, als auch bestehende Betriebe nicht an den hohen Bodenpreisen scheitern;
- die **solidarische Landwirtschaft** als alternatives Modell in Luxemburg unterstützen durch Förderung von Plattformen außerhalb des Agrarsektors, beispielsweise von lokalen Eigeninitiativen, bzw. Kooperativen zur einheimischen Lebensmittelproduktion und in diesem Sinne einen „Conseil de politique alimentaire“ schaffen.

Lebensmittelproduktion

déi gréng werden:

- die nationalen **Kapazitäten im Bereich der Verarbeitung von Lebensmitteln ausbauen** und ein nationales Zentrum zur Förderung und Vermarktung der qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Produkte einrichten;
- im Rahmen von Pilotprojekten **mobile Schlachthäuser** einrichten, die stärker am Tierwohl und der Qualitätsproduktion ausgerichtet sind;
- den Erhalt und das Anlegen der **Obstgärten** („Bongerten“) durch höhere Fördersätze und eine bessere Kommerzialisierung der Produkte unterstützen.

Weinbau

déi gréng werden:

- **den biologischen Weinbau als Leitbild des luxemburgischen Weinbaus fördern** und pilzresistente Rebsorten stärker ausbauen;
- die konsequente Ausrichtung des Weinbaus auf weniger Ertrag in Richtung höhere Qualität fördern um höheren Mehrwert für die Winzer*innen zu erlangen;
- die neue Marketingstudie zusammen mit allen Partnern konsequent und zielorientiert weiterführen und umsetzen;
- eine kritische Bestandsaufnahme der Aufgaben des Weinbauinstitutes (IVV) durchführen um eine klare Trennung zwischen Beratung und Kontrolle zu gewährleisten;
- die **Kulturlandschaften** der Moselregion **erhalten** sowie das neue „Centre mosellan“ in Ehnen so aufbauen und ausrichten um eine optimale Vernetzung von Weinbau, Landschaft und Önotourismus zu garantieren.

3.2 Gesundes Essen fördern

Nur eine ökologische und sozial gerechte Landwirtschaft versorgt die Menschen mit qualitativ hochwertigen und gesunden Lebensmitteln.

déi gréng werden:

- **die Lebensmittelproduktion regional, gesund und nachhaltig für Mensch und Tier ausrichten.** Dazu gehört auch die intensive Förderung des stark vernachlässigten einheimischen Obst- und Gemüseanbaus, insbesondere in Bioqualität;
- **die Lebensmittelsicherheit verbessern**, beispielsweise durch bessere Kontrollen sowie einer effizienteren Koordination der verschiedenen Kontrollorgane im Lebensmittelbereich unter dem Dach eines eigenständigen Verbraucherschutzministeriums;

- **eine pflanzenbasierte Ernährung unterstützen.** Ein verringerter Fleischkonsum ist ein wirksames Mittel gegen Ressourcenausbeutung, Klimawandel und Zivilisationskrankheiten;
- **Sensibilisierungskampagnen unterstützen,** welche die Wertschätzung eines ganzen geschlachteten Tieres fördert um Lebensmittelverschwendung schon bei der Verarbeitung im Schlachthof und/oder der Metzgerei zu verhindern, deren integralen Vermarktung und Konsum in der Region fördert und somit auch zur nötigen Reduzierung von Nutztieren beiträgt;
- **in allen öffentlichen Einrichtungen gesunde, hochwertige Speisen mit regionalen, saisonalen, biologischen sowie fair gehandelten Zutaten anbieten.** Dies gilt ganz besonders für Schulrestaurants, Kinderkrippen und Krankenhäuser, wo dank des Ausschreibungsgesetzes verbindliche Bioquoten von 30% bis 2020 eingesetzt werden sollen. So wird ein Absatzmarkt für die heimischen Bioprodukte geschaffen;
- dafür sorgen, dass **in allen öffentlichen Kantinen** immer eine **hochwertige vegetarische Menu-Variante** vorhanden ist;
- Produzenten näher zum Konsumenten bringen durch Programme wie „Ecole du goût“;
- **den Einsatz von umwelt- und gesundheitsschädigenden Substanzen bekämpfen.** Pestizide sind die Hauptverursacher des Verlusts an Artenvielfalt. Deshalb sollen kurzfristig möglichst viele chemisch-synthetische Pestizide und Düngemittel durch naturverträgliche Alternativen ersetzt werden. Insbesondere brauchen wir einen kurzfristigen Ausstiegsplan für Glyphosat;
- **Substanzen verbieten, die für Bienen und andere Blütenbestäuber schädlich sind (z.B. Neonikotinoide),** sowie die Bienenzüchter bei ihrem Kampf gegen das Bienensterben unterstützen;
- **für ein Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft und in unserem Essen kämpfen,** auch neue Methoden (z.B. CRISPR und „new breeding techniques“) dürfen nicht zugelassen werden. Die bereits zugelassenen gentechnisch modifizierten Organismen (GMO) und insbesondere Produkte (Fleisch, Milch, Eier) von mit GMO gefütterten Tieren müssen endlich sichtbar gekennzeichnet werden;
- ein nationales Lebensmittellabel für Produkte ohne Gentechnik einführen.

4. Tiere schützen, auch in Landwirtschaft und Forschung

Tiere sind leidensfähige Lebewesen. Das Nichtrespektieren der Würde des Tieres sowie die Ausbeutung von Tieren in der Massentierhaltung und die Misshandlung bei Tiertransporten oder Tierversuchen sind grundsätzlich zu unterbinden. Tierversuche müssen so schnell wie möglich durch alternative Methoden ersetzt werden.

Wir begrüßen das neue Tierschutzgesetz, welches bereits Verbesserungen bringt, müssen jedoch die artgerechte Tierhaltung und den respektvollen Umgang mit Tieren besser kontrollieren. So wollen wir Luxemburg zum Vorreiter in Sachen Tierschutz machen, indem wir die artgerechte Haltung unserer Nutztiere stärker fördern.

Deshalb werden déi gréng:

- die lückenlose **Transparenz der Tierarzneimittelnutzung sicherstellen** und insbesondere den Antibiotika-Missbrauch durch strengere Behandlungsvorschriften beenden;
- die **Haltung von Tieren auf engstem Raum** bzw. nicht artgerechte Haltung auf Betonspaltenboden ohne Einstreu **beenden**. Bei der Förderung von Stallneubauten müssen zusätzliche Tierschutzanforderungen möglich sein;
- **gängige Haltungssysteme hinterfragen** und ein Umdenken sowie bessere Haltungsbestimmungen der Nutztiere fördern. Nicht artgerechte Tierhaltungssysteme, die dazu führen, dass Tieren etwa der Schnabel oder der Schwanz beschnitten wird, werden verboten;
- **Tiertransporte auf ein Minimum reduzieren**, beispielsweise durch die Förderung einer regionalen Schlachtung, Produktion und Vermarktung;
- auf europäischer Ebene **strengere Regeln für internationale Tiertransporte** einführen, die durch effizientere und häufigere Kontrollen auch tatsächlich zur Anwendung kommen. Tiertransporte sollen EU-weit auf maximal 8 Stunden Fahrzeit begrenzt werden;
- die EU-weite "Bürgerinitiative zur Beendigung der unzeitgemäßen Käfighaltung" (End the cage age) sowohl in Luxemburg als auch auf EU-Ebene unterstützen;
- das **Hundegesetz überarbeiten um** den neuen Erkenntnissen bezüglich der **Gefährlichkeit von Hunden stärker Rechnung zu tragen** und die Ausbildung von Hundetrainer*innen zu reglementieren;
- **das Verbot der Qualzuchten konsequent umsetzen**, da hier Schmerzen, Fehlbildungen und gesundheitliche Schäden bei den Tieren aus wirtschaftlichen Gründen in Kauf genommen werden; Tierversuche in der **medizinischen Forschung** verbieten, wo es bereits Alternativen gibt. Zusätzlich werden déi gréng:
 - o die Finanzierung von Alternativen zu Tierversuchen in der Forschung verbessern mit dem Ziel, alle Tierversuche in Luxemburg abzuschaffen;
 - o eine unabhängige Ethikkommission, die Tierversuche in der medizinischen Forschung bewertet und begleitet;
 - o eine Austauschplattform für Resultate aus der medizinischen Forschung mit Tieren einrichten, um zu verhindern, dass Tests zweifach ausgeführt werden;
- der **Veterinärinspektion zusätzliches ausgebildetes Personal** zur Durchführung der Kontrollen zur Verfügung stellen um die Einhaltung des Tierschutzgesetzes zu garantieren und etwaigen Interessenskonflikten vorzubeugen.

Kapitel II

Familie stärken, ee Liewe laang

An die Zukunft der Menschen zu denken, bedeutet für uns besonders, dass wir die Menschen unterstützen, die füreinander sorgen. Beispielsweise, indem wir Familien mit ihren Kindern einen guten Start ins neue Leben ermöglichen. Das beginnt selbstverständlich schon vor der Geburt und hört auch in der Schulzeit nicht auf. Wir möchten die Qualität und das Angebot von Betreuungseinrichtungen verbessern, damit sie alle Kinder stärken können, ungeachtet ihrer unterschiedlichen kulturellen Herkunft. Doch für echte Gerechtigkeit reicht dies noch nicht. Immer noch entscheidet zu oft die soziale Herkunft über Bildungs- und Aufstiegschancen. Das möchten wir ändern.

Wir wollen, dass jede und jeder durch eigene Anstrengung und mit Hilfe der solidarischen Unterstützung der Gesellschaft ein gutes Leben führen und das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen kann. Das gilt auch für die Gesundheitsversorgung. Patientinnen und Patienten gehören in den Mittelpunkt, an ihren Bedürfnissen muss sich die Medizin ausrichten.

Wir sollten aber nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist. Das Gesundheitswesen muss Prävention stärker fördern: Von der Kindertagesstätte über die Schule bis zum Arbeitsleben und dem Leben im Alter sollte ein gesundes Leben ermöglicht und unterstützt werden.

5. Zusammenhalt von Anfang an

Familie ist überall dort, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen, sich der Erziehung von Kindern widmen oder sich den gebrechlichen Eltern zuwenden – es handelt sich hierbei um wertvolle und zeitintensive Fürsorgearbeit, für die es oft an gesellschaftlicher Anerkennung fehlt. Das wollen wir ändern.

Menschen, die sich um ihre Angehörigen kümmern, fehlt es vor allem oft an Zeit. Wir wollen deshalb Freiräume für Familie und Fürsorge schaffen – dies vor allem durch flexiblere Arbeitsgestaltung. Arbeitszeit- und Familienpolitik sind für déi gréng eng miteinander verknüpft. Wir möchten den Menschen mehr Selbstbestimmung über ihre Zeit ermöglichen. Dazu müssen auch Anreize für Unternehmen geschaffen werden, um innovative Arbeitszeitmodelle zu entwickeln.

5.1 Vereinbarkeit von Arbeit und Familie verbessern

Unsere Arbeits- und Familienpolitik soll zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Zwischen Männern und Frauen gibt es nach wie vor ein großes Ungleichgewicht bei der Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Die Frauen sind oft doppelt belastet, denn sie leisten in der Regel neben dem Job auch den Großteil der Haus- und Fürsorgearbeit. Wir möchten es Frauen und Männern ermöglichen, ihre Zeit selbstbestimmt, partnerschaftlich und fair aufzuteilen. Beide Geschlechter sollen dabei gleichermaßen unterstützt werden, um sich beruflich und privat weiterzuentwickeln.

déi gréng werden:

- den **congé de paternité**, der am 1. Januar 2018 von 2 auf 10 Tage ausgedehnt wurde, **weiter ausbauen**;
- die **Reform des Elternurlaubs** soll evaluiert und gegebenenfalls überarbeitet werden um die soziale Gerechtigkeit und eine partnerschaftliche Elternschaft zu stärken:

- die **Dauer** des „Congé parental“ erhöhen und die Möglichkeit einführen diesen auf zwei unterschiedliche Arbeitszeitmodelle aufzuteilen, beispielsweise ein Teil als mehrmonatigen Urlaub bei der Geburt des Kindes und den Rest als Reduzierung der Wochenarbeitszeit bei der Einschulung der Kinder;
- einen **Partnerschaftsbonus** einführen: wenn beide Partner den Elternurlaub nehmen, sollen beide einen zusätzlichen Monat Elternurlaub erhalten. Dies gilt ebenfalls für Eltern, die getrennt leben, sich jedoch gemeinsam um ihre Kinder kümmern;
- **Elternurlaub für den Vater** sofort nach der Geburt ermöglichen und nicht erst nach Ablauf des dreimonatigen Mutterschutzes;
- **das Recht auf Teilzeit einführen** für Eltern, deren Kinder jünger als 12 Jahre alt sind, mit der Möglichkeit gegebenenfalls bereits früher in eine Vollzeitarbeit zurückzukehren;
 - dazu gehört ebenfalls, dass das Arbeitsrecht angepasst wird um unterschiedliche Teilzeitmodelle im Arbeitsrecht zu verankern und Arbeitgeber bei deren Umsetzung zu unterstützen;
- Möglichkeiten schaffen, damit Teilzeitbeschäftigte ihre **gesetzliche Altersvorsorge** vervollständigen können;
- ein **Anrecht auf Pflegeurlaub** mit Anspruch auf staatliche Teillohnersatzleistung einführen;
- die **Reform des Familienurlaubs** im Krankheitsfall der Kinder evaluieren und gegebenenfalls ausdehnen, sowie dessen Anwendung vereinfachen;
 - **Alleinerziehende**, die sich das Sorgerecht des Kindes nicht mit einem Partner teilen, sollen Anrecht auf die doppelte Anzahl an Familienurlaubstagen erhalten, ohne dadurch auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert zu werden;
- ein qualitativ hochwertiges Angebot an flexiblen und passgenauen **Betreuungsangeboten** für Kinder gewährleisten;
- durch **flexiblere Arbeitsgestaltung** (Recht auf Telearbeit, ...) Freiräume für Familie und Fürsorge schaffen;
- eine gesellschaftliche Diskussion anstoßen über eine allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

5.2 Unterstützung bis ins hohe Alter

Die Menschen leben immer länger und das ist gut so. Die Altersgruppe der Senioren wird auch immer vielfältiger. Wir wollen dieser Diversität bei der Gestaltung unserer Seniorenpolitik gerecht werden. Ältere Menschen sollen dabei nicht wie passive und versorgungsbedürftige Personen behandelt, sondern als handelnde und fähige gesellschaftliche Akteure anerkannt werden.

Mehr Teilhabe im Alter ermöglichen

Viele Senioren*innen äußern den Wunsch, möglichst lange körperlich aktiv zu bleiben sowie am sozialen Leben auf selbstbestimmte Art und Weise teilzunehmen. Wir möchten die Optionen für die Teilhabe im Alter ausbauen und dieses Angebot im Austausch mit den Betroffenen an ihre Interessen und Bedürfnisse anpassen.

déi gréng werden:

- ältere Menschen, die den Wunsch oder den Bedarf nach Berufstätigkeit haben, aktiv bei der Jobsuche unterstützen (Jobbörsen für Senioren schaffen);

- das **ehrenamtliche Engagement der Senioren** unterstützen durch Vernetzung mit entsprechenden Vereinigungen;
- die **Weiterbildung älterer Menschen** durch ein vielfältiges Programm an Seminaren, Schulungen, Veranstaltungen fördern und alle Angebote in einer Datenbank zentralisieren; speziell die Partnerschaft mit der Uni.lu zum Ausbau des Seniorenstudiums soll vertieft werden;
- Orte des **Zusammentreffens der Generationen** fördern, damit Alleinstehende ihre eigenen kleinen sozialen Netze aufbauen können. Auch für Kinder ist dies eine Bereicherung, da sie, aufgrund veränderter gesellschaftlicher Begebenheiten, selten mit älteren Menschen in Kontakt kommen;
- die Prüfung der Fahrtüchtigkeit der Senior*innen nicht auf eine ärztliche Untersuchung beschränken; bei Verlust des Führerscheins den Zugang zu alternativen Transportmöglichkeiten vereinfachen;
- **kulturelle Angebote** stärker an die Gewohnheiten der Senior*innen anpassen.

Alterseinsamkeit vorbeugen

Viele ältere Menschen fühlen sich im Alter plötzlich isoliert, weil der Partner gestorben ist oder sie getrennt leben, andere Familienmitglieder weiter entfernt wohnen oder durch einen hektischen Arbeitsalltag wenig Zeit für gemeinsame Unternehmungen haben. Weitere Gründe für die Einsamkeit bestehen in Einschränkungen durch Krankheiten, Pflegebedürftigkeit oder Behinderungen. Hier fehlt oft die Energie, sich mit Freunden zu treffen oder sogar neue Kontakte zu knüpfen. Das Gefühl der Einsamkeit entsteht jedoch nicht immer durch ein fehlendes soziales Umfeld. Es kann auch durch mangelndes Interesse an Begegnungen, Angst vor neuen Bindungen oder durch Antriebslosigkeit verursacht werden. Speziell für diese Fälle wollen wir Dienste schaffen, die einen proaktiven Ansatz verfolgen, um die soziale Vereinsamung der Senioren*innen zu verhindern.

déi gréng werden:

- die Sozialdienste erweitern, damit **alleinstehende Senior*innen** systematisch besser beraten und unterstützt werden;
- systematisch mit Personen in schwierigen Situationen (zum Beispiel bei Verlust des Partners) in Kontakt treten, um Hilfe und **Unterstützung anzubieten**;
- für ein **verbessertes Screening der Depression** und anderen psychischen Störungen im Alter sorgen.

Digitalisierung als Chance für die Teilhabe älterer Menschen nutzen

Ältere Menschen nutzen das Internet oftmals nicht oder nur in sehr eingeschränktem Maße. Wir möchten dafür sorgen, dass gerade diese Bevölkerungsgruppe von den neuen Technologien profitiert. Senioren sollen das Internet als Gewinn für Mobilität und Kontaktpflege erleben. Allerdings brauchen ältere Menschen eine spezifische Begleitung, um von den Vorteilen der Digitalisierung zu profitieren. Zudem bilden diese Menschen eine eigene Zielgruppe, mit spezifischen Anforderungen an die Technik, für die spezielle und angepasste Lösungen entwickelt werden müssen.

déi gréng werden:

- den Zugang zu und die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie (digitale Weiterbildung) systematisch fördern, da Technikkompetenz immer mehr zur Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe wird;
- durch **intergenerationelle Computerkurse** ältere Menschen an die Technik heranführen;

- barrierefreie und seniorengerechte Plattformen und Unterstützungs-Apps mit leicht bedienbarer Oberfläche und zielgruppengerechten Funktionalitäten schaffen;
- Vernetzung der Senioren über Plattformen fördern, in deren Gestaltung die Senioren (Weblogs, Chats, usergenerierter Content, Kreativwettbewerbe) sich selbst einbringen können;
- durch den Einsatz digitaler Unterstützung (vereinfachte Kommunikation, Telemedizin, digital unterstützte Pflegeangebote) älteren Menschen bei der autonomen Alltagsbewältigung, der Krankenpflege oder der Rehabilitation eine zusätzliche Hilfe anbieten.

Vielfältige Wohnformen im Alter unterstützen

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Ansprüche an Wohnreinrichtungen für Senioren stark gewandelt. Die „jungen Alten“ sind heute im Durchschnitt deutlich später von Gebrechen, Hilfsbedürftigkeit und Vereinsamung betroffen als frühere Generationen. Statt der reinen „Standardversorgung“ steht mittlerweile die individuelle Lebensgestaltung im Vordergrund. Déi gréng wollen dieser Entwicklung gerecht werden und das Angebot an Wohnformen an die neuen Ansprüche anpassen.

Eine Mehrzahl älterer Menschen will so lange und so selbstständig wie möglich in ihren eigenen vier Wänden wohnen; wir wollen dafür sorgen, dass dies möglich ist.

Déi gréng werden:

- durch **bauliche Anpassungen** für barrierefreien Wohnraum sorgen;
- den Ausbau des Angebots an maßgeschneiderten Dienstleistungen zur Unterstützung im täglichen Leben fördern;
- für ein **altersadäquates Wohnumfeld** sorgen. Das beinhaltet erstmals gut zugängliche Wege, Anbindung an den öffentlichen Verkehr, nahe Einkaufsmöglichkeiten und andere Dienstleistungen, zusätzlich eine bewusstere Integration der Älteren in die normale Wohnumgebung (z.B. Anreize für formal organisierte Nachbarschaftsdienste schaffen);
- durch den Einsatz technologischer Errungenschaften im Bereich altersgerechter Assistenzsysteme (sog. „Ambient Assisted Living“, AAL) die Möglichkeiten des selbstständigen Wohnens erweitern.

Der Verbleib im vertrauten Wohnumfeld bildet nicht für jeden die wünschenswerte Wohnform im Alter. Wohnformen, die gezielt der Vereinsamung im Alter vorbeugen und wo sich die Senior*innen gegenseitig im Alltag unterstützen und gemeinsame Aktivitäten unternehmen, erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Wir wollen diese Tendenz unterstützen.

Déi gréng werden:

- Projekte wie **Mehrgenerationenhäuser**, die darauf angelegt sind, Menschen aller Altersgruppen zu verbinden, fördern;
- Modellen wie **Senioren WGs**, die durch Gemeinschaftsräume der Vereinsamung im Alter vorbeugen, zum Durchbruch verhelfen;
- das Angebot an **betreuten Wohneinrichtungen**, also an altersgerechten Wohnungen mit verschiedenen Betreuungsleistungen, ausbauen;
- die Kontrolle der „Agenturen“ verstärken, die Personal gezielt für Ganztages-**Pflegedienste** vermitteln und potenzielle Arbeitgeber stärker für die Rechte dieser Menschen sensibilisieren.

5.3 Pflege für ein würdiges Altern

Aufgrund des demographischen Wandels steigt die Zahl pflegeabhängiger alter Menschen stetig. Rechtzeitige und ganzheitliche Hilfestellungen verlängern die Fähigkeit zur Führung eines autonomen Lebens und tragen dazu bei, die Lebensqualität der Senior*innen länger aufrechtzuerhalten.

Die Reform der Pflegeversicherung war überfällig, allerdings zeigt die Praxis, dass die neuen Bestimmungen nicht an allen Stellen ihren Zweck erfüllen. Hier muss nachgebessert werden!

déi gréng werden:

- die **Auswirkungen der Reform der Pflegeversicherung analysieren** und gegebenenfalls falsche Entwicklungen korrigieren. So sollen die „Courses-Sorties“ für Pflegebedürftige durch die Pflegeversicherung übernommen werden;
- ein Anrecht auf einen **Spezialurlaub für pflegende Angehörige** einführen sowie die fachliche, psychosoziale Hilfen verbessern;
- Mängel und Fehlentwicklungen im Bereich der **Langzeitbetreuung** angehen, beispielsweise durch eine verbesserte Ausbildung der Fachkräfte und eine Überprüfung der Personalschlüssel;
- die Finanzierung **qualitativ hochwertiger Pflegeleistungen absichern**, damit die Pflegebedürftigen, deren Zahl konstant steigt, auch weiterhin in den Genuss der Pflegeversicherung kommen können;
- die Zusammenarbeit und den Informationsfluss in der Pflegedienstleistungskette bestmöglich vernetzen, damit die Betreuung persönlicher und effizienter gestaltet werden kann.

5.4 Renten absichern

Um sein soziales Modell finanziell tragen zu können, ist Luxemburg momentan auf ein ständiges und vor allem hohes Wirtschaftswachstum, sowie auf die Schaffung von tausenden zusätzlichen Arbeitsplätzen pro Jahr angewiesen. Dies impliziert sowohl ein rasches Wachstum der Bevölkerung als auch eine Steigerung der Anzahl von Grenzgänger*innen, die mit ihren Sozialbeiträgen die Finanzierung unserer heutigen Pensionen ermöglichen, und deren eigene Pensionen und Sozialleistungsansprüche durch andere zukünftige Lohnabgaben finanziert werden müssen. Für déi gréng ist ein solches Finanzierungsmodell nicht mit unserem Kernziel, einer nachhaltigen Entwicklung von Luxemburg, vereinbar. Wir wollen das Land deshalb längerfristig aus der Abhängigkeit dieser Wachstumsspirale befreien ohne jedoch die Leistungsfähigkeit des Rentensystems zu beschneiden. Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt liefert hierbei Chancen auf Umbau und Absicherung des Rentensystems.

Eine obligatorische öffentliche Rentenversicherung, die auf dem Solidaritätsprinzip des Umlageverfahrens aufbaut, garantiert das Recht aller auf ein angemessenes Alterseinkommen. Dies muss die Hauptsäule der Luxemburger Altersvorsorge bleiben.

Dabei darf es nicht nur um die finanzielle Absicherung gehen, sondern auch um die Anpassung des Luxemburger Rentensystems an die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Wenn Ehen geschieden werden, bleibt die Altersabsicherung der Frau viel zu oft auf der Strecke. Glücklicherweise bleiben immer mehr Frauen bis zum Renteneintrittsalter erwerbstätig und sichern auf diese Weise ihre eigene Altersrente. Diese sollte eine Rentenreform durch die Individualisierung der Rentenrechte fördern, wobei Teilzeitbeschäftigten besonders Rechnung getragen werden soll.

déi gréng werden:

- **das solidarische Generationenmodell für zukünftige Generationen absichern** durch eine für jeden obligatorische öffentlich-rechtliche Hauptsäule, die eine anhand der Beitragsjahre und -beträge berechnete Rente absichert;
- **die Rentenreserven** effizient, sozial und ökologisch verantwortlich verwalten;
- **die Finanzierung des öffentlichen Rentensystems absichern**, beispielsweise indem, wie bei der Finanzierung der Pflegeversicherung, Beiträge zur Finanzierung der Renten auch auf Kapitaleinkommen erhoben werden. Außerdem sollen die Einnahmen- und Ausgabenpolitik mit Hinblick auf die alternde Bevölkerung vorausschauend und nach dem Vorsorgeprinzip regelmäßig angepasst werden, damit die Tragfähigkeit des Sozialversicherungssystems erhalten bleibt;
- **einen eigenständigen, individuellen Rentenanspruch für jeden Menschen einführen.** Die Individualisierung des Rentensystems ist eine wichtige Voraussetzung, damit die sogenannten „Hungerrenten“ verschwinden. Ob berufstätig oder nicht: jeder Mensch braucht eine eigene individuelle Rentenabsicherung;
- **das Prinzip von 40 Beitragsjahren grundsätzlich beibehalten.** Das Rentensystem ist ein Versicherungssystem. Nur wer genügend Versicherungsjahre hat, sollte auch Leistungen in vollem Umfang in Anspruch nehmen können;
- **flexible Modelle für den sanften Einstieg in die Rente schaffen**, um auf diese Weise das legale Renteneintrittsalter beibehalten zu können;
- **das Rentensystem des öffentlichen Dienstes finanziell absichern.** Im Gegensatz zum Privatsektor verfügt der öffentliche Sektor über keinerlei Rentenreserven. Die Beiträge fließen direkt in die öffentliche Kasse und die Renten werden direkt über den Staatshaushalt finanziert. Deshalb muss vorrangig ein Rentenfonds für den öffentlichen Dienst geschaffen werden, der wie im Privatsektor, zu je einem Drittel von Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat finanziert wird;
- **die Invalidenrenten reformieren**, damit die legale Basis verbessert wird und die Zuerkennung sowie die Modalitäten zur Reklassierung gerechter werden.

5.5 Garantiertes Mindesteinkommen schützen

Die jetzige Regierung hat das Garantierte Mindesteinkommen, wie Luxemburg es seit 1986 kennt, grundlegend reformiert. Die finanziellen Hilfen wurden erhöht und dabei den unterschiedlichen familiären Situationen der Empfänger*innen angepasst. Außerdem können in Zukunft auch mehrere Mitglieder der Familie von Berufseingliederungsmaßnahmen profitieren. Dies kommt vor allem den Frauen zur Hilfe, die bisher von dieser Form der Hilfeleistung ausgeschlossen wurden, sobald ein berufstätiger Partner bereits von der ADEM betreut wurde. Die Reform legt ebenfalls einen stärkeren Akzent auf berufsbegleitende Wiedereingliederungsmaßnahmen.

déi gréng werden:

- das **Sozialhilfegesetz von 2009 evaluieren** und den Personalschlüssel der Offices sociaux stärker dem Indice socio-economique der Gemeinden anpassen
- die **Umsetzung der Reform zum REVIS unterstützen** und sowohl dem neugeschaffenen ONIS, der ADEM und dem Fonds national de Solidarité (FNS) die hierfür nötigen Mittel zukommen lassen;
 - o den **Erfolg der Reform kurzfristig evaluieren**, damit es möglich sein wird, gegebenenfalls nachzubessern. Dabei werden wir uns dafür einsetzen, dass der REVIS ein **sanktionsfreies, garantiertes Mindesteinkommen** bleibt;

- eine gesellschaftliche Diskussion über **die Selbstbestimmung von jungen Erwachsenen** zwischen 18-25 Jahren **beim Einstieg in den Arbeitsmarkt** anstoßen. Gerade sie erleben oft Phasen, wo sie weder Anspruch auf das garantierte Mindesteinkommen noch auf Arbeitslosenhilfe haben. Hier könnten Konzepte wie eine „bourse d'autonomie jeunes“ helfen.

6. Kindern beste Chancen geben

Alle Kinder sollten von Geburt an die besten Chancen bekommen ihr Leben so gut wie möglich zu gestalten. Wir sind der Überzeugung, dass dies zu einem großen Teil über unsere Kindertagesstätten und Schulen, während der Berufsausbildung und während des Studiums möglich sein muss. Kinder und Jugendliche sollten deshalb auch möglichst selbstbestimmt ihre schulische Karriere wählen um mit dem nötigen Wissen und den nötigen Kompetenzen einen reibungslosen Eintritt in die Hochschul- oder Berufswelt zu schaffen.

Die Bildungsangebote der Betreuungsstrukturen und Schulen eröffnen Zukunftschancen, schaffen Perspektiven, fördern soziale Kompetenzen und stärken somit den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Unser Bildungssystem muss deshalb auch dazu beitragen, soziale Defizite zu mindern und die Inklusion aller in der Luxemburger Gesellschaft zu gewährleisten.

Die Ansprüche an das Luxemburger Bildungssystem sind dabei besonders hoch, angesichts der komplexen Sprachensituation, die auch in Zukunft nicht einfacher wird. Wir möchten deshalb Luxemburgisch als Integrationssprache fördern, ohne dass dabei andere Sprachen und Schulfächer zu kurz kommen. Denn auch unsere beiden anderen Landessprachen sowie das Englische spielen in Luxemburg eine bedeutende Rolle.

Der schulische Erfolg darf jedoch nicht nur von Sprachkenntnissen abhängig sein. Sprachkompetenzen dürfen nicht zur Bildungshürde werden. Deshalb muss unsere Bildungspolitik die ungleichen Ausgangsbedingungen der Schüler*innen berücksichtigen, wie etwa die soziale oder kulturelle Herkunft oder die Muttersprache. Wir brauchen eine öffentliche Schule, die der Vielfalt unserer Schüler*innen gerecht wird.

Das rasche Wachstum der Bevölkerung unseres Landes wird auch einen immer größeren Druck auf Schul-, Betreuungs- und Sportinfrastrukturen ausüben. Deshalb muss in den nächsten Jahren massiv in diese Infrastrukturen investiert werden. Denn Investitionen in die Bildung und die Entwicklung unserer Kinder sind nachhaltige Investitionen, die mittelfristig zur sozialen, kulturellen und damit letztendlich auch zur ökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft beitragen.

6.1 Kinder von Anfang an stärken

Elternschaft beginnt nicht erst nach der Geburt. Schon während der Schwangerschaft und der Geburt werden erste Weichen für das spätere Wohlergehen und die Entwicklung des Kindes gestellt. Déi gréng wollen werdenden Eltern von Anfang an Unterstützung geben, um sie in ihrer zukünftigen Rolle zu stärken. Beide Partner sollen diese Erfahrung gemeinschaftlich, informiert und selbstbestimmt erleben. Wichtig ist dabei eine kompetente Begleitung bei allen gesundheitlichen und erzieherischen Fragen. Besonders alleinerziehende und minderjährige Eltern benötigen Unterstützung und Begleitung.

Die ersten drei Lebensjahre des Kleinkindes sind grundlegend für seine spätere Entwicklung. Wir wollen das Begleitungsangebot während dieses Lebensabschnittes ausweiten und es über die medizinischen Untersuchungen hinaus ausdehnen.

déi gréng werden:

- umfassende und frühzeitige Aufklärung und Information über Möglichkeiten und Risiken der **Pränataldiagnostik** einführen. Diese Verfahren sollen nicht ohne ausgiebige Beratung angewendet werden, die Entscheidungen sollen selbstbestimmt von den Frauen bzw. den Paaren getroffen werden;
- für eine **ganzheitliche Schwangerschaftsvorsorge** sorgen, bei der die Gesundheit und das psychische Wohlbefinden der schwangeren Frau genauso beachtet wird wie die Entwicklung des Kindes. Dafür werden wir unter anderem die Rolle der Hebammen stärken;

- die **aktive Vaterschaft** schon während der Schwangerschaft unterstützen: beispielsweise sollen werdende Väter eine Freistellung von der Arbeit erhalten, für die Begleitung der werdenden Mütter bei mindestens drei Vorsorgeuntersuchungen;
- das Angebot an **kostenlosen Geburtsvorbereitungskursen** landesweit ausdehnen und diversifizieren, sowie Kurse zur Vorbereitung auf die Elternrolle einführen. Diese Angebote sollen Bestandteil der bestehenden Präventivmaßnahmen werden, die ein Anrecht auf die Geburtsbeihilfe geben („allocation de naissance“);
- **Frühförderdienste**, die sich mit Rat und Tat für einen erfolgreichen Start ins Familienleben einsetzen, landesweit aufbauen;
- einen nationalen „**Aktionsplan für Autismus-Spektrum-Störungen**“ veröffentlichen und umsetzen..

6.2 Hochwertige Kinderbetreuung garantieren

Eine qualitativ hochwertige und inklusive Betreuung für Kleinkinder und Schulkinder ist einerseits die Voraussetzung dafür, dass viele Eltern und insbesondere Alleinerziehende überhaupt erwerbstätig sein können und andererseits beide Elternteile Familie und Beruf besser vereint bekommen. Vor allem kommt sie aber auch den Kindern zugute, wenn diese nicht nur „geparkt“, sondern durch ausgebildetes pädagogisches Personal und adäquate Programme altersgerecht betreut und gefördert werden. Optimale Betreuungsstrukturen mit non-formalem Bildungsauftrag stärken die Integration und den sozialen Zusammenhalt und schaffen bessere Bildungschancen für unsere Kinder. Für déi gréng ist es deshalb notwendig, dass genügend Plätze geschaffen werden für alle Kinder, die einen Betreuungsplatz brauchen, und diese ohne finanzielle Hürden genutzt werden können. Denn es gehört zum gesellschaftlichen Auftrag der öffentlichen Hand, für eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und kostenlose Bildungs- und Betreuungsangebote Sorge zu tragen.

déi gréng werden:

- die Bemühungen um **Qualitätssicherung durch Festlegung von Mindeststandards** fortführen. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf einen erhöhten Betreuungsschlüssel, die Qualifikation und regelmäßige Weiterbildung des pädagogischen Personals, die Größe der Strukturen und strengere Kriterien für gesunde Ernährung und Pflegeprodukte gelegt werden;
- die Qualität der non-formalen Bildungs- und **Betreuungsangebote regelmäßig kontrollieren**, Missstände beheben und die Aufgabenfelder aller im Sozialbereich tätigen Berufe definieren;
- den nationalen **Rahmenplan „Non-formale Bildung“ einer Evaluation unterziehen** und gegebenenfalls Anpassungen in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden der pädagogischen Fachkräfte und dem Verband der Betreuungseinrichtungen erarbeiten;
- ein besseres öffentliches **Internetportal mit einer aktualisierten Übersicht** über das vollständige Betreuungsangebot einrichten um den Eltern die Suche nach einem passenden Krippenplatz zu vereinfachen;
- das **Luxemburgische als Integrationssprache** in den Betreuungsstrukturen weiterhin fördern;
- besondere Aufmerksamkeit auf die **Inklusion der Kinder mit besonderen Bedürfnissen** legen und ihnen in den Kindertagesstätten ausreichend Plätze zur Verfügung stellen;
- **vermehrt innovative Betreuungsmodelle** einführen und Aktivitäten unterstützen wie z.B. Natur- oder Waldbetreuung („Bëschcrèche“);

- das Angebot der Betreuungsstrukturen im Hinblick auf **Öffnungszeiten der Einrichtungen** sowie Abhol- und Bringzeiten flexibler gestalten; auch Eltern, die Teilzeit arbeiten oder unregelmäßige Arbeitszeiten haben, müssen auf ein Betreuungsangebot zurückgreifen können;
- **Schule und Betreuungsstrukturen** im Interesse der Kinder und ihrer Eltern **besser aufeinander abstimmen** durch verstärkte Kommunikation und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den pädagogischen Fachkräften der non-formalen Bildungsstrukturen und Schulen sowie der gezielten Förderung von Ganztagschulen. Dadurch können mehr Vollzeitarbeitsplätze für das Betreuungspersonal geschaffen und Infrastrukturen besser ausgelastet werden;
- Eltern stärker einbinden in die non-formale Bildung, die sich als Erziehungspartner und nicht als Erziehungersatz versteht.

6.3 Grundschule des Erfolgs sichern

Das Bildungsangebot der Grundschule muss sich permanent an ungleiche Ausgangsbedingungen wie soziale oder kulturelle Herkunft der Schüler*innen anpassen. Dazu gehört, dass unsere Gesellschaft zunehmend heterogener und die Sprachensituation immer komplexer wird.

Zehn Jahre nach der letzten großen Grundschulreform ist es an der Zeit Bilanz zu ziehen und den gesellschaftlichen Auftrag an das gesamte Bildungssystem neu zu definieren. Diese Aufgabe wollen *déi gréng* gemeinsam mit den Elternvertretungen, den Lehrkräften, den Direktionen und Erzieher*innen angehen. Es sind nämlich diese Akteure, die jede Reform in Zusammenarbeit mit den Schüler*innen, dem übrigen Schulpersonal und den Gemeinden umsetzen müssen.

Ein wichtiges Ziel in diesem Prozess ist wieder Ruhe und Vertrauen ins schulische Umfeld zu bringen. Wir werden den administrativen Aufwand in der Grundschule verringern und dafür sorgen, dass nicht die Strukturen, sondern Inhalte und deren pädagogische Vermittlung in den Mittelpunkt rücken.

déi gréng werden:

- gemäß dem Motto „**kurze Beine – kurze Wege**“ die Schulinfrastrukturen den Bedürfnissen der Kinder anpassen. Dies beinhaltet sichere Schulwege, und ausreichend Platz für körperliche Betätigung und Persönlichkeitsentfaltung auf dem gesamten Schulgelände. In diesem Zusammenhang werden wir auch:
 - o **die Schulen und Betreuungsstrukturen barrierefrei gestalten**, den Personalschlüssel erhöhen, die Aus- und Weiterbildung des Personals entsprechend anpassen und so ein inklusives Schul- und Betreuungssystem verwirklichen;
 - o die **Schulhöfe naturnah** gestalten und das Anlegen von Schulgärten fördern;
 - o den Bau von **Psychomotorikräumen** in allen Schulen fördern und deren Nutzung anderen Betreuungseinrichtungen zugänglich machen;
- die **Alphabetisierung in der Grundschule auswerten und flexibler gestalten**;
 - o weiterhin in den **drei Landessprachen** unterrichten, ohne dass Kinder mit schwächerer Sprachenkompetenz dadurch an ihrer Weiterentwicklung in der Schule behindert werden;
 - o das Recht einführen, in Regelschulen ebenfalls in Französisch zu alphabetisieren und diese Möglichkeit nicht auf ausgewiesene „internationale öffentliche Schulen“ begrenzen;

- **die Funktionsweise der multiprofessionellen mobilen Teams im Rahmen der neuen Kompetenzzentren verbessern.** Diese werden genügend Mittel erhalten, um Schüler*innen mit Verhaltens- oder Lernschwächen (Dyslexie, Dysphasie, Dyskalkulie ...) gezielt möglichst früh zu fördern und sie in Zusammenarbeit mit dem Lehrpersonal weitergehend in die Klassengruppen zu integrieren mit dem Richtziel einer inklusiven Schule;
- **die Koordination und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Schulpartner*innen fördern.** Vor allem die Zusammenarbeit zwischen Regelschulen, Kompetenzzentren und Kinderbetreuung müssen institutionalisiert und harmonisiert werden; dazu gehört:
 - o **alle Partner*innen** - und besonders die Eltern - stärker in die wichtigen Entscheidungen der Schulentwicklung einzubinden;
 - o **zu überprüfen, ob die „Education précoce“ ihre Ziele erfüllt** und gegebenenfalls anpassen;
- **die Ausbildung des Grundschulpersonals praxisnah ausrichten** um sie der gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung anzupassen;
 - o das Weiterbildungsangebot des Institut de formation de l'Education nationale (IFEN) einer qualitativen und quantitativen Bestandsaufnahme und Evaluation unterziehen und gegebenenfalls notwendige Anpassungen vornehmen um einen qualitativ hochwertigen Schulbetrieb zu ermöglichen;
- **eine Bildungs-Plattform ("assises de l'éducation") organisieren** um die zukünftigen Personalbedürfnisse, Bildungsinhalte und Rekrutierungsmassnahmen im Grundschulwesen zusammen mit allen Schul- und Sozialpartner*innen zu analysieren und nachhaltige Lösungsansätze auszuarbeiten;
- **das Amt des Schulpräsidenten durch ein*e weisungsberechtigte hauptamtliche Schulleiter*in ersetzen**, die als Gesprächspartnerin für alle erkennbar ist (Schüler*innen, Lehrer*innen, sozioedukatives Personal, Eltern, Gemeinde, Ministerium und Betreuungsstrukturen), die verbindlich für Schulqualität bürgt und die Schule leitet. Diese « chargés de direction » arbeiten unter der Verantwortung des jeweiligen Regionaldirektors;
 - o **zusätzlich soll administratives Personal** durch die Übernahme der Verwaltungsaufgaben die Lehrkräfte von administrativer Arbeit entlasten;
- **den „Coefficient social“ erhöhen**, um den sozialen Benachteiligungen bei der Verteilung des Stundenkontingents an die Gemeinden mehr Gewicht zu geben;
- ausreichend Mittel (Lehrkräfte, Räumlichkeiten, Fördermaterial) für alle „**primo-arrivants**“ und Flüchtlingskinder zur Verfügung stellen;
 - o weitmöglichst auf die Einrichtung staatlicher Klassen für Flüchtlingskinder verzichten und die Gemeinden bei deren Inklusion in Regelklassen unterstützen;
- **spezialisierte Therapiestrukturen schaffen**, um möglichst vielen Kindern, die aktuell im Ausland in stationärer Behandlung sind, in Luxemburg adäquate Förderung anbieten zu können;
- die stationäre psychiatrische Kinderabteilung des zuständigen Krankenhauses mit einem differenzierten Schul- und Bildungsangebot ausstatten;
- **Bildung für nachhaltige Entwicklung** in die formalen und non-formalen Bildungssysteme integrieren und in die Grundausbildungen des Betreuungs- und des Schulpersonals einfließen lassen;
- **Gendermodule** (Reflexion von Geschlechterrollen und Stereotypen, Thematisierung von sexueller Vielfalt, Thematisierung von Gewalt und Gewaltprävention...) verpflichtend in die Grundausbildungen des Schul- und Betreuungspersonals integrieren.

6.4 Sekundarunterricht als Vorbereitung aufs Leben

Da die öffentliche Schule den Bedürfnissen möglichst aller Schüler*innen gerecht werden muss, begrüßen wir die erhöhte Autonomie unserer Sekundarschulen. Die Entwicklung unterschiedlicher pädagogischer Schwerpunkte einzelner Schulen sollte jedoch nicht verhindern, dass Schüler*innen bei Bedarf die Schule wechseln können. Auch darf sie nicht zu einem übermäßigen Konkurrenzdenken zwischen den einzelnen Schulen führen.

Aufgrund der spezifischen Luxemburger Schulsituation, werden wir die Programminhalte und Unterrichtsmaterialien überarbeiten um sie an die gesellschaftlichen und sozio-kulturellen Entwicklungen anzupassen.

Die Mehrsprachigkeit im Sekundarunterricht darf kein Stolperstein sein. Deshalb werden wir nach Analyse der Resultate der rezent geschaffenen Bildungseinrichtungen (z.B. der „École internationale de Differdange“ EIDD) einen Ausbau des Angebots an internationalen Sektionen mit unterschiedlichen Haupt- und Nebensprachen in Erwägung ziehen. Auch der Sekundarunterricht muss der zunehmenden Digitalisierung Rechnung tragen. Tablets allein ersetzen jedoch kein Schulprogramm. Die Digitalisierung unserer Schulen setzt voraus, dass das Schulpersonal entsprechend ausgebildet ist. Nur so kann der Einsatz neuer technologischer Mittel oder auch neuer Medien effizient und optimal für didaktisch-pädagogische Zwecke genutzt werden.

déi gréng werden:

- **einen Dialog über Programminhalte und neue Lehrmethoden mit allen Lehrkräften führen**, damit diese besser mit den Bedürfnissen der Schüler*innen übereinstimmen;
- durch eine **bessere Abstimmung der Programme in den unteren Klassen des klassischen Sekundarunterrichts (ESC) und des allgemeinen Sekundarunterrichts (ESG)** würde ein reibungsloser Wechsel der Schüler*innen zwischen den beiden Bildungsgängen vereinfacht. Dies würde die zügige Einführung der für déi gréng wichtigen Gesamtschule ermöglichen, in der Schüler*innen bis 15 Jahre respektiv, während der ersten 3 Jahre der Sekundarstufe gemeinsam unterrichtet werden; **an der Mehrsprachigkeit festhalten**, jedoch ab der Oberstufe eine Gliederung des Lehrangebots, gemäß dem Modell der internationalen Schulen, in Haupt- und Nebensprachen einführen. Eine Schwäche in einer Sprache darf nicht automatisch zum schulischen Misserfolg führen;
 - o zusätzlich das Angebot an internationalen Sektionen mit unterschiedlichen Haupt- und Nebensprachen in den öffentlichen Schulen ausbauen
- **in allen Sekundarschulen die individuelle Betreuung aller Schüler*innen durch Coaching garantieren**. Coaches sollen den Schüler*innen in regelmäßigen Abständen für persönliche, schulische oder karrierebezogene Fragen zur Seite stehen;
- **„Schüler*innen helfen Schüler*innen“-Projekte initiieren**;
- **der politischen Bildung einen neuen Stellenwert einräumen** und mit Hilfe des Zentrums für politische Bildung die Grundprinzipien der Demokratie sowie den Aufbau und die Funktionsweise der demokratischen Institutionen in den Schulen diskutieren und leben;
- die Schüler*innen stärker an der Ausarbeitung des Profils ihrer Schule beteiligen und ihre politische Bildung **durch Einbindung in schulische Entscheidungsprozesse vorantreiben**. Dies mündet in einer Stärkung der Rolle der gewählten Schülervertreter*innen sowohl in den Schulen als auch auf nationaler Ebene;
- **die Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützen** und die Schüler*innen in die Lage versetzen, bei ihren Entscheidungen abschätzen zu können, wie sich das

eigene Handeln auf künftige Generationen oder das Leben in anderen Weltregionen auswirkt;

- **der Vermittlung von Medienkompetenzen einen höheren Stellenwert geben.** Medienpädagogische Inhalte sollen fächerübergreifend dabei helfen, dass sich die Schüler*innen kritisch mit Medienprodukten auseinandersetzen;
- **die Eltern stärker ins Schulleben einbinden,** ebenfalls in die Diskussionen zur strategischen Ausrichtung der Sekundarschulen;
- **in den Schulbetrieb integrierte Praktika fördern und ausbauen** und den Schüler*innen damit einen besseren Einblick in die Arbeitswelt ermöglichen;
- **den Ausbau der Schulgebäude des postprimären Unterrichts weiterführen.;**
- die **Arbeit der neuen nationalen Schule für Erwachsene** (ehemalige „Ecole de la deuxième chance“) **stärker fördern** und den **Bau eines eigenen Schulgebäudes** schnellstmöglich **in Auftrag geben**;
- die Möglichkeit ausschöpfen, dass die Gymnasien ihre **Schulzeiten flexibler gestalten,** um sie besser an die Bedürfnisse der Schüler*innen anzupassen;
- **alle Sekundarschulen dazu bewegen Anti-Gewalt-Konzepte zu entwickeln,** um den sozialen Zusammenhalt und eine gesunde Charakterentwicklung aller Schüler*innen zu gewährleisten.
- **Service psycho-social et d'accompagnement scolaires** (SePAS), in unseren Schulen stärken;

6.5 Schulabbruch verhindern

Auch wenn die Schulabbrecher*innen-Quote in Luxemburg immer noch knapp unter dem europäischen Durchschnitt liegt, ist die Zahl der Schulabbrecher*innen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Diese Tendenz wirkt sich nicht nur negativ auf die Jugendarmut aus, sondern gefährdet auch den sozialen Zusammenhalt.

déi gréng werden:

- **den „Service Volontaire National“ für Jugendliche stärken,** um gefährdeten Schüler*innen sinnvolle Perspektiven zu bieten und die Kooperation mit der „Antenne locale pour Jeunes“ und den Jugendhäusern verbessern;
- **den Mangel an Sozial- und Schlüsselkompetenzen ernst nehmen** und ihm durch eine Erweiterung der Weiterbildungsprogramme nicht nur für Schulabbrecher entgegenwirken;
- **das Angebot von Internaten ausbauen und sie an die jeweiligen Schulen angliedern;**
- **jugendliche Schulabbrecher*innen in kleinen regionalen Zentren für eine Berufsausbildung fit machen** und sie kontinuierlich begleiten. Diese Zentren mit den Betrieben der Region vernetzen und in die Sozial- und Solidarwirtschaft einbinden;
- **Betriebe unterstützen, die Verantwortung für diese Jugendlichen übernehmen;**
- **das Gesetz zum Statut der Stagiaires und Praktikant*innen zügig umsetzen und evaluieren.** Gegebenenfalls wollen wir dafür sorgen, dass auch Personen sozial abgesichert werden, die ein Praktikum lediglich als Orientierungshilfe und nicht im Rahmen einer Ausbildung machen.

6.6 Optimale Orientierung bieten

déi gréng wullen Kindern und Jugendlichen die besten Möglichkeiten bieten, um ein Lebensprojekt entwickeln zu können, das ihren individuellen Wünschen und Fähigkeiten entspricht. Dafür brauchen sie optimale Bedingungen und eine pädagogische Begleitung. Eine Ausbildungsorientierung ausschließlich aufgrund ungenügender Schulresultate darf nicht zur Standardprozedur gehören. In diesem Sinne muss auch das Image der Handwerkerkarriere aufgewertet werden.

déi gréng werden:

- **Unterstützung für Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen** in allen Schulgebäuden anbieten;
- **die „Maison de l’Orientation“ mit weiteren regionalen Antennen stärken**, um die Vernetzung von Schule und Arbeit aktiver voranzutreiben;
- **Schnuppertage und -praktika in Handwerksbetrieben** vermehrt fördern - auch in der Großregion - und das Handwerk als erstrebenswerte Berufsaussicht fördern;
- die **Zusammenarbeit zwischen Schule, Betrieben und Berufskammern** verbessern, indem hierfür spezifische Ansprechpartner*innen bereitgestellt werden;
- zusammen mit dem Fonds National de la Recherche Schüler*innen mit der **breiten Palette von Karrieremöglichkeiten in der Wissenschaft und Forschung** vertraut machen und hierbei gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen den Schulen, unserer Universität und anderen öffentlichen Forschungsinstituten fördern;
- **eine systematische Analyse des Arbeitsmarkts erstellen**, um die Ausrichtung der Orientierungsmaßnahmen an die Nachfrage am Arbeitsmarkt anpassen zu können.

6.7 Berufsausbildung aufwerten

Die schnellen Änderungen in den Energie- und Mobilitätssystemen stellen neue Anforderungen an die Berufsausbildung. Gerade auch deshalb ist es wichtig, dass das Handwerk wieder einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft erlangt und dass die Wahl einer Handwerkslehre bei jungen Leuten nicht die Konsequenz einer „orientation par l’échec“ ist.

Das Prinzip der freien Berufswahl ist für déi gréng bestimmend. Geschlecht und soziokulturelle Herkunft der Schüler*innen dürfen dabei nicht diese Orientierung vorbestimmen. Die Berufsorientierung muss dabei sowohl den Beruf als auch die allgemeine Lebensplanung thematisieren. Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Berufsausbildung ist die Zusammenarbeit zwischen Schule und Arbeitswelt. Nur so wird eine kohärente Berufsausbildungspolitik erst möglich.

déi gréng wullen mehr Wert auf eine duale Ausbildung legen. Der Wechsel zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung, bzw. die Förderung von Praktikumserfahrungen auch im klassischen Sekundarunterricht sind wichtige Instrumente, um Schule und Arbeitswelt zu vernetzen. Die Berufsausbildung muss außerdem an die besondere Sprachsituation und die demographische Entwicklung in Luxemburg angepasst werden.

déi gréng werden:

- möglichst **alle beruflichen Ausbildungswege in deutscher und französischer Sprache** anbieten, um unüberwindliche sprachliche Hürden bei der Ausbildung zu vermeiden und so hinsichtlich der komplexen Sprachensituation die Chancengleichheit zu verbessern;

- ausloten, wo **Berufsausbildungen in englischer Sprache** sinnvoll sind und diese anbieten. Das ist eine Notwendigkeit um zumindest einem Teil der neu eingewanderten Jugendlichen eine Chance auf eine Berufsausbildung zu bieten;
- **das Tutorat und den „Conseiller à l'apprentissage“ aufwerten**, damit Auszubildende effizienter begleitet werden können und die Zahl der Lehrabbrüche reduziert wird;
- **Selbstständigkeit, Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Teamfähigkeit fördern** und neben der fachlichen Kompetenz vermitteln;
- **die Vorbildfunktion der Gemeinden** und öffentlichen Verwaltungen durch ein breites Angebot an Praktika stärken;
- **ein lebenslanges Recht auf Bildung festschreiben** und hochwertige Weiterbildungsangebote anbieten, berufsbegleitend oder in Vollzeit („Life Long Learning“), dabei gleiche Rechte für alle Berufskategorien (Beispiel Selbstständige und Freiberufler) garantieren. Außerdem sollen die Entwicklung und der Einsatz von „e-Learning“-Techniken gefördert werden.

6.8 Ein Universitätsstudium schafft neue Perspektiven

Ein abgeschlossenes Universitätsstudium öffnet zahlreiche Möglichkeiten in der Berufswelt. Deshalb will eine grüne Hochschulpolitik den Studierenden bestmögliche Chancen und Bedingungen bieten, um ein erfolgreiches Studium in Luxemburg oder im Ausland abzuschließen.

Ein Studium alleine ist oft nur der erste Schritt für einen erfolgreichen Eintritt in die Arbeitswelt. Oft gehen Studiengänge und Praktika Hand in Hand. Obwohl wir diese Tendenz begrüßen, sollen junge Menschen nicht ohne Bezahlung und Sozial- und Rentenversicherung arbeiten müssen. Praktika sind wichtig für den Arbeitseinstieg, brauchen jedoch einen legalen Rahmen und Qualitätsstandards. Vor allem öffentliche Institutionen müssen in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einnehmen.

déi gréng wollen auch die Entwicklung der Universität Luxemburg vorantreiben und in die fachlichen und sozialen Kompetenzen der Menschen investieren, die dort studieren und forschen. Lehre und Forschung sollen die Gesellschaft dazu befähigen, Lösungsansätze für Probleme und Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung zu finden.

déi gréng werden:

- **die gesellschaftliche Bildungs- und Lenkungsrolle der Universität Luxemburg stärker fördern.** Projekte, Studien und Ergebnisse müssen aktiv und über Expertenkreise hinaus nach außen getragen und vermittelt werden. Die Förderarbeit des Fonds National de la Recherche soll in diesem Sinne weiter unterstützt werden;
- **die geisteswissenschaftlichen Lehr- und Forschungsaktivitäten stärker fördern;**
- **eine Ausweitung der berufsbegleitenden Studien anregen**, unabhängig vom Angebot an Vollzeitstudien;
- **den Forschenden und Studierenden bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen bieten**, insbesondere durch ausreichenden und erschwinglichen Wohnraum auf und in der Nähe des Universitätscampus sowie in den umliegenden Gemeinden;
- Luxemburger Forschende und **Professor*innen im Ausland** stärker mit der Universität Luxemburg vernetzen und akademische und wissenschaftliche Aktivitäten zusammenführen;

- prüfen, inwiefern die **Zahl der befristeten Arbeitsverträge** an der Universität **reduziert** werden kann;
- die **Student*innenvertretungen** besser **einbinden**, sowohl auf der Ebene der Universität als auch auf jenen der Fakultäten und Institute;
- die nationalen Student*innenvereinigungen stärker unterstützen und regelmäßig zu studentenpolitischen Themen konsultieren; die Entstehung eines **multikulturellen und lebendigen Studierendenlebens** in Luxemburg fördern;
- mehr staatliche oder **staatlich subventionierte Wohnungen** in den europäischen Hauptzielorten unserer Studierenden anbieten, vor allem für Studienanfänger*innen;
- **das Personal des Studieninformationszentrums** – „CEDIES“ aufstocken, um eine bessere Beratung und Begleitung der Studierenden zu ermöglichen;
- **die Studienbeihilfen auf Student*innen ausweiten**, die auf weiterführenden Berufsschulen im Ausland studieren;
- **Qualitätsstandards und finanzielle Entlohnungen für** universitätsbegleitende und post-universitäre **Praktika bei öffentlichen Institutionen schaffen**;
- **in Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg ein Rekrutierungskonzept entwickeln** um dem Mangel an qualifizierten Lehrer*innen in Luxemburg entgegen zu wirken.

7. Gesundheit stärken

Grüne Gesundheitspolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Die gesundheitliche Vorsorge, der Zugang zu medizinischer Expertise und Information sowie individuell angepasste Therapien sind grundlegende Elemente einer erfolgreichen Gesundheitspolitik. Die duale Finanzierung der Gesundheitspolitik über Steuern und Sozialabgaben, veranschaulicht die bestehende Solidarität in unserer Gesellschaft, die es weiter mit Kampagnen zu konsolidieren und zu verstärken gilt.

Neue Entwicklungen, wie zum Beispiel Gesundheitsrisiken durch veränderte Lebens- und Arbeitsgewohnheiten oder neue Erkenntnisse zur Vorbeugung und Therapie müssen rechtzeitig identifiziert und gegebenenfalls in die nationale Gesundheitspolitik integriert werden.

Luxemburg verfügt über eine ausgezeichnete Gesundheitsversorgung, die wir weiter ausbauen wollen. Im Bereich der Präventivmedizin und der finanziellen Rückerstattung von alternativmedizinischen Methoden gibt es jedoch Nachholbedarf, auch im Vergleich zum europäischen Ausland. Das wollen déi gréng ändern und den Versicherten ebenfalls ein erstklassiges Angebot im Bereich der Präventivmedizin und der finanziellen Unterstützung der wissenschaftlich geprüften Alternativmedizin aufbauen.

déi gréng werden:

- **Ein „Observatoire de la Santé publique“ gründen**, dessen Aufgabe es sein wird, epidemiologische Daten zu sammeln und zu analysieren und nationale Strategien zur Verhinderung und Behandlung von Krankheiten wie Krebs, kardiovaskulären Erkrankungen, Diabetes, seltene und umweltbedingte Krankheiten auszuarbeiten;
- **eine „Carte sanitaire“ für den „secteur extrahospitalier“ sowie für andere Gesundheitsbereiche (z.B. Behinderung, drittes Alter, usw.) aufstellen** und regelmäßig auswerten;
- **die gesundheitlichen Folgen und Risiken einer zunehmend digitalisierten Welt** in den nationalen Gesundheitsplan einfließen lassen: Lebenshygiene im Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln, langes Sitzen, Videospielsucht, Internetmobbing,...
- **eine transparente und harmonisierte Nomenklatura für alle Arztleistungen einführen** und regelmässig auf den letzten wissenschaftlichen Stand setzen. Die finanzielle Entgeltung einer Leistung soll die am Patienten und seiner Akte verbrachte Zeit sowie die Technizität und das Risiko einer medizintechnischen Untersuchung oder Eingriffes gleichwertig bemessen;
- **manuelle und komplementär-medicinische Behandlungsmethoden** wie Akupunktur, Nährstofftherapie und Naturheilverfahren einer wissenschaftlichen Evaluation unterziehen und gegebenenfalls in den Leistungskatalog der Gesundheitskasse aufnehmen; **die interdisziplinäre Zusammenarbeit fördern**, sowohl zwischen den verschiedenen medizinischen Diensten und Fachdiensten, als auch zwischen den komplementärmedizinischen Behandlungsmethoden; den nationalen „**Aktionsplan für seltene Krankheiten**“ zügig umsetzen;
- den „Plan d’Action National de Lutte contre le Mésusage de l’Alcool“ (PALMA) auch gegen den Druck der Hersteller- und Vertreiberlobby umsetzen;
- **den Antibiotika-Plan umsetzen** sowie eine bessere Aufklärungsarbeit im Bereich Antibiotikamissbrauch leisten;
- **alle Gesetzestexte zum Gesundheitswesen in einem „Code de la Santé“ bündeln**;
- die **Forschung** in den Bereichen Biomedizin, Genetik und personalisierte Medizin vorantreiben;

- die **Bioethik-Konvention** OVIEDO umsetzen;
- **Gemeinschaftspraxen fördern, die 24/24 Stunden geöffnet bleiben**, damit hochwertige medizinische Versorgung, insbesondere in ländlichen Regionen angeboten werden kann.

7.1 In einer gesunden Umwelt leben

Schadstoffbelastung, Lärm, Feinstaub, Strahlungsfelder sowie belastende Arbeitsbedingungen und Bewegungsmangel beeinträchtigen die Gesundheit und verursachen oft chronische Erkrankungen. Deshalb sollte das Zusammenspiel zwischen Umweltfaktoren und Gesundheit als zentrales Thema der Gesundheitspolitik angesehen werden.

déi gréng werden:

- **die umweltmedizinischen Dienst- und Beratungsstellen vernetzen** und als starken Pfeiler des Gesundheitssystems ausbauen;
- **umweltmedizinische Präventionsarbeit ressortübergreifend organisieren**;
- **Instrumente zur Kontrolle von chemischen, biologischen und physikalischen Innenraumbelastungen** in Haushalten, Arbeitsräumen und öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stellen und Sanierungen finanziell unterstützen;
- **Diagnostik- und Therapieverfahren der Umweltmedizin** in den Leistungskatalog der Gesundheitskasse aufnehmen.

7.2 Prävention Vorrang geben

Grüne Gesundheitspolitik setzt vor allem auf die Vorsorge. An erster Stelle wollen wir die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schützen und Krankheiten vorbeugen. Eine Medizin, die auf vorbeugende Maßnahmen setzt, kann viele Behandlungskosten, vor allem aber menschliches Leiden vermeiden.

déi gréng werden:

- **einen allgemeinen Gesundheitscheck einführen, der von der Krankenkasse finanziert wird** und, ähnlich wie bei der Krebsvorsorge, es den Menschen in regelmässigen Abständen erlaubt, ihren allgemeinen Gesundheitszustand überprüfen zu lassen. Auf diese Weise kann die Früherkennung bei vielen Krankheiten und die Heilungschancen verbessert werden;
- **das Prinzip der Gesundheitsvorsorge** beim Verbraucherschutz, der Landwirtschaft, der Mobilität, im Wohnungsbau, der Forschung, der Schule und Betreuung und im Sport einfließen lassen;
- **einen Gesundheitsfonds einrichten, um präventive Gesundheitspolitiken zu fördern**;
- **Sport als Präventivmaßnahme und als Therapiemaßnahme** fördern und unterstützen;
- **die Verarbeitung biologisch angebaute Lebensmittel in öffentlichen Kantinen und Kliniken vorantreiben**;
- **systematische Informations- und Präventionskampagnen in den Bereichen Sucht, Verhütung, HIV und Suizid durchführen**;
- **die Strahlenbelastung durch Mobilfunkinfrastrukturen und -nutzung auf ein Minimum reduzieren**, insbesondere in der Nähe von Schulen und Betreuungseinrichtungen;

- **Pilotprojekte unterstützen, bei denen die kabellose Datenübertragung mittels Lichtwellen (z.B. VLC Technologie) eingesetzt wird**, um die Belastung durch elektromagnetische Strahlung zu reduzieren;
- eine Gesundheitserziehung der Bevölkerung vorsehen, die in den Schulen beginnt;
- Audits durchführen um die diversen Präventionsprogramme zu evaluieren und gegebenenfalls neue Programme zu erstellen und bestehende neu auszurichten oder zu beenden.

7.3 Gesundheitsberufe aufwerten

Unser Gesundheitssystem leidet unter einem allgemeinen Mangel an Personal. Um diesen zu bekämpfen, bevor nachhaltiger Schaden im System entsteht, brauchen wir eine vorausschauende, faktengestützte Strategie. Auch die Weiterbildung in Gesundheitsberufen soll unterstützt werden, um eine kontinuierlich hohe Qualität der Dienstleistungen zu garantieren.

déi gréng werden:

- **eine nationale Kartographie der Gesundheitsberufe erstellen** um den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Personal berechnen zu können;
- **Anreize schaffen, um Student*innen für Berufe im Gesundheitssystem zu begeistern;**
- **die Weiterbildung im Gesundheitswesen fördern**, verstärkt umweltmedizinische Weiterbildungskurse anbieten sowie eine Weiterbildung im Bereich des Einsatzes von medizinischem Cannabis einführen;
- **eine obligatorische Weiterbildung der Ärzte einführen.** Die Finanzierung dieses "Life Long Learning" kann entweder direkt vom Staat oder über leicht erhöhte Tarife getragen werden (für die Ärzte, die sich regelmäßig weiterbilden). Ärzte die sich über einen längeren Zeitraum nicht weiterbilden wird gegebenenfalls die weitere Zulassung verweigert;
- **die Krankenpflegerausbildung ausbauen und aufwerten**, sowie entsprechend ausgebildeten Krankenpfleger*innen zusätzliche Kompetenzen einräumen.

7.4 Qualität in Krankenhäusern sichern

Das neue Krankenhausgesetz legt die Entwicklung der Luxemburger Krankenhauslandschaft für die nächsten Jahre fest. Kompetenzzentren sollen medizinisches Fachwissen bündeln, während die Qualität der Leistungen in den Krankenhäusern besser überprüft werden soll. Trotz dieser Verbesserungen gibt es weiterhin viele Baustellen im Krankenhausbereich, wie zum Beispiel die chronische Überlastung der Notaufnahmen. Hier muss dringend gehandelt werden.

déi gréng werden:

- **die Empfehlungen aus der Analyse der Bereitschaftsdienste umsetzen um die derzeitigen Schwachpunkte landesweit zu beheben;**
- **Notaufnahmen in den Spitälern stärken** und mit spezialisierten Notärzten besetzen, die die Möglichkeit bekommen, Patient*innen in sogenannten "lits portes" bis zu 24 Stunden lang zu betreuen. Die Möglichkeiten und Grenzen der virtuellen Notaufnahme in einem Pilotprojekt testen;

- die Attraktivität der Krankenhausdienste verbessern (z.B. durch eine Standardentgeltung der Bereitschaftsärzte);
- alle „Maisons médicales“ mit **pediatrischen Dienstleistungen** ausstatten;
- **eine generelle Qualitätskontrolle der Gesundheitsleistungen einführen**;
- **die obligatorische Krankenhausedokumentation auf ihre Umsetzung überprüfen und regelmässig auswerten**;
- **die Berechnung der Personalschlüssel** in den Kranken- und Pflegehäusern an die tatsächlichen Personalbedürfnisse **anpassen**. Dazu gehört ebenfalls:
 - o jedes Krankenhaus mit einem Infektiologen ausstatten;
 - o die „Stroke unit“ mit den nötigen Fachkräften und in Trombektomie ausgebildeten Chirurgen ausstatten.

7.5 Patientenrechte ausbauen

Patientenrechte erlauben einen verantwortungsvollen Umgang mit den medizinischen Leistungen unseres Gesundheitssystems. Sie schränken dabei die medizinische Verantwortung der Ärzte oder die Möglichkeiten der modernen Medizin nicht ein. Zu den Rechten der Patienten gehört zudem die Weiterentwicklung der Angebote sowie ein barrierefreier Zugang zu Gesundheitsleistungen.

déi gréng werden:

- den Leistungserbringern und den Patienten **jährlich eine Liste der verordneten respektiv erhaltenen medizinischen Gesundheitsleistungen und Medikamenten zustellen** und diese Daten statistisch auswerten;
- **einen "fonds d'indemnisation"** für Medizinhaftung bei Behandlungsschäden, einführen (aléa thérapeutique);
- **den Tiers payant généralisé schrittweise einführen**. Die technische Umsetzung muss die Transparenz bezüglich der geleisteten Dienstleistungen und ihrer Kosten für alle beteiligten Partner - Patienten, Ärzte und Krankenkassen - garantieren;
- **den universellen Zugang zu elementaren Gesundheitsleistungen** für alle in Luxemburg ansässigen Personen sicherstellen, auch dann, wenn sie keinen festen Wohnsitz haben und nicht sozialversichert sind;
- **den Rückgriff auf ein landesweit einheitliches elektronisches Patientendossier** in allen Gesundheitsbereichen fördern. Das persönliche elektronische Patientendossier soll von den Leistungserbringern mit der Einwilligung der Patient*innen gepflegt werden und der Rückgriff auf diese Daten soll gefördert werden;
- **die Nachversorgung und Beratung nach ambulanten Eingriffen verbessern**, zum Beispiel durch Betreuung in einem „Hôtel hospitalier“ sowie durch digitale Ergänzungsangebote;
 - o **zusätzlich Übernachtungsmöglichkeiten für Angehörige** von Patienten in direkter Nähe der Krankenhäuser bereitstellen;
- **den Europäischen Aktionsplan "Stroke Action plan for Europe 2018-2030" in Luxemburg umsetzen, und besonders ein Nachsorge- und Beratungszentrum für Schlaganfallpatienten** und deren Familienangehörige aufbauen;
- **eine ganzheitliche, auf den Patienten abgestimmte Diagnostik und Therapie** mit individuell immunologischen Verträglichkeitsanalysen aufbauen;

- **Barrierefreiheit für Menschen mit spezifischen Bedürfnissen garantieren**, zum Beispiel durch den Einsatz von Gebärdolmetschern in medizinischen Einrichtungen;
- prüfen ob die Europabeamten, die über das Sozialversicherungssystem der EU versichert sind und in Luxemburg wohnen, ihre Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte nach derselben Tarifstruktur rückerstattet kriegen, wie andere Einwohner des Landes ;
- die Arbeits- und die generelle Lebenssituation von Menschen mit chronischen und /oder degenerativen, nicht heilbaren Krankheiten (wie MS) analysieren und verbessern;
- neue Konzepte der Pflege entwickeln bei der Begleitung von Menschen die eine 24-Stunden Betreuung benötigen (wie bei ALS);
- die Abschaffung des Aufpreises von 66% für Arztleistungen in der 1. Klasse verhandeln.

7.6 Gesundheit in der Schule und am Arbeitsplatz

Früh übt sich, wer ein Leben in bestmöglicher Gesundheit führen möchte.

Gesundheitserziehung in der Schule und der Ausbau der schulmedizinischen Dienste spielen dabei eine zentrale Rolle.

Ein Großteil des Erwachsenenlebens vieler Menschen spielt sich am Arbeitsplatz ab. Prävention und Information in Gesundheitsfragen muss dort eine entsprechende Rolle spielen.

Schulmedizin

déi gréng werden:

- die nationalen und kommunalen **schulmedizinischen Dienste mit spezialisiertem Personal** verstärken und aufwerten;
- **die Schulmedizin in der Education précoce (Cycle 1.0) einführen**;
- **Gesundheits- und Ernährungsprogramme** in den Schul- und Betreuungseinrichtungen ausbauen;
- **Bewegung im Unterricht** sowie Unterricht im Freien fördern;
- **die sexualpädagogischen Programme** in den Schulen, Jugendhäusern und Betreuungseinrichtungen ausbauen;
- **Obligatorische „Erste Hilfe Kurse“ für alle Schüler*innen an den Schulen einführen**;
- in jeder Schule ab einer bestimmten Größe eine*n ausgebildete*n Krankenpfleger*in zur Verfügung stellen;

Arbeitsmedizin

déi gréng werden:

- **das Betätigungsfeld der Arbeitsmediziner erweitern und den Fokus stärker auf Prävention am Arbeitsplatz ausrichten**: Führungsverhalten, Organisationskultur und Arbeitsabläufe als wichtige Faktoren für die Befindlichkeit der Arbeitnehmer*innen anerkennen und in die Arbeitsmedizin einfließen lassen;
- **Erkrankungen, die nachweislich durch Chemikalien am Arbeitsplatz, zum Beispiel Pestizide, ausgelöst werden** in die Liste der Berufskrankheiten aufnehmen;

- **Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und in den sozialen Medien gesetzlich strenger ahnden;**
- **die Anlaufstellen für Opfer sexueller Belästigung und Gewalt in der Arbeitswelt ausbauen;**
- **die Rolle der Gesundheitsbeauftragten in den Arbeitnehmerdelegationen stärken;**
- Programme zur **Burnout-Prävention und -Behandlung** fördern;
- Die **verschiedenen Kompetenzen im Bereich Arbeitsmedizin unter der Kompetenz eines einzigen Ministeriums zusammenführen**. Diese sind derzeit auf ITM („Inspection du Travail et des Mines im Arbeitsministerium“), AAA („Association Assurances Accidents“) sowie DSATE („Division de la Santé au Travail et de l’Environnement des Gesundheitsministeriums“) sowie arbeitsmedizinische Dienststellen (STI, STM, ASTF, „ministère des Fonctions Publiques“...) verteilt;

7.7 Bei guter Gesundheit alt werden

Senior*innen, die ihr Leben in vollen Zügen genießen, das ist nicht nur ein gesundheitliches, sondern auch ein gesellschaftliches Ziel.

déi gréng werden:

- **Präventionspläne verstärken**, die zu einem gesunden Altern, zum Erhalt der Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit beitragen;
- kommunale Projekte unterstützen, die der **Vereinsamung im Alter** und dem damit einhergehenden schleichenden Autonomieverlust entgegenwirken: u.a. Seniorenrestaurants und Projekt Senior plus
- **alternative Wohnformen und zukunftsgerechte Bauweisen staatlich fördern** (Alterswohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser, ...);
- **wohnnortnahe und häusliche Betreuungsangebote verstärken** sowie eine bessere Vernetzung der Angebote umsetzen;
- **Schmerztherapie** flächendeckend anbieten und in den Leistungskatalog der Gesundheitskasse aufnehmen;
- **die Palliativpflege fördern** und zusätzliche ärztliche und pflegerische Weiterbildungsprogramme für Palliativmedizin und -pflege anbieten;
- dem Prinzip Rechnung tragen, dass alle volljährigen Bürger*innen automatisch **Organspender** sind, insofern sie zu Lebzeiten keine anderslautende Verfügung getroffen haben;
- **das „Sterbetestament“ vereinheitlichen**, und die Information der Bürger*innen verbessern;
- **Barrieren abbauen, die den Zugang zur aktiven Sterbehilfe erschweren.**

7.8 Therapie in der richtigen Dosis

Apothekenfachkräfte sind oft die ersten Ansprechpartner im Krankheitsfall. Ihre beratende Rolle wird aber kaum zur Gestaltung einer präventiven Gesundheitspolitik genutzt.

Der Leistungskatalog der Krankenkassen muss in punkto Medikamente und alternative Therapien überarbeitet werden.

déi gréng werden:

- **die Rolle der Apothekerinnen und Apotheker stärken**, besonders bei der Information über Wirkungen, Nebenwirkungen und Interaktionen von Medikamenten sowie der Kostenkontrolle;
- **das System der Bereitschaftsapotheken analysieren** und den Bedürfnissen der Bevölkerung anpassen;
- die Bürger besser über die **Risiken beim Onlinekauf** von Medikamenten informieren;
- die Finanzierung und **Subventionierung des Blisterverfahrens** klären;
- **die Liste der zugelassenen Medikamente überarbeiten** und unter anderem medizinisches Cannabis in den Leistungskatalog aufnehmen;
- **osteopathische, ernährungsberaterische und psychotherapeutische Behandlungen** ebenfalls in den Leistungskatalog übernehmen;
- die **Liste der schweren Pathologien** (Anhang G der Statuten der CNS), die einen 100%-Physiotherapie-Rückerstattungsatz haben, **überprüfen** und andere Pathologien (z.B. Lipödem, ...) in diese Liste aufnehmen, wenn dies argumentierbar ist;
- den Einsatz von **Musik-, Klang-, Kunst-, Aroma- und Bewegungstherapie** in den staatlich konventionierten Einrichtungen aufnehmen, fördern und unterstützen;
- die Rückerstattungsbedingungen für **Prothesen** verallgemeinern;
- die Rückerstattung der **operativen Sterilisation** bei Männern und Frauen einführen
- die Kosten der Behandlung von medizinisch bedingten erektilen Dysfunktionen zurückerstatten.

7.9 Menschenwürdige Psychiatrie fördern

Die psychiatrische Behandlung von Patientinnen und Patienten verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir müssen dafür sorgen, dass das Recht der Menschen auf Intimität und Selbstachtung auch in der Psychiatrie respektiert wird. Psychisch kranke Menschen müssen gegen jede Form der Diskriminierung geschützt werden und psychiatrische Gutachter müssen die Ursachen der Erkrankung aufspüren und hierbei das soziale und familiäre Umfeld der Patientinnen und Patienten sowie Ernährungsdefizite und Umweltgifte einbeziehen. Menschliche Zuwendung, Gespräche und Einzelpsychotherapien sind zwar personalintensiv, dürfen jedoch nicht durch reine Pharmakotherapien ersetzt werden.

déi gréng werden:

- **die Dezentralisierung der Psychiatrie weiterführen** und durch ein wissenschaftliches Beratungsgremium begleiten, das ebenfalls bei der Ausarbeitung der Leitlinien für Behandlungstherapien mitwirken wird;
- **Angebote zur Begleitung von Angehörigen der Psychiatriepatienten schaffen**, sowohl im Bereich der Jugendpsychiatrie, der Erwachsenenpsychiatrie als auch der Forensik;
- **die ambulante Betreuung** durch psychotherapeutische, sozialpsychiatrische und multidisziplinäre Therapieangebote **ausbauen**;
- **die Zusammenarbeit zwischen stationärer Akutpsychiatrie und den dezentralen ambulanten Strukturen verbessern**;
- **die Angebote der offenen und stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie erweitern**;

- **die Behandlung und Begleitung in offenen Strukturen verstärken** und die Mitentscheidungsrechte der Patientinnen und Patienten stärken;
- **die geplante dezentrale Struktur für forensische Psychiatrie in Schrassig schnellstmöglich umsetzen;**
- **die Dienste der Addiktologie ausbauen und verstärken;**
- **ein Mediationsgremium für den psychiatrischen Bereich schaffen;**
- **die Reform des CHNP mit den dafür notwendigen Mitteln weiterführen,** die Infrastrukturen modernisieren und das alte Gebäude („Building“) zukünftig höchstens für reine Verwaltungsarbeiten nutzen;
- den medizinischen Fachbereich "Psychosomatik" in Luxemburg einführen (sowohl ambulant als auch stationär).

2^{ten} Deel

Zesumme weidergoen

Luxemburg ist heute in vielerlei Hinsicht erfolgreicher denn je. Unser Land boomt und zieht internationale Unternehmen aus ganz unterschiedlichen Bereichen an. Menschen aus aller Welt kommen zu uns, um hier zu leben und zu arbeiten. Uns alle verbindet die Liebe zu unserem Land, unseren Landschaften, unserer Natur, zu Europa und zur Menschheit.

Der Zusammenhalt in unseren Städten und Dörfern scheint jedoch vielerorts zu schwinden. Gerade angesichts des Bevölkerungswachstums müssen wir diesen Zusammenhalt fördern und dem Auseinanderdriften von Arm und Reich in unserem Land entgegenreten. Das ist ein Gebot der Fairness, aber auch der Vernunft. Denn Fortschritt erzielen vor allem Länder, in denen es sozial gerecht zugeht. Wir brauchen mehr Solidarität zwischen Reich und Arm, zwischen Stadt und Land, zwischen Alt- und Neu- Luxemburger*innen und zwischen Mann und Frau.

Kapitel III

D'Recht op ee gutt Zesummeliewe fir jiddereen

déi gréng stehen für eine offene Gesellschaft, in der wir unser Zusammenleben miteinander und nicht nebeneinander organisieren. Deshalb wollen wir die Verhältnisse in Luxemburg so gestalten, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ein gutes Leben führen können. Wir fördern das Gemeinwohl und behalten gleichzeitig die Interessen der zukünftigen Generation im Blick. Denn nur eine Gesellschaft, in der die Menschen sich einbringen und zusammenhalten, ist eine Gesellschaft, die für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet ist.

Wichtige Werte bleiben für uns Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Die Hälfte der Macht den Frauen, das ist seit unserer Gründung unser Anspruch. Gerade heute, wo Frauenverachtung und -missbrauch durch Männer in Machtpositionen allenthalben sichtbar werden, ist es wichtig feministische Ideen hoch zu halten und zielstrebig umzusetzen. Das gelingt uns sicher auch dann, wenn wir die Möglichkeiten zur kritischen Auseinandersetzung mit Medien und Kultur für alle von klein auf stärken. Die kulturelle Bildung in Schulen und anderen Einrichtungen wollen wir stärken und die Arbeitsbedingungen für freie Kulturschaffende verbessern. Denn wie könnten wir ohne Kultur eine anziehende und überzeugende Vision einer gerechten Zukunft zeichnen?

8. Integration erleichtern

Luxemburg gilt innerhalb der EU auch im Bereich der Immigration als beispielhaft. Seit über 150 Jahren haben wir verstanden, dass offene Grenzen unser Land in allen Hinsichten bereichern können. Das setzt voraus, dass die Luxemburger*innen und die Zugezogenen offen aufeinander zugehen und die nötigen Anstrengungen unternehmen, denn eine erfolgreiche Integration setzt ein beiderseitiges Engagement voraus, von der Aufnahmegesellschaft und von den Migranten.

In den letzten Jahren ist die Bevölkerung im Land jedes Jahr um mehr als 10.000 Menschen gestiegen. Zum Teil hat dies natürlich mit unserer boomenden Wirtschaft zu tun. Hinzu kommt jedoch auch die hohe Lebensqualität, die Luxemburg prägt. Nur zu einem geringen Teil wächst die Bevölkerung durch die humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen. Trotzdem sind gerade in diesem Bereich die Herausforderungen der Integration besonders groß. Die Kriegsflüchtlinge, die ihren Weg nach Europa und Luxemburg finden, brauchen eine besondere Betreuung und Hilfe, um die dramatischen Erlebnisse in ihrem Heimatland zu verarbeiten, zudem sind für sie die Herausforderungen der kulturellen Integration besonders hoch. Auch dabei bedürfen sie unserer Hilfe.

Im Bereich der Einwanderung stellen wir uns also auch weiterhin vielen Herausforderungen: die schulischen Aussichten für Kinder aus Einwandererfamilien sind unterdurchschnittlich (nicht zufriedenstellend). Zudem ist die Beteiligung der Nicht-Luxemburger*innen am politischen Leben unzureichend. Auch der Umgang mit Menschen, die in Luxemburg um Asyl bitten, muss verbessert werden.

8.1 Politische Beteiligung stärken

déi gréng setzen sich seit ihrer Gründung für die politische Beteiligung und Integration der ausländischen Bürger*innen ein und wollen diese nicht von einem veralteten und ausschließenden Nationalitätenverständnis abhängig machen.

Bei den Gemeinde- und Europawahlen wurden in den letzten Jahren auch wichtige Verbesserungen umgesetzt. Das Referendum 2015 zum Residenzwahlrecht für die Abgeordnetenversammlung hat jedoch gezeigt, dass derzeit eine große Mehrheit der Luxemburger*innen es ablehnen, den Zugang zum Wahlrecht ausschließlich durch eine Mindestresidenzdauer zu begrenzen. déi gréng werden den Ausgang des Referendums respektieren.

Damit ist jedoch das Problem des Demokratiedefizits nicht behoben, das dadurch entsteht, dass nur wenig mehr als die Hälfte der hier lebenden Menschen an den Wahlen teilnehmen. Die andere Hälfte ist entweder von den Wahlen ausgeschlossen oder sieht nicht den Nutzen oder gar die Notwendigkeit, sich in die Wahllisten für die Kommunal- oder Europawahlen einzuschreiben. déi gréng sind deshalb der Meinung, dass die Anstrengungen für eine politische und soziale Partizipation verstärkt werden müssen, auch wenn der Weg über eine Beteiligung an den Nationalwahlen derzeit verschlossen bleibt. Die Beteiligung am politischen Leben beschränkt sich darüber hinaus nicht auf eine Wahlbeteiligung.

Déi gréng werden

- die **Sensibilisierungskampagnen verstärken**, die zur Einschreibung in die Wahllisten aufrufen;
- die Rolle der **Integrationskommissionen auf kommunaler Ebene** stärken;
- die politische Bildung in den Schulen, den Maisons Relais und im Berufsleben verstärken;
- die **Überarbeitung des nationalen Integrationsplans** zusammen mit den Vertretern der Zivilgesellschaft vorantreiben und die nötigen Mittel für eine zügige Umsetzung bereitstellen;

- einen zweijährlichen **Bericht zur Integration** in Auftrag geben, der anhand von dokumentierten Zahlen den Erfolg oder Misserfolg der umgesetzten Initiativen belegt;
- den „**Conseil national pour étrangers**“ reformieren und seine konsultative Funktion, auch bei gesetzgeberischen Vorhaben, verstärken.

Europawahlen

Alle in Luxemburg wohnhaften EU-Bürger können entweder in ihrem Heimatland oder in Luxemburg an der Europawahl teilnehmen. 2014 wurden die Regeln dazu endlich den europaweit gültigen Regeln angepasst. EU-Bürger können jetzt ohne Mindestaufenthaltsdauer an den Europawahlen teilnehmen, wenn sie in Luxemburg wohnen und sich rechtzeitig in die Wahllisten einschreiben.

déi gréng werden:

- die Informations- und **Sensibilisierungskampagnen zur Einschreibung** von Bürgerinnen und Bürgern ohne luxemburgischen Pass in das Wahlregister verstärken;
- den EU-Bürgern systematisch die Möglichkeit bieten, sich anlässlich ihrer Anmeldung auch gleichzeitig in die Wahllisten einzuschreiben.

Kommunalwahlen

An den Kommunalwahlen dürfen sowohl EU-Bürger als auch Nicht-EU-Bürger teilnehmen, sofern sie sich in die Wahllisten eingeschrieben haben. In diesem Fall soll das Wahlrecht zur Wahlpflicht werden, damit allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Rechte und Pflichten zugestanden werden.

déi gréng werden:

- **die automatische Einschreibung** der nicht-luxemburgischen Bürgerinnen und Bürger in die Wählerlisten für die Kommunalwahlen einführen. Damit müssten dann auch Nicht-Luxemburger Bürgerinnen und Bürger der in Luxemburg üblichen Wahlpflicht nachkommen;
- die Mindestresidenz zur **Ausübung des passiven Wahlrechtes** auf kommunaler Ebene von derzeit fünf auf drei Jahre heruntersetzen.

8.2 Brücken bauen

Die luxemburgische Sprache ist einer von vielen wichtigen Inklusionsfaktoren. Von daher ist es wichtig, dass das Erlernen der Sprache stärker gefördert wird.

déi gréng werden:

- unsere **Sprachenvielfalt als eine unserer Stärken** bewahren und ausbauen. Luxemburgisch ist wichtig – Deutsch, Französisch und Englisch sind es auch. Luxemburg braucht diese vier Sprachen und muss sie fördern. Die Sprachenvielfalt darf jedoch nicht zur Ausgrenzung führen;
- den vom Staat ermöglichten und finanzierten „**Sprachurlaub**“ **evaluieren und verbessern** und das Angebot an luxemburgischen Sprachkursen ausbauen und flexibler gestalten;
- **ausländischen Bürgerinnen** und Bürgern gleich bei ihrer Ankunft in Luxemburg bessere Möglichkeiten bieten, um **Luxemburgisch zu lernen**;

- **die Angebote im Bereich der Immigration zusammenlegen**, damit Einwanderer bis zu ihrer eventuellen Einbürgerung durch aufeinander abgestimmte Angebote begleitet werden;
- **unser Schul- und Weiterbildungssystem an allen hier lebenden Kindern und Erwachsenen ausrichten** (siehe Kapitel „Schule“); die räumliche Segregation der Migrantenklassen („classes d'accueil“) im Sekundarunterricht abschaffen und durch gemeinsame Kurse Austausch fördern;
- die Möglichkeiten der Einbürgerung, die **das neue Staatsbürgerschaftsgesetz** bietet, **stärker bewerben** und das Gesetz gegebenenfalls verbessern, damit die Einbürgerung noch einfacher wird;
- **interkulturelle Kompetenzen am Arbeitsplatz**, besonders im öffentlichen Dienst sowie im konventionierten sozio-educativen Bereich durch Weiterbildung stärken;
- Gemeinden oder Gemeindesyndikate, die sich einen Integrationsbeauftragten zulegen möchten, finanziell unterstützen;
- Austausch und **Vernetzung zwischen den Kommunen, Staat und zivilgesellschaftlichen Trägern** im Bereich der Integrationsarbeit fördern und unterstützen;
- die Bemühungen um eine **naionale Koordination der Integrationsarbeit** weiterführen und diesen einer fortlaufenden Bewertung unterziehen;
- **Sport- und Musikvereine**, sowie Jugendorganisationen und lokale Interessensvereine stärker unterstützen, wenn sie ihre Aktivitäten verstärkt an einem integrativen Anspruch ausrichten;
- eine **Beobachtungsstelle für alle Formen der Diskriminationen** einrichten.

8.3 Flüchtlingspolitik humanisieren

Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik ist repressiv, unsolidarisch und auf Abschottung ausgerichtet. Diese Abschottung ist unmenschlich und verschärft auf Dauer die Probleme. Das möchten wir ändern. Die Asylproblematik wird akut bleiben, solange es nicht zu einer klaren EU-Politik zur Förderung und Regulierung der legalen Immigration aus Drittstaaten kommt. Das Mittelmeer darf nicht zum Massengrab für Flüchtlinge aus Afrika oder dem Nahen Osten werden.

Gleichzeitig muss noch mehr getan werden für eine humane Aufnahme der traumatisierten Flüchtlinge aus den Kriegsregionen des Nahen und Mittleren Ostens. Luxemburg hat sich nicht gescheut, seinen Beitrag zu leisten bei der Aufnahme der Flüchtlinge in den letzten Jahren. Aber diese Anstrengung muss fortgesetzt und verstärkt werden.

déi gréng werden:

- sich für eine **gemeinsame europäische Asylpolitik** im Respekt und auf der Grundlage der Genfer Konvention einsetzen;
- **sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, die Möglichkeiten legaler Immigration aus Drittstaaten auszuweiten**, insbesondere mittels des Konzepts der „zirkulären Migration“. „Zirkuläre Migration“ bedeutet, in Absprache mit Partnerländern, eine zeitlich begrenzte Immigration zuzulassen, insbesondere zu Ausbildungszwecken. So können Migrantinnen und Migranten ihre neu erworbenen Fähigkeiten anschließend in ihren Herkunftsländern anwenden. Dadurch kann die definitive Abwanderung von Fachkräften verhindert werden;

- dafür sorgen, dass die legalen Verfahrensdauern eingehalten werden und ein Trackingssystem einführen das den Antragstellern ermöglicht zu wissen in welchem Stadium des Verfahrens sich ihr Dossier befindet;
- **dafür sorgen, dass auch Menschen, die über längere Zeit über ein temporäres Aufenthaltsstatut verfügen**, unter bestimmten Bedingungen (Kinder, berufliche Integration, Ausbildung ...) **dauerhaft in unserem Land bleiben können**;
- **die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gemeinden verstärken**, damit eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in allen Gemeinden gewährleistet werden kann. Dafür ist es wichtig, dass die Regierung für die Verteilung der Flüchtlinge in die verschiedenen Landesteile zuständig bleibt, Gemeinden und soziale Verbände aber dabei unterstützt, die Aufnahme menschenwürdig und sozialverträglich zu gestalten. Die Gemeinden sollen über ein nationales Quotensystem dazu verpflichtet werden, sich verbindlich um die Aufnahme und Inklusion von Flüchtlingen zu kümmern;
- den Unterricht für Flüchtlingskinder weitmöglichst in den Klassen und Gebäuden des regulären Schulunterrichts abhalten und die Gemeinden bei der Inklusion der Flüchtlingskinder in Regelklassen unterstützen;
- einen **'guichet unique' einrichten** damit die Asylbewerber einen einzigen behördlichen Ansprechpartner haben für Ihren Asylantrag, soziale Sicherheit, Unterkunft, Eingliederung in den Arbeitsmarkt usw.;
- eine **persönliche elektronische Karte für Asylbewerber** einführen die als Identitätskarte, carte médicale und Kreditkarte mit den verschiedenen öffentlichen Vergütungen fungieren kann;
- sich einsetzen für Ausnahmeregelungen betreffend den Zugang zur luxemburgischen Nationalität älterer anerkannter Flüchtlinge (BPI) insbesondere in Bezug auf die Anforderungen zur Sprachkompetenzen;
- die Verfahren bei der Bestimmung und Betreuung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen (z.B. unbegleitete Minderjährige) verbessern;
- die Praxis des unterstützten „**retour volontaire**“ evaluieren und gegebenenfalls verbessern;
- bei der **Unterbringung von Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen** darauf achten, dass die Menschen sich möglichst autonom und selbstverantwortlich um ihre Kleider und Nahrung kümmern können. Ihnen sollen außerdem sofort Möglichkeiten zur beruflichen und sprachlichen Weiterbildung geboten werden;
- die **Unterbringung der anerkannten Flüchtlinge in privaten Haushalten** stärker unterstützen, beispielsweise durch die Möglichkeit, auch in diesen Fällen den REVIS länger als 12 Monate zu gewähren und professionelle Beratungs- und Begleitungsangebote schaffen, um sowohl die Haushalte als auch die Flüchtlinge zu unterstützen;
- die **Zusammenarbeit** verbessern, die die verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure in der Betreuung der Flüchtlinge vereint;
- den Zugang zum Arbeitsmarkt für Personen, die internationalen Schutz beantragt haben, entbürokratisieren sowie Initiativen fördern, die hierbei unterstützend wirken..

9. Gleiche Rechte und Anerkennung schaffen

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen dafür sorgen, dass Frauen und Männer sich auf Augenhöhe begegnen. Faire Chancen garantieren und bestehende Benachteiligungen konsequent bekämpfen bringt Frauen und Männer sowie die Gesellschaft voran.

déi gréng setzen sich für eine Gesellschaft ein, in der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität keinen Platz hat und in der niemand durch überkommene Geschlechterrollen in seiner Entfaltung und seinen Möglichkeiten eingeschränkt wird.

9.1 Selbstbestimmung über Körper und Lebensplanung

Selbstbestimmung umfasst in erster Linie den eigenen Körper und das Recht der Frauen und Männer, frei über ihren Körper und ihre Lebensplanung zu entscheiden.

déi gréng werden:

- **sexualpädagogische Angebote** für alle Kinder und Jugendliche einführen bzw. weiterentwickeln, die altersgerecht, tabufrei, toleranz- und respektfördernd sind;
- die **sexualpädagogische Fachkompetenz** von Lehr- und Erziehungspersonal sowie Eltern fördern und dem „Centre national de Référence pour la Promotion de la Santé affective et sexuelle“ die notwendige Unterstützung für seine Arbeit garantieren;
- die **Kostenerstattung aller Verhütungsmittel** ohne Altersbegrenzung einführen (inkl. frei gewählter Sterilisation);
- chirurgische Eingriffe an Intersexmenschen ohne deren ausdrückliches Einverständnis strafbar machen.

9.2 Gleiche Rechte ungeachtet von Gender-Identität

déi gréng stehen für eine Politik, die allen Menschen die gleichen Rechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und sexuelle Selbstbestimmung zugesteht. Deshalb wollen wir die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung vorantreiben und Diskriminierungen aktiv bekämpfen.

déi gréng werden:

- **Inter- und Transsexualität anerkennen**, ihren spezifischen Bedürfnissen im öffentlichen Leben Rechnung tragen und die Empfehlungen des Europarats umsetzen (cf. Résolution 2048 (2015));
- **die rechtlichen Rahmenbedingungen der Reproduktionsmedizin diskutieren und definieren**. Das gilt insbesondere in Bezug auf den Kinderwunsch von gleichgeschlechtlichen Paaren (Eizellspende, Embryonenspende, Leihmutterschaft).

9.3 Männer in ihrer Elternrolle fördern

Auch heute noch sind die beruflichen Aufstiegschancen für Frauen deutlich geringer als für Männer. Der Gehaltsunterschied beträgt im Durchschnitt noch immer 5,5% zu Lasten der Frauen. Wenn Nachwuchs die Familie bereichert, arbeiten Frauen öfter in Teilzeit als Männer oder legen ihre berufliche Aktivität gar ganz auf Eis. Dies führt zu finanziellen Abhängigkeiten, Prekarität im Falle von Trennung und Scheidung und zu erhöhter Altersarmut bei Frauen.

déi gréng werden:

- **Lebensarbeitszeitkonten einführen** und somit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, ihre Arbeitszeit an die jeweiligen Lebens- und Familienumstände anzupassen, ohne dabei Rentenansprüche einzubüßen;
- die flächendeckende, qualitativ **hochwertige Kinderbetreuung** vom Kleinkind bis zur Sekundarschulreife ausbauen und absichern;
- **gleiche Verantwortung für unbezahlte Care-Arbeit** (Betreuung, Pflege, Haushalt,...) innerhalb der Familien fördern, um unfair verteilte Doppelbelastungen zu reduzieren. Gleichzeitig kann dadurch eine Diskussion über die allgemeine Aufwertung der Care-Arbeit angestoßen werden;;
- **Unternehmen fördern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch stärker zu fördern**, beispielsweise durch konkrete Maßnahmen wie gleitende Arbeitszeit, betriebseigene Kinderkrippen, ...;
- bei der Schulorientierung und der Berufsausbildung den genderspezifischen Aspekt berücksichtigen, um eine Orientierung nach Geschlechtern zu überwinden und eine **Berufs- und Studienwahl zu fördern, die den Interessen und Kompetenzen des jungen Menschen gerecht wird**;
- **Beratungs-, Informations- und Weiterbildungsangebote spezifischer den Lebenssituationen von Frauen und Männern anpassen**. Dazu zählt auch die Unterstützung von Umschulungsmaßnahmen und beruflichem Wiedereinstieg.

9.4 Frauen in Führungspositionen bringen

déi gréng setzen als einzige Partei Luxemburgs die Gleichberechtigung der Geschlechter auch in der Praxis um: paritätische Gremien und Listen gehören seit der Parteigründung vor 35 Jahren zum grünen Alltag. Unser Ziel bleibt weiterhin, durch „Gendermainstreaming“ Frauen in der Politik, in den Führungspositionen der Wirtschaft und in staatlichen Institutionen zu stärken, um so eine Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen.

déi gréng werden:

- durch eine Änderung des Parteifinanzierungsgesetzes **die paritätischen Wahllisten auch bei den Kommunalwahlen erreichen**, beispielsweise durch Einbußen bei der finanziellen Bezuschussung für Parteien ohne paritätische Wahllisten;
- Anreize schaffen um **eine stärkere Vertretung der Frauen in privatwirtschaftlichen Leitungsgremien** bei kleineren und mittleren Unternehmen zu unterstützen. Auf diese Weise wird eine stärkere Förderung männlicher Mitarbeiter durch männliche Vorgesetzte eingeschränkt und Frauen werden schneller in die Führungsetagen großer Unternehmen aufsteigen;
- die **Führungs- und Direktionsposten staatlicher Verwaltungen** und öffentlicher Einrichtungen konsequent weiter vorrangig mit dem unterrepräsentierten Geschlecht besetzen;

- durch ein Pilotprojekt **Genderbudgeting** beim Aufstellen der Staats- und Gemeindehaushalte die Gleichstellungspolitik und ihre Maßnahmen besonders unterstützen.

9.5 Gleiche Rechte bei Renten und Steuern sichern

Unser Renten- und Steuersystem spiegelt ein veraltetes Rollenverständnis wider, in dem Frauen als Mütter und Anhängsel des Geld verdienenden Ehemannes angesehen werden. Dementsprechend ermutigt das System vor allem die geringer verdienenden Frauen dazu, berufliche Auszeiten während der Kindererziehung zu nehmen und anschließend in Teilzeit zu arbeiten. Dies entspricht keinem modernen Verständnis von Gleichberechtigung in Familie und Beruf und führt für Frauen häufig zu geringeren Renten und Altersarmut. Besonders alleinerziehende und geschiedene Frauen sind von dieser Ungerechtigkeit betroffen.

déi gréng werden:

- **einen eigenständigen Rentenanspruch für alle Frauen und Männer einführen.** Dies bedeutet, dass z.B. auch bei einer beruflichen Auszeit ein obligatorischer Mindestbeitrag in die Rentenkasse gezahlt wird;
- **Das Renten-Splitting als Übergangslösung einführen;**
- die steuerliche Zusammenveranlagung von Verheirateten und Partnern abschaffen zugunsten einer **Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag (nach belgischem Modell);**
- die Pflichten zu Unterhaltszahlungen bei unverheirateten Paaren verbessern und vereinfachen;
- die bestehende **Lohnungleichheit** von durchschnittlich 5.5% zu Lasten der Frauen weiter **reduzieren**, unter anderem durch obligatorische Gleichstellungspläne.

9.6 Gewalt gegen Frauen ächten

Alle Frauen und Männer haben das Recht, ein Leben frei von häuslicher und sexueller Gewalt zu führen. Frauen und Kinder sind mit Abstand häufiger Opfer dieser körperlichen Gewalt; Männer sind häufiger die Täter.

déi gréng werden:

- **psychische Gewalt** gesetzlich strafbar machen;
- die notwendige **Präventionsarbeit ausbauen;**
- **die Täterbetreuung ausweiten** und erfolgreiche Konzepte der Betreuung und Behandlung unterstützen;
- **das Angebot an Wohnstrukturen („Foyers“ und Frauenhäuser) erweitern** und vor allem bezahlbaren Wohnraum schaffen, der es Gewaltopfern ermöglicht in ein normales Leben zurückzukehren;
- eine Gesamtstrategie zur Information und Bekämpfung von **Genitalverstümmelungen** vorlegen sowie eine konkrete Opferhilfe einrichten;
- Schaffung eines wirtschaftsunabhängigen Gremiums, in dem zivilgesellschaftliche Kräfte vertreten sind und das Werbung analysiert, Strategien gegen Sexismus in den Medien entwickelt und ggf. Sanktionsmöglichkeiten vorschlägt;
- Die **öffentliche Diskussion von Geschlechterbildern** in den Medien und in der Werbung **fördern**;

- **Sensibilisierungsarbeit verstärken, um Sexismus** in den sozialen Medien, Computerspielen, Musikclips etc. **zu bekämpfen**.

9.7 Menschenhandel bekämpfen

Zwangsprostitution und Menschenhandel sind eng miteinander verknüpft und verstoßen gegen elementare Menschenrechte. Deshalb müssen sie vehement bekämpft werden.

déi gréng werden:

- **das neue Gesetz zur sexuellen Ausbeutung zügig umsetzen** und mittelfristig evaluieren. Gegebenenfalls werden dann notwendige Verbesserungen am Gesetz oder an dessen Ausführungsbestimmungen vorgenommen;
- sämtliche Formen von **Menschenhandel**, Zwangsprostitution, menschenverachtender Ausbeutung von Prostituierten und Zuhälterei **konsequent bekämpfen**;
- die **Freier** und damit die „Nachfrageseite“ durch Kampagnen **mit ihrer Verantwortung konfrontieren**;
- **die Hilfsangebote erweitern für Menschen**, die in der Prostitution arbeiten, um ihnen den Ausstieg zu vereinfachen beispielsweise durch Streetworker-Projekte (Straßensozialarbeit) und ortsnahe Beratungsstellen;
- **Programme zur Sexualerziehung ausarbeiten**, die auf gegenseitigem Respekt und der Gleichstellung von Frauen und Männern aufbauen;
- **Sexarbeitende**, welche diese Tätigkeit aus freien Stücken gewählt haben und ohne Zuhälter arbeiten, dazu motivieren, sich **arbeits- und sozialrechtlich abzusichern**. Maßnahmen zu ihrem Gesundheitsschutz ausbauen und besser zugänglich machen;
- mit den Nachbarländern eine **überregionale Zusammenarbeit** aufbauen.

10. Gesellschaftliches Engagement fördern

Auch in Luxemburg wird das gesellschaftliche Zusammenleben maßgeblich von dem vielfältigen, ehrenamtlichen Engagement der Bürger*innen getragen. Dieses Engagement in Kultur und Sport, im Wohltätigkeitsbereich, bei der Integration von ausländischen Mitbürger*innen oder aber beim Rettungswesen und der Feuerwehr zeigt, dass das ehrenamtliche Engagement eine wichtige Säule unserer Gesellschaft darstellt. Deshalb ist es ein vorrangiges Interesse der grünen Gesellschaftspolitik, dieses bürgerschaftliche Engagement in Luxemburg gezielt zu unterstützen.

déi gréng werden:

- das Engagement jener Freiwilligen in Führungspositionen von Vereinen anerkennen, indem diese ein gewisses Kontingent an Stunden in Lebensarbeitszeitkonten gut geschrieben bekommen;
- **eine Studie zum Vereinsleben in Luxemburg in Auftrag geben**, um das bürgerschaftliche Engagement in Luxemburg effektiver zu fördern und die Bedürfnisse der Vereine des gemeinnützigen Sektors besser zu erkennen;
- Frauen und Männer fördern, damit sie aktiver am Vereinsleben teilnehmen;
- die Einführung eines „Congé associatif“ prüfen und somit ehrenamtliches Engagement aufwerten;
- gegen eine stereotype Rollenverteilung beim gesellschaftlichen Engagement vorgehen. Vor allem bei den Rettungsdiensten ist der Anteil der Frauen noch immer viel zu gering.

10.1 Jugend ernst nehmen

Jugendliche sollen sich in allen Lebensbereichen einbringen können; dafür wollen wir die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Luxemburg braucht eine engagierte und kritische Jugend, die adäquate Unterstützung von staatlicher Seite erhält. Die Aussage „Die Jugend ist unsere Zukunft“ bleibt allzu oft eine hohle Phrase. déi gréng setzen sich ein für eine selbstbestimmte Jugendpolitik, bei der Freiraum, Selbstorganisation und soziale Gerechtigkeit im Vordergrund stehen.

déi gréng werden:

- **Jugendliche als selbstständige Akteure in Politik und Gesellschaft fördern.** Wir wollen ihre Ängste und Sorgen ernst nehmen und ihnen über Partizipations- und Denkprozesse ein reales Mitspracherecht geben, in allen Lebensbereichen und -phasen, in der Familie, am Ausbildungsplatz und im Übergang zum Beruf;
- **dezentrale, regionale Jugendinformationszentren verstärkt fördern.** Verstärkte Partizipation bedeutet auch einen verbesserten Zugang zu Informationen und insbesondere mehr Verständnis für gesellschaftliche und politische Zusammenhänge;
- **die nationalen Jugendverbände und -organisationen weiter unterstützen.** Der Luxemburger Jugend fehlt es an Freiräumen (z.B. autonome Jugend-, Kunst- und Sportstätten, usw.). Wir werden deshalb das Angebot an Jugendzentren und jugendspezifischen Bildungs- und Freizeitangeboten erweitern;
- **das Jugendparlament aufwerten** und als Ausdrucksplattform für alle Jugendlichen ausbauen.
- den strukturierten Dialog mit verschiedenen Jugendgremien und Interessensvertretungen (z.B. Studentenorganisationen, CNEL, CGJL,

- Jugendparlament etc.) aktiv fördern und diese bei zukunftsweisenden Gesetzesprojekten konsultieren;
- das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen formal anerkennen und bescheinigen;
 - **unsere Schulen „weiterdenken“** und
 - o Schüler*innen stärker in die Entscheidungsprozesse mit einbinden und die bestehenden Einbindungsmöglichkeiten in unseren Schulen aufwerten;
 - o Angebote von Vereinen und Jugendorganisationen ins Schulleben integrieren. Somit können die Freiräume in unseren Schulen auch nach dem Unterricht kreativ genutzt werden und den Schüler*innen der Zugang zum Gemeinwesen und der non-formalen und informellen Bildung geöffnet werden;
 - o die Angebote von lokalen Vereinen und Organisationen besser in den Schulalltag integrieren und deren Angebote auf diesem Weg für alle Schüler*innen nutzbar machen. Dies macht das bürgerschaftliche Engagement sichtbarer und nachvollziehbar.

10.2 Sport für alle fördern

Sport, Bewegung und Spiel sind menschliche Bedürfnisse. Sie fördern nicht nur Körper und Geist, sondern machen Spaß und Freude. Der gesundheitliche Mehrwert des Sports, einzel oder im Verein, steht außer Frage. Sport ist integrativ und fördert den Gemeinsinn und das Zusammenleben.

Sehr wichtig für gelungenen Sport sind die Ehrenamtlichen. Sie sind mit Leib und Seele dabei. Sie organisieren, betreuen, motivieren. Bei den meisten Sportler*innen begleiten sie den Einstieg zum Freizeitsport. Für einige wenige stehen sie am Anfang eines Langzeitprojekts, einer Karriere auf hohem Niveau. So oder so, sie machen bei allen den Anfang. Die ehrenamtlichen Helfer*innen sind vor allem in Vereinen aktiv. Die Vereine sind besonders für Kinder die erste Anlaufstelle für Sport. In den Vereinen wird die Basis gelegt.

déi gréng werden:

- die ehrenamtlichen Helfer*innen im **Breiten- und Spitzensport besser unterstützen**, damit sie für ihren Sport und ihren Verein tätig sein können;
- den Stellenwert des Sports in den Vereinen, in Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche erhöhen und das Bewegungsangebot in Schulen und Betreuungseinrichtungen erweitern;
- **den Schulsport durch zusätzliche Stunden aufwerten**, da mittlerweile hinreichend belegt ist, dass Bewegung auch kognitive Lernprozesse fördert;
- **besonders im Enseignement fondamental verstärkt auf Bewegung setzen**, um Lernprozesse zu unterstützen (Laufdiktat, Treppenrechnen, wissenschaftliche Aktivitäten im Freien, u.a.);
- die Zusammenarbeit der Sportvereine und -verbände mit Schulen und Betreuungsstrukturen verbessern, beispielsweise durch die Bereitstellung qualifizierter Fachkräfte;
- das **Angebot im Breitensport fördern**, mit einer stärkeren Berücksichtigung seines gesundheitlichen Präventivcharakters;
- auf Sport ausgerichtete **Therapieprogramme** entwickeln und diese mit dem Gesundheitssystem vernetzen;

- spezielle Sportangebote für Patient*innen mit medizinischen, chirurgischen oder psychischen Problemen unterstützen und ausarbeiten;
- über den Sport die **gesellschaftliche Inklusion** verbessern und besonders die UN-Behindertenrechtskonvention im Sport umsetzen;
- das Sportlyzeum modernisieren und auch für Schüler*innen des „modulaire“ und des „régime préparatoire“ öffnen und somit die Chancengleichheit für alle Schüler*innen garantieren;
- die Bemühungen **gegen Doping im Sport** verschärfen durch eine personelle und finanzielle Aufstockung der Antidopingagentur;
- die **Antidoping-Forschung** unterstützen und die Informationskampagnen bezüglich der gesundheitlichen Konsequenzen des Dopings erhöhen;
- Freizeitaktivitäten mehr Raum in der **Flächennutzung** bieten zum Beispiel für Spiel- und Abenteuerspielplätze, Jugend- und Vereinshäuser, Versammlungs- und Begegnungsplätze, thematische Wanderwege, usw.;
- sich dafür einsetzen, dass **Spenden an Sportsvereine** in Zukunft einfacher von der Steuer absetzbar sind;
- **finanzielle Anreize für Vereine** schaffen, die Sportveranstaltungen grüner zu gestalten. Große Sportveranstaltungen sind leider oft an einen großen Ressourcenverbrauch gebunden. Dass es auch anders geht, haben bereits renommierte Veranstalter im Ausland gezeigt;
- sich verstärkt gegen genderbedingte Diskriminationen im Sport einsetzen, indem sie:
 - o sich dafür einsetzen, dass sowohl im Training wie auch im Sportunterricht auf Chancengleichheit gesetzt wird;
 - o sich dafür einsetzen, dass auch beim Sport eine paritätische Besetzung der Entscheidungsposten sowie eine höhere Gender-Sensibilität bei Entscheidungen Standard werden;
 - o der Gewalt im Sport ein Ende setzen. Hierzu gehört die Bekämpfung sexueller Belästigung beim Sport und Verhaltenskodexe für Trainer*innen, Betreuer*innen und Sportärzt*innen.

11. Kultur und Kreativität stärken

Kultur ist ein wichtiges Element gesellschaftlichen Lebens. Sie leistet einen zentralen Beitrag zur Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Denn kultureller Austausch trägt dazu bei, Brücken zwischen den Kulturen zu bauen und ein besseres Verständnis für die gegenseitigen Werte und Traditionen zu schaffen. Kultur schaffen und Kultur erleben fördert das kritische Denken der Menschen und die soziale Kohäsion in der Gesellschaft.

Kunst- und Kulturförderung trägt einerseits dazu bei unser kulturelles Erbe zu erhalten und leistet andererseits einen Beitrag dafür, dass sich Kunst und Kultur frei entfalten können. Deshalb wollen wir uns sowohl dafür einsetzen, die Rechtsansprüche auf geschaffenen kulturellen Werken zu schützen als auch das Schaffen von Kultur zu fördern. Für uns ist kreative Vielfalt für eine lebendige Demokratie unabdingbar. Wir brauchen eine starke und aktive Kulturszene. Déi gréng wollen sich deshalb verstärkt für Kulturschaffende, deren Verbände und Vereine einsetzen. Egal ob Kulturschaffende nur in ihrer Freizeit aktiv sind oder ihr Engagement zum Hauptberuf machen, sie brauchen optimale Rahmenbedingungen für ihr kreatives Wirken.

Kultur soll grundsätzlich von der öffentlichen Hand finanziert werden. Mäzenatentum und Philanthropie sollen eine ergänzende Rolle spielen. Transparenz bei der Budgetzuweisung und bei Personalfragen ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Wie ihre beiden Vorgängerinnen muss die europäische **Kulturhauptstadt Esch2022** die Herausforderungen der Kulturszene im Allgemeinen und spezifisch auf regionaler Ebene aufgreifen und meistern. Deshalb sollen die staatlichen Geldgeber darauf achten, dass neben der lokalen Verankerung, der hohen Attraktivität der Programme und der breiten Partizipation der Bevölkerung auch und vor allem der Nachhaltigkeit Rechnung getragen werden, u.a. indem ein Teil des Budgets und die Restanden für die Weiterführung erfolgreicher Projekte auch nach 2022 genutzt werden können.

déi gréng werden:

- das Projekt der **europäischen Kulturhauptstadt „Esch2022“ in der Minetteregion** finanziell und organisatorisch unterstützen;
- die **Kooperation zwischen Kulturministerium und anderen Ministerien** (Wirtschaft, Erziehung) verstärken und ihr eine institutionelle Grundlage geben;
- im **Haushalt des Kulturministeriums** die Transparenz für die Verwendung der öffentlichen Fördergelder erhöhen;
- den **„Nationalen Kulturplan“** finalisieren und **umsetzen** sowie die „Assises culturelles“ im Zweijahresrhythmus abhalten, um die Kulturpolitik gemeinsam mit den Kulturschaffenden regelmäßig einer Stärken-Schwächen-Analyse zu unterziehen;
- sich für einen deontologisch korrekten Umgang mit öffentlichen Fördergeldern (Respekt von Umwelt- und Sozialstandards) im Kulturbereich einsetzen;
- sich dafür einsetzen, dass **Spenden an kulturelle Vereine** in Zukunft einfacher von der Steuer absetzbar sind;
- stärker auf eine **vernetzte Kultur-, Film- und Medienpolitik** setzen. In diesem Sinne streben wir die Zusammenlegung dieser Ressorts in einem Ministerium an.

11.1 Kunstschaffende stärken

Die Luxemburger Szene der professionellen Künstler*innen ist sowohl von der kulturellen Ausstrahlung her als auch von den Beschäftigtenzahlen nicht mehr aus dem Kulturleben

wegzudenken. Sie ist qualitativ eingebunden in die europäische Kulturlandschaft und trägt Luxemburgs Namen positiv in die Welt.

Daneben sind die lokalen Musikvereine, Chöre, Theaterinitiativen und Tanzclubs ebenfalls ein grundlegender Bestandteil der Luxemburger Kulturszene. Konservatorien, Musikschulen und Kunstakademien entfalten erst dann ihre volle Wirkung, wenn auch im privaten Bereich Kunst ausgeübt wird. Sei es zuhause, im kleinen Kreis, in den Vereinen, in der Freizeit, überall dort, wo Freude an der Ausübung einer künstlerischen Aktivität besteht, wachsen ebenfalls die zukünftigen Profis heran.

déi gréng werden:

- den Zugang zu öffentlichen Fördermitteln für Künstler*innen nach effizienten und transparenten Kriterien gestalten;
- das **Statut sowie die Arbeitsbedingungen der freischaffenden Künstler*innen** und temporär beschäftigten Techniker*innen evaluieren und sich gegebenenfalls für eine Verbesserung einsetzen, durch:
 - o die Verbesserung ihrer Verdienstmöglichkeiten;
 - o die Vereinheitlichung der Mindeststandards bei Arbeits- und Werkverträgen;
 - o die Einführung einer reduzierten Mehrwertsteuer auf künstlerische Darbietungen diese Kategorie Künstler entlasten und somit das Konkurrenzverhältnis zu den nebenberuflichen Künstlern entschärfen;
 - o die Berücksichtigung der Vorbereitungs- und Fortbildungszeit bei der Berechnung der geleisteten Arbeitsstunden;
- den Gesetzesrahmen für **Autorenrechte transparenter gestalten**, so dass einerseits die Nutzung der Werke vereinfacht wird, andererseits aber sicher gestellt wird, dass das erwirtschaftete Einkommen beim Urheber ankommt. Dies würde es den nationalen Archiven im Kulturbereich auch vereinfachen, diese Werke der Öffentlichkeit zugänglich zu machen;
- prüfen ob der „Congé culturel“ wieder unter bestimmten Bedingungen Kulturschaffenden zur Verfügung stehen kann.

11.2 Die verschiedenen Kunstbereiche fördern

déi gréng werden:

- sich für die Schaffung eines „Luxembourg Arts Council“ für die Promotion und den Export von einheimischer Kreativität in allen Kunstsparten stark machen;
- das **Potenzial der Kreativwirtschaft** weiter erschließen, dazu erschwingliche Arbeitsflächen für Austauschplattformen der Kreativakteure nach dem Modell des „Hub 1535“ bereitstellen;
- die finanziellen Mittel des „**Film Fund Luxembourg**“ graduell erhöhen um die zunehmende Zahl an hochwertigen internationalen Koproduktionen und luxemburgischsprachigen Projekten angemessen unterstützen zu können;
- das Projekt einer „**Creative Film City**“ in **Diddeleng-Neischmelz in der bestehenden Stahlwerkshalle** und im Rahmen eines Public-Private-Partnerships zwischen Staat, Gemeinde und Produktions- und Postproduktionsfirmen unterstützen, denn es bietet die Gelegenheit eine Industriebranche der kreativen Nutzung zuzuführen;
- die **App- und Spiele-Industrie** als einheimischen Wirtschaftsbereich weiter ausbauen und besser vernetzen um Luxemburg zu einem Zentrum der digitalen Kreation zu machen;
- Open-Air- und Festivalaktivitäten logistisch unterstützen.

11.3 Kultureinrichtungen absichern und weiterentwickeln

Das Panorama der Kulturhäuser und Institutionen in Luxemburg ist breit gefächert und qualitativ hochwertig. Doch die Gesellschaft wandelt sich rasch, und es schadet nicht, wenn alle 10 Jahre die Institutionen sich hinterfragen. Der Kulturentwicklungsplan soll denn auch eine Art Landesplanung des kulturellen Angebots begreifen und entsprechende Richtlinien für eine bessere thematische und geographische Gewichtung des öffentlichen Kulturangebots sorgen.

déi gréng werden:

- einen besonderen **Akzent auf interkulturelle Aktivitäten** in öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen legen, sowie auf deren Verantwortung als Plattform für die Förderung einheimischer Talente;
- die Aktivitäten und **Programme der regionalen Kulturhäuser mittelfristig absichern** und dafür sorgen, dass die Bedingungen ihrer Nutzung durch private Akteure, Staat und Gemeinden transparenter werden. Dies liegt im Interesse des Personals sowie des Publikums und vereinfacht die Nutzung der Räumlichkeiten;
- eine intensivere **Nutzung der Räumlichkeiten der regionalen Kulturhäuser** als Orte des künstlerischen Schaffens und Wohnens (Konzept der Künstlerresidenz) sowie die Professionalisierung ihrer Leitung unterstützen;
- **Orte zur freien und kreativen Entfaltung**, wie z.B. das Kulturzentrum „Hariko“, schaffen und erhalten. Kunst und Kultur entsteht nicht nur in institutionalisierten Kultureinrichtungen, sondern vor allem auch in Freiräumen, die Kunstschaffenden stressfreies Arbeiten ermöglichen;
- den **öffentlichen Bibliotheken** mehr Autonomie und finanzielle Unabhängigkeit zugestehen;
- die Schaffung **regionaler und lokaler Bibliotheken** planen
- dem spezifischen Bedarf für nicht genügend berücksichtigte gesellschaftliche Themen und Kunstformen besser Rechnung tragen, beispielsweise durch:
 - o ein **Centre de la Culture industrielle**: diese bereits vor 15 Jahren im Parlament vorgelegte und bis dato zwischengelagerte nationale Institution sollte im Rahmen der Kulturhauptstadt 2022 wiederbelebt werden und zu einer regionsübergreifenden Koordinationsstelle werden, die sämtliche Initiativen auf dem Gebiet der Industrie- und Arbeitskultur zu einem sichtbaren Leuchtturm vereint und das Patrimonium entsprechend in die Öffentlichkeit trägt und weiterentwickelt;
 - o ein **Luxembourg Arts Council** für die Promotion und den Export von einheimischer Kreativität am Beispiel des Music-LX ist spartenübergreifend mehr denn je notwendig. Der sollte allerdings mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet werden, dass er sich regional wie international behaupten kann;
 - o eine **Agentur für Festival- und Openairkultur**: open air Aktivitäten in den Ortschaften und auf der grünen Wiese haben es in Luxemburg schwer. Eine Agentur könnte hier helfen, diese Kultur unter freiem Himmel logistisch und finanziell zu unterstützen.
 - o eine **Landesausstellung**: diese alle paar Jahre wiederkehrenden Großevents, am Beispiel der Bundesländer in Deutschland oder Österreich erlauben es, ein breites Publikum durch einen Mix von gesellschaftlichen Themen und gewagter künstlerischer Interpretation anzuziehen und für den kulturellen Fortschritt einzunehmen.
- dem enormen Nachfrage aus dem kreativen Sektor nach mehr Arbeitsräumen dringend Rechnung tragen. Neben der Verstärkung bestehender Strukturen sollte ein großes, auf Kunst und Kreativität ausgerichtetes Areal konzipiert werden, wo ein

Mix aus Werkstätten, Dokumentationszentren, Veranstaltungsorten und Freizeitbetrieben zu einer Art Epizentrum des gesellschaftlichen und künstlerischen Wandels zusammenwächst.

11.4 Den Zugang zur Kultur fördern

Kulturpolitik soll präzise gesamtgesellschaftliche Ziele verfolgen, die auch andere Politikbereiche durchströmen und beeinflussen. Das Wofür und das Für Wen der Kulturpolitik müssen stärker in den Mittelpunkt gestellt werden.

So muss beispielsweise hinterfragt werden, warum nur eine Minderheit der BürgerInnen das offensichtlich breite Angebot nutzt? Warum sind viele junge Menschen jeglicher Partizipation abhold, auch wenn sie im schulischen Bereich oft damit in Kontakt gekommen sind? Warum frequentiert das Publikum vor allem Bewährtes und Mainstream und behauptet, innovative Kunst vielfach nicht zu verstehen? Erst aus diesen wichtigen Fragen sollen die Leitlinien und die Maßnahmen des Kulturentwicklungsplans abgeleitet werden.

Durch die stetige Professionalisierung und Institutionalisierung wurde die Zivilgesellschaft im Bereich Kunst und Kreation vielfach ausgehöhlt. Auch wenn es gilt, eine Exzellenz im professionellen Bereich zu fördern, so soll das nicht heißen, dass nicht-professionelle Akteur*innen und soziokulturell engagierte Gruppen der Zivilgesellschaft außen vorgelassen werden. Initiativen von unten sollen stärker gefördert werden.

déi gréng werden:

- den mühsamen und nicht abgeschlossenen der **Prozess des Kulturentwicklungsplans fortsetzen**, mit einem Fokus auf Erweiterung des Publikums einerseits und des demokratischen Zugangs zur Kultur andererseits;
- den **Zugang zur Kultur für alle Kinder** in den Schulen und Betreuungseinrichtungen verbessern. Kultur, und besser noch Kreativität muss fächerübergreifend in der Schule als Paradigma verankert werden. Die Kontaktaufnahme der Kinder und Jugendlichen mit der Kultur und die Vertiefung dieses Interesses durch Partizipation sollen auf die jeweilige Population angepasst werden;
- den Zugang zur **Kultur für alle** über die Preispolitik, Infrastruktur, sprachliche Gestaltung, usw. möglichst barrierefrei gestalten. Dabei sollen insbesondere diejenigen Personengruppen adäquat angesprochen werden, die im Kulturbetrieb unterrepräsentiert sind;
- **Konventionen** zwischen den Kulturträgern und dem Kulturministerium verstärkt **nutzen um individuelle oder gemeinschaftliche Initiativen von unten zu fördern** damit sie zum einen die Kultur demokratisieren und zum anderen Talente für die professionelle Kunstszene entdecken und motivieren helfen;
- **private Initiativen und Vereine fördern**, damit sie besonders auf lokaler Ebene den Menschen einen direkten Zugang zu kulturellen Aktivitäten ermöglichen;
- der **Integration von Migrant*innen, Schutzsuchenden und Minderheiten besondere Beachtung schenken**, indem ihre kulturellen Merkmale geschickt in die Landeskultur einfließen können und so die Interkultur nicht nur auf dem Papier gedeihen kann;
- den Zugang **zum Musikunterricht auf kommunaler Ebene fördern**:
 - o das Musikschulgesetz von 1998 überarbeiten;
 - o das Angebot von Musikunterricht zu einer kommunalen Pflichtaufgabe machen;
 - o die Gebühren für Musikschulen landesweit harmonisieren;
- private Initiativen und Vereine fördern, damit sie besonders auf lokaler Ebene den Menschen einen direkten Zugang zu kulturellen Aktivitäten ermöglichen.

11.5 Kulturgüter und Wissen erhalten

Dem rasant schrumpfenden Bestand an Denkmälern aus verschiedenen Epochen der Industriegeschichte muss eine erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Dabei sollen neben der klassischen Bestimmung als schützenswertes Denkmal innovative Transformations- und Nutzungsformen im Vordergrund einer planerischen Strategie stehen.

Besonderen Wert haben in diesem Zusammenhang die Gebläsehalle in Belval, die verbleibenden Gebäude und Infrastrukturen der ehemaligen Hüttenwerke in Dudelange und Schifflange sowie künftige Industriebrachen, die sich für einen Mix aus Erhalt baulicher Substanz, innovativer Renovierung und kreativer Nutzung eignen.

Darüberhinaus werden wir ebenfalls ein besonderes Augenmerk legen auf den Erhalt des Wissens und seiner Zugänglichkeit durch Digitalisierung und ein verbessertes Archivwesen.

déi gréng werden:

- den **Denkmalschutz stärken** indem sie:
 - o die Bevölkerung durch Vermittlungsarbeit für den Erhalt historischer Bausubstanz sensibilisieren;
 - o das Denkmalschutzgesetz überarbeiten;
 - o Denkmalschutz landesweit nach transparenten, objektiven und vergleichbaren Kriterien betreiben;
- die **Digitalisierung als Möglichkeit zur Speicherung**, Zugänglichmachung und Weitergabe des materiellen und immateriellen Kulturerbes nutzen; Datenbanken und Portale anlegen, die direkte und neuartige Zugänge zu Kunst, Kultur und Wissenschaft eröffnen;
 - o den zuständigen Stellen, wie der Nationalbibliothek und dem Nationalarchiv, die dafür notwendigen Mittel und Infrastrukturen zur Verfügung stellen;
- das **Archivwesen stärken** durch einen Neubau für das Nationalarchiv, sowie den Einsatz von archivarisch ausgebildetem Personal fördern zur Vermittlung historischer Inhalte an die interessierte Öffentlichkeit und im Rahmen pädagogischer Projekte.

11.6 Frauen in der Kultur sichtbar machen

Laut Statec sind mehr als 50% der im Kultursektor Beschäftigten Frauen und laut CEDIES sind mehr als 60% der Kunststudierenden weiblich. Dennoch werden in Museen nur wenige Werke von Künstlerinnen gezeigt und in den Programmen von Musikinstitutionen und Ensembles wird nur selten Musik von Komponistinnen gespielt. Ernsthafte Analysen werden dringend gebraucht, um eine Politik der Gleichstellung der Geschlechter im Kulturbereich zu entwickeln.

déi gréng werden:

- sich für die Einschreibung **konkreter und messbarer Verpflichtungen für eine verstärkte Präsenz von Frauen** bzw. von Frauen geschaffener Kunst in die Lastenhefte öffentlicher kultureller Einrichtungen und öffentlicher Dienste einsetzen;
- für **paritätische Ernennungen an der Spitze von Kulturinstitutionen** sowie bei der **Zusammensetzung von Juries, Verwaltungsräten** und anderen Fachausschüssen des Kulturministeriums und seiner öffentlichen Institutionen eintreten;

Werke von Frauen verbindlich in die Schulprogramme und in die pädagogischen Publikationen des Nationalen Bildungswesens und in die Programme der künstlerischen Ausbildungsinstitute, Konservatorien und Musikschulen einführen.

12. Politische Bildung und freie Medien stärken

Eine lebendige und offene Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürger und Bürgerinnen sowie einer offenen und freien Medienlandschaft. Politische Beteiligung reduziert sich nicht nur auf die Erfüllung der Pflichtaufgabe des Wahlgangs, sondern kann vielfältige Formen annehmen. Die Bereitschaft sich einzubringen, die Fähigkeit dies zu tun sowie das Wissen um seine politischen Rechte und Pflichten – all dies kommt nicht von alleine. Es muss von klein auf erlernt werden und in einer Demokratie bewusst gefördert werden. Politische Bildung ist deshalb Grundaufgabe des Staates. Eine pluralistische und lebendige Medienlandschaft gehört dazu und garantiert die Lebendigkeit der Demokratie.

12.1 Politische Bildung fördern

Der Ausbau der politischen Bildung ist für déi gréng auch eine Antwort auf das demokratische Defizit, das unser Land durch den hohen Anteil an nicht wahlberechtigten Nicht-Luxemburgern momentan kennzeichnet. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass politische Bildung besonders diese Bevölkerungsgruppe anspricht und dazu anregt, sich über verschiedene Wege in die demokratische Debatte einzubringen.

Mit der Eröffnung des „Zentrum fir politesch Bildung“ im Jahre 2016 wurde die grüne Idee der Schaffung einer Plattform für politische Bildung verwirklicht. Wir wollen das Institut, das noch in den Kinderschuhen steckt, beim Aufbau seiner Aktivitäten unterstützen, aber auch alle anderen Akteure der politischen Bildung, besonders die Schule, die Jugendbetreuung und Erwachsenenbildung bei ihren Bemühungen stärken.

déi gréng werden:

- **demokratische Beteiligung im Alltag von Kindesbeinen an erfahrbar machen.** In den Betreuungsstrukturen, Schulen und öffentlichen Institutionen sollen Kinder und Jugendliche Mitbestimmung lernen und erfahren, wie sie sich beteiligen können und somit ihr Umfeld in ihrem Sinne verändern können;
- **historisch-politische Bildung im Schulunterricht aufwerten** und die Kompetenzen der Lehrkräfte im Bereich der politischen Bildung durch Weiterbildung verbessern;
- **den Ausbau der Aktivitäten des „Zentrum fir politesch Bildung“ unterstützen.** Das Angebot soll auch stärker auf Erwachsene ausgerichtet werden. Das Institut soll in der Nähe der politischen Institutionen angesiedelt werden mit genügend Raum für Angebote wie Parlamentssimulation und Dauerausstellungen. Darüber hinaus soll das Zentrum den Bürger*innen Bücher und Zeitschriften zu verbilligten Tarifen nach dem Vorbild der „Bundeszentrale für politische Bildung“ anbieten;
- den **Zugang zu den politischen Institutionen einfacher** und besucherfreundlicher gestalten durch einen systematischen Ausbau der Besucherdienste;
- die Veranstaltung des **„Tages der offenen Tür der Institutionen“** alljährlich anbieten;
- ein **Online-Portal einrichten**, das auf anschauliche Weise und in einfacher Sprache das politische System Luxemburgs erklärt und Hintergrundinformationen zu relevanten politischen Themen liefert;
 - o den Stellenwert der politischen Bildung im Bereich der Integrationspolitik erhöhen und die Informations- und Sensibilisierungsarbeit in diesem Bereich zwischen Staat und Gemeinden fördern;
- **eine Vertretung der „nicht-luxemburgischen“ Bürger*innen schaffen;** diese Vertretung zu einschlägigen Themen um Rat fragen.

12.2 Die Vielfalt der Medien erhalten

Die digitalen und sozialen Medien haben unsere Medienlandschaft maßgeblich verändert. Mit ihnen werden neue Wege der Kommunikation möglich und eine traditionelle Unterscheidung zwischen Presse, Rundfunk und Fernsehen wird immer schwieriger. Mit der Erweiterung der Pressehilfe auf die Onlineberichterstattung wurde bereits ein erster Schritt getan, um dieser Entwicklung gerecht zu werden. Kurz-, mittel-, wie auch langfristig sind jedoch auch weitere Reformen und Anpassungen der Pressehilfe unumgänglich um die grundsätzlich verbürgte Freiheit der Medien zu wahren und gleichzeitig die Medien nicht aus der Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung zu entlassen.

déi gréng werden:

- **die Vielfalt und Pluralität der Medien fördern**, damit der Zugang zu unabhängigen und kritischen Meinungen, zu Informationen und Wissen garantiert bleibt;
- das **neue Informationszugangsgesetz zügig umsetzen** und ein schnelles **Auskunftsrecht der Journalist*innen** absichern;
- in Zusammenarbeit mit dem Presserat **die Berufsbezeichnung „Journalist*in“ qualitativ aufwerten**;
- in Zusammenarbeit mit den betroffenen Interessenvertreter*innen **Qualitätskriterien für die Pressehilfe festlegen**, welche von einem unabhängigen Gremium überwacht werden sollen;
- **die Rolle der Journalisten und anderen Medienprofis in der Medienerziehung stärken**;
- um die Pluralität der Medien weiterhin zu garantieren, **Medienpartner unterstützen, die gemeinnützige Programme produzieren**;
- die Schaffung eines **öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramms** prüfen;
- die konventionelle Pressehilfe überdenken und, statt zwischen Print- und Onlinemedien zu unterscheiden, langfristig Wege für **eine breitere „Medienhilfe“ für Informationsmedien** („aide aux médias de l’information“) ausarbeiten;
- **gegen diskriminierende und sexistische Werbung** in der luxemburgischen Medienlandschaft **vorgehen**;
- Mit einem Medienpreis die Vielfalt in den Medien fördern, um alle gesellschaftlichen Gruppierungen besser in der Berichterstattung abzubilden;

sich auf europäischer Ebene für die **Schaffung eines europäischen Nachrichten- und Bildungssenders** zur Förderung einer offenen, gemeinsamen Kultur und einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit einsetzen. Das Sendeformat muss alle europäischen Sprachen miteinbeziehen.

12.3 Den Zugang zu den neuen Medien sichern

Der Zugang zu den neuen Medien und modernen Kommunikationstechnologien hat in vielen Fällen Auswirkungen auf soziale und wirtschaftliche Entwicklungschancen. Ziel der grünen Medienpolitik ist es der digitalen Kluft, dem „digital divide“, das heißt potentiellen Unterschieden in unserer Gesellschaft bezüglich des Zugangs zu und der Nutzung von den neuen Medien entgegenzuwirken.

déi gréng werden:

- **in Zusammenarbeit mit den luxemburgischen Informationsmedien die Vermittlung von Medienkompetenz an den Grund- und Sekundarschulen fördern.** Es reicht nicht, den Zugriff zum Internet zu gewährleisten und digitale Medien kostenlos zur Verfügung zu stellen. Im Zeitalter von „fake news“ und „hate speech“ muss der Umgang mit diesen Medien erlernt und kritisch hinterfragt werden. Digitale Inklusion heißt auch Weiter- und Umbildung der Lehrer*innen und Erzieher*innen;
- **die Nutzung von offenen Datei-Formaten und Standards verstärkt fördern.** Dazu gehört ebenfalls der Einsatz von „open source“-Software im öffentlichen Dienst und an den Schulen und die Förderung von „open access“-Publikationen (z.B. im Bereich der öffentlichen Forschung);
- **Internetangebote der öffentlichen Verwaltungen mehrsprachig und barrierefrei gestalten.** Menschen mit Behinderung müssen diese Dienste ohne Einschränkung nutzen können;
- **die Nutzung der neuen Medien in den Verwaltungen weiter vorantreiben,** damit diese offener und bürgernäher werden;
- das **digitale Erbe der Informationsgesellschaft** für spätere Generationen bewahren;
- eine Art "**Netzschutzgesetz**" ausarbeiten, das online Mobbing, "hate speech", Misogynie, Homophobie und Rassismus, u.ä. in den sozialen Netzwerken ahndet.

Kapitel IV

Fräiheet a Biergerrechter schützen

In den letzten Jahrzehnten wurde unsere Gesellschaft offener und vielfältiger. Das ist gut so und soll auch so weitergehen. Gleichzeitig gehört Luxemburg zu den sichersten Ländern der Welt. Dies ist für uns kein Widerspruch, sondern steht in engem Zusammenhang. Nur dort, wo eine angepasste Sicherheitspolitik wirksam neue Bedrohungen abwehrt, indem sie geltendes Recht effizient anwendet, kann diese offene Gesellschaft gedeihen. Deshalb stärken wir nicht nur die Justiz, wir statten auch Polizei und Sicherheitsbehörden personell und technisch besser aus. Denn nur ein starker, demokratischer Rechtsstaat kann gleichzeitig Bedrohungen effektiv abwehren, Grundrechte schützen und so unsere Freiheit bewahren.

13. Eine starke und unabhängige Justiz

Demokratie muss sich weltweit gegen autoritäre Tendenzen behaupten.

Diese schmerzlichen Entwicklungen zeigen: Demokratie und Gewaltentrennung sind keine endgültigen Errungenschaften, sie müssen jeden Tag neu belebt und erkämpft werden. Eine unabhängige Justiz ist ein fundamentaler Pfeiler, um die Verteilung von Macht und Verantwortung innerhalb der Gesellschaft und der Institutionen zu bewahren.

déi gréng wollen diese Unabhängigkeit der Justiz bewahren und stärken. Für alle Bürger*innen muss der gleichberechtigte Zugang zu einer unparteiischen und effizienten Rechtsprechung gewährleistet sein. Entscheidungen der Justiz müssen im Einklang sein mit allen Grundrechten, seien sie in der Verfassung oder in internationalen Abkommen festgehalten. Außerdem müssen wir durch Reformen des Justizapparates und des geschriebenen Rechts dafür sorgen, dass die Justiz Schritt halten kann mit den rasanten Entwicklungen der modernen Welt.

13.1 Zugang zu einer zeitgemäßen Justiz

Die Justiz muss für jede/n Bürger*in einfach zugänglich sein, sowie unkompliziert und in einem vernünftigen Zeitrahmen funktionieren. Darüber hinaus sehen wir es als Aufgabe der Justiz, Hilfestellung zu leisten um Konflikte, wenn möglich, auf gütliche Art und Weise zu lösen. Um das wertvolle Grundrecht des Zugangs zu einer zeitgemäßen Justiz ausüben zu können, setzen déi gréng neben einer transparenten Justiz auch auf außergerichtliche Verfahren. Statt Konfrontation, wollen déi gréng ihr Augenmerk auf Kooperation legen.

déi gréng werden:

- **die juristische Beihilfe stärker nach Einkommen staffeln**, mehr Menschen zugänglich machen, sowie auf gerichtliche und außergerichtliche Mediation ausweiten, damit das Recht auf juristischen Beistand einerseits und eine faire Vergütung der Leistungen andererseits gewährleistet sind;
- **die gerichtliche und außergerichtliche Mediation fördern**, ihre Akteure miteinander vernetzen und eine „Guichet unique“-Plattform unterstützen, die den Bürgern schnell und unbürokratisch den richtigen Ansprechpartner vermittelt;
- **ein zeitlich begrenztes Pilotprojekt** mit den Akteuren der **Mediation**, d.h. der Richterschaft und den Mediatoren, ausarbeiten, das ein Rechtsgebiet definiert, in dem eine Informationssitzung mit einem professionellen Mediator Pflicht ist, bevor die Parteien Klage bei Gericht einreichen können;

- **die Öffentlichkeit der Rechtsprechung verbessern**, gegebenenfalls anonymisiert, wenn Persönlichkeitsrechte dies verlangen;
- **das Konzept der „restaurativen Justiz“ („justice restaurative“) umsetzen**, in der Regel nach Abschluss des Prozesses, bei der das Augenmerk auf der Möglichkeit zu freiwilligen Gesprächen zwischen Opfer und Täter liegt, sowie einer persönlichen Rechenschaftspflicht und Verantwortung gegenüber der Opfer, bis hin zur Wiedergutmachung des zugefügten Schadens durch die Täter;
- **die Professionalisierung der außergerichtlichen Streitbeilegung fördern**, um den gestiegenen Qualitätsansprüchen gerecht zu werden und sich der internationalen Entwicklung in diesem Bereich anzuschließen.

13.2 Familienrecht modernisieren

Der neugeschaffene Familienrichter wird den Bürger*innen den Zugang zur Justiz in allen Familienangelegenheiten erheblich erleichtern. Ungeachtet dessen gibt es in den Bereichen Familien- und Personenrecht noch viele Baustellen, die wir angehen müssen, um unsere Gesellschaft auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit und Selbstbestimmung all ihrer Mitglieder ein Stück weiter zu bringen.

déi gréng werden:

- **das Gesetzesprojekt zum Jugendschutz** vorantreiben und so schnell wie möglich umsetzen;
- **das „Office National de l’Enfance“ (ONE) reformieren** und den sozialen Diensten, die dem Jugendgericht anhängen sowie deren Partnern bessere Arbeitsmöglichkeiten verschaffen. So können Kinder, Jugendliche und deren Familien optimal betreut werden. Das Wohl des Kindes darf nicht durch Zeitverlust, Bürokratie oder budgetäre Kriterien gefährdet werden;
- **die Gleichstellung aller Kinder im Abstammungsgesetz verankern**, unabhängig von der Familienkonstellation in welche sie hineingeboren wurden;
- **die Abstammungsregeln für Kinder, die durch künstliche Befruchtung gezeugt wurden, klar regeln**;
- **Kinder diskriminationsfrei behandeln**, die im Rahmen einer ausländischen Leihmutterschaft geboren wurden;
- **das Recht auf Selbstbestimmung** jener volljährigen Menschen stärken, die unter Vormundschaft stehen, im Sinne des **von Luxemburg unterschriebenen Den Haager Übereinkommens** vom 13. Januar 2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen;
- **Menschen und Institutionen, die Vormundschaften übernehmen**, rechtlich besser definieren und stärker **unterstützen**;
- neben der Einführung der **schnellen und einfachen Geschlechts- und Vornamensänderung im Zivilstandsregister** auch vorbehaltlos prüfen, ob Einträge mit einem dritten oder ohne Geschlecht möglich sind und diese gegebenenfalls einführen.

13.3 Den Strafvollzug in den Dienst der Gesellschaft stellen

Der Erwachsenenstrafvollzug muss vorrangig auf die Vermeidung der Strafrückfälligkeit der Inhaftierten ausgerichtet werden um weitere Straftaten zu vermeiden. Für die Erfüllung dieser Aufgaben bedarf es neben der konsequenten Umsetzung der rezenten Reform des Strafvollzugs auch einer stärkeren Kooperation zwischen den betroffenen Ministerien.

déi gréng werden:

- die **Reform im Strafvollzug weiterführen**, wobei der Fokus auf der Wiedereingliederung der Strafgefangenen in die Gesellschaft liegt;
- das **Konzept der „Maisons de transition“** in Luxemburg **umsetzen**, da diese Häuser Häftlinge darauf vorbereiten selbstverantwortlich zu handeln und sich in einem Lebensumfeld zurechtzufinden, das offener ist als das Gefängnis;
- **alternative Strafen** noch stärker berücksichtigen, wie beispielsweise die elektronische Fußfessel oder der Gemeinschaftsdienst;
- die **Betreuungsangebote und Strukturen für Jugendliche, die sich in einer Notsituation oder im Konflikt mit dem Gesetz befinden, grundsätzlich reformieren**. Dabei muss eine viel stärkere sozio-educative Differenzierung der betroffenen Jungen und Mädchen durch neue und vielfältigere Strukturen unterstützt werden. Dies gilt auch für junge volljährige Häftlinge. Die rezent von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe muss schnell zu Schlussfolgerungen kommen.

13.4 Die Modernisierung der Justiz fortführen

Um weiterhin die Unabhängigkeit der Magistratur, eine hohe Qualität der Rechtsprechung, eine vernünftige Verfahrensdauer und Bürgernähe zu ermöglichen, werden wir die Reformen in der Justiz weiterführen.

Organisation der Justiz

déi gréng werden:

- den **„Conseil suprême de la justice“** sowie die Unabhängigkeit aller Magistraten in der Verfassung verankern und das Gesetz zur Schaffung des Conseil suprême de la justice schnellstmöglich verabschieden;
- das Projekt **„Paperless Justice“** zwecks Digitalisierung und Dematerialisierung der Justizverfahren zügig vorantreiben und Urteile (wie im Ausland) veröffentlichen, damit sowohl der Zugang zur Justiz für alle Beteiligten als auch die Prozeduren vereinfacht und beschleunigt werden können;
- **Audio- und Videoaufnahmen im Gerichtssaal** einführen als Ersatz für die heute gültigen „plumitifs“;
- **die Möglichkeit prüfen, das Personal der Magistratur durch Referendare aufzustocken**. Diese können den Richter*innen zeitintensive Routinearbeiten (Nachforschungsarbeiten zu Jurisprudenz o.ä.) abnehmen und dazu beitragen, Verfahren schneller zum Abschluss zu bringen;
- die **Statistiken** zu Anzahl und Dauer der abgeschlossenen und anhängenden Verfahren in den verschiedenen Gerichtsbarkeiten regelmäßig aktualisieren;
- **eine obligatorische Weiterbildung in Team- und Arbeitsmanagement** einführen für alle Magistrat*innen, die Führungspositionen übernehmen.

Die Modernisierung der Gesetzgebungen

déi gréng werden:

- **die 1996 eingeführte Prozedur der „Mise en état“ einer Bewertung unterziehen** und gegebenenfalls anpassen;
- das **Straf-, Zivil- und Prozessrecht** einer grundlegenden Prüfung unterziehen, gegebenenfalls modernisieren und prozedurale Vereinfachungen umsetzen;
- **die Möglichkeit einer Sammelklage einführen**, um Ansprüche geschädigter Verbraucher leichter bündeln und vor Gericht durchsetzen zu können;
- die europäische Richtlinie zu einer **einheitlichen Whistleblower-Gesetzgebung unterstützen** und zügig im Sinne der rezenten Luxleaks-Jurisprudenz in nationales Recht übertragen;
- **für die Anerkennung des Tatbestandes des Ökozids** im internationalen Strafrecht kämpfen.

14. Vor Drogensucht schützen, Drogenkonsum entkriminalisieren

déi gréng sind sich bewusst, dass es in Luxemburg eine Suchtproblematik gibt. Süchtig machen nicht nur Substanzen wie Alkohol, Medikamente, Nikotin, Cannabis, Heroin, Kokain oder Designerdrogen. Es gibt auch „stoffungebundene Süchte“ wie Internetpoker, Essstörungen, Kauf- oder Spielsucht. Grüne Suchtpolitik baut auf drei Säulen auf:

Prävention, Legalisierung und Therapie. Dabei müssen die Unterschiede zwischen legalen und illegalen Substanzen, stoffgebundenen und stoffungebundenen Süchten berücksichtigt werden.

Wir werden die **Drogenprävention** ausbauen. Jugendliche, gestresste Arbeitnehmer oder chronisch Kranke sollen gestärkt werden, damit sie frühzeitig das Risiko einer Sucht erkennen und vorbeugen können, bei sich selber und ihren Freunden.

Da **Kriminalisierung** und Repression süchtiger Menschen **keine Lösung** ist, unterstützen déi gréng vor allem den Ansatz „**Therapie statt Strafe**“. Ein Suchtkranker gehört nicht ins Gefängnis, sondern braucht Hilfe um die Sucht zu überwinden und sich wieder zu re-integrieren. Die bereits existierenden, staatlich kontrollierten Abgabestellen für Heroin der Jugend- und Drogenhelf (Methadon und Heroin in Pillenform) zeigen, wie erfolgreich dieser Ansatz ist.

Allerdings würde die Drogenpolitik auf halbem Weg stehen bleiben, wenn wir nur den Genuss und Verbrauch von Drogen entkriminalisieren. Eine **kohärente Suchtpolitik** muss es dem potentiellen erwachsenen Konsumenten ermöglichen, sich „saubere“ Ware auf legale Weise zu besorgen. Ansonsten stehen Polizei und Gerichte vor der unlösbaren Aufgabe, den legalen Handel für den Eigenkonsum vom Schwarzmarkt und der Beschaffungskriminalität zu unterscheiden.

Deshalb streben déi gréng die **Legalisierung** von Cannabis unter strengen Auflagen an. Anbau, Import und Export sowie lokaler Handel müssen unter staatlicher Aufsicht stattfinden. Konsequenterweise dürfen nur pflanzliche Substanzen aus fairem Handel und biologischem Anbau zugelassen werden. Kontrollierte Importlizenzen und Handel sorgen dafür, dass der Schwarzmarkt austrocknet und die Qualität der Substanzen gesichert ist. Der Zugang zu Cannabis wäre exklusiv für die erwachsenen Bürger*innen des Landes erlaubt. Dadurch würde auch die Beschaffungskriminalität und schwerwiegende körperliche und psychische Gesundheitsschäden durch verunreinigte Drogen abnehmen. Für „härtere“ Drogen gibt es derzeit bereits staatliche Therapieprogramme mit kontrollierter Drogenabgabe. Diese müssen evaluiert und ausgebaut werden.

Darüber hinaus müssen **Therapieangebote** ausgedehnt und verbessert werden. Die Ursachen einer Sucht können genauso vielfältig sein wie die Formen der Sucht. Auch Menschen mit stoffungebundenen Süchten (Mediensucht wie z.B. Handy- und Internet-, Kauf-, Spiel-, Ess-, Sex- oder Arbeitssucht, ...) kennen einen enormen Leidensdruck.

Deshalb sehen déi gréng die Notwendigkeit für weitere spezifische Therapie-Ansätze und Angebote.

déi gréng werden:

- **die Präventions- und Sensibilisierungsarbeit** ausdehnen und alle Suchtformen gleichermaßen abdecken. Außerdem muss die Präventions- und Informationsarbeit an das unterschiedliche Publikum angepasst werden: vom Kleinkind bis zum Senioren, in der Familie, der Schule, am Arbeitsplatz, in der Freizeit und in den Medien;
- **Therapieansätze verstärken:** die Angebote müssen ausgebaut und an unterschiedliches Suchtverhalten angepasst werden. Nur so kann es gelingen, dass Süchtige wieder Teil unserer Gesellschaft werden und sich reintegrieren;

- **die Legalisierung** von Cannabis vorantreiben. Dies bedeutet:
 - o die Entkriminalisierung von Konsument*innen und Suchtabhängigen;
 - o dem erwachsenen Konsumenten die Verantwortung zurückgeben;
 - o ein vom Gesetzgeber kontrollierter und reglementierter Markt vom Anbau bis zum Endkonsumenten;
 - o eine Verringerung des Schwarzmarktes und der Beschaffungskriminalität;
 - o ein biologischer und lokaler Anbau der Pflanzen und somit gesundheitliche Schadensreduzierung durch verunreinigte Substanzen;
 - o ausländische Erfahrungen mit Cannabis-Gesetzen mit in den luxemburgischen Prozess einfließen zu lassen und somit die bestmöglichen gesetzlichen Rahmenbedingungen für unser Land zu schaffen;
 - o einen besseren Jugendschutz durch eine enttabuisierte und ehrliche Prävention und Aufklärung, sowie durch eine streng kontrollierte und gut informierte Abgabe mit Altersbeschränkung;
 - o einen sinnvolleren Einsatz der begrenzten Mittel der Justiz- und Polizeibehörden;
- Bei Heroin und anderen härteren Drogen sollen **die staatlichen Therapieprogramme evaluiert und ausgedehnt werden**, für Kokain und synthetische Drogen werden wir die Möglichkeit einer legalen staatlichen Qualitätskontrolle schaffen;
- **Drogendelikte konsequent verfolgen**, wenn Drittpersonen in Gefahr gebracht werden, z.B im Straßenverkehr oder wenn der Verkauf der entkriminalisierten Substanzen gegen die neuen gesetzlichen Regeln verstößt, z.B. beim Verkauf an Minderjährige;
- die **Betreuungsstrukturen dezentralisieren**: dies gilt besonders für offene Strukturen wie „Abrigado“, „Foyers de nuit“, aber auch für stationäre Therapie-Angebote.
- **Klinikaufenthalte für Suchtkranke ausbauen** und vereinfachen: gerade berufstätige Süchtige verlieren oft ihren Arbeitsplatz und damit den letzten Halt, wenn sie monatelang auf einen Platz in der Klinik warten müssen um ihren körperlichen Entzug zu machen;
- betreute **Wohnstrukturen** wie „dry, damp und wet houses“ für „ältere“ und „trockene“ Suchtabhängige (ab 40 Jahre) ausbauen, die aufgrund ihrer spezifischen Krankheitsbilder nicht in normalen Alters- oder Pflegeheimen aufgenommen werden können.

15. Konsumentenschutz ernst nehmen

Der Diesel-Skandal hat gezeigt, wie schwer wir uns in Europa noch immer damit tun, große Konzerne zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie mit Trickserien die Konsument*innen betrügen. Aber das Problem betrifft nicht nur die fiesen Werbemaschen der Industrie, zahlreiche Lebensmittelskandale haben gezeigt, dass der Verbraucherschutz gestärkt werden muss.

Dabei ist ein konsequenter Konsumentenschutz auch im Sinne der Produzenten und Anbieter, denn durch nachweisbar bessere Produkte können sie sich von der Konkurrenz abheben. Natürlich dürfen die hohen Sozial- und Umweltstandards, die europäische und einheimische Produzenten respektieren müssen, nicht durch Billigimporte aufgeweicht werden. Dieses Sozial- und Umweltdumping müssen wir durch geeignete Handelsabkommen verhindern.

Derzeit ist der Konsumentenschutz in Luxemburg ein Aufgabenbereich, dessen unterschiedliche Facetten auf drei Ministerien verteilt sind. Koordiniert werden diese Aktivitäten jedoch nur unzureichend. Dies führt einerseits zu unnützen Doppelbelastungen der Unternehmen, andererseits jedoch auch zu einem ineffizienten Einsatz der Mittel und des Personals und schwächt damit wichtige Aspekte des Konsumentenschutzes.

15.1 Konsumenten besser informieren

déi gréng werden:

- **die Kennzeichnungspflicht bei Inhalts- und Herkunftsangaben verbessern.**
Die Verbraucher*innen haben ein Recht, die Herkunft von Produkten zu kennen und die Arbeits- und Produktionsbedingungen, unter denen sie hergestellt wurden. Deshalb wollen wir transparente Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen;
 - o Darüber hinaus muss die durchschnittliche Haltbarkeit von Produkten besser kommuniziert werden. Dafür werden wir uns auf europäischer Ebene einsetzen;
- **Mindeststandards für die Reparierbarkeit von Produkten einführen**, damit Verbraucher*innen, über die gesetzliche Gewährleistungszeit hinaus, sicher sein können, dass ihre Produkte fachmännisch repariert werden können;
- für **Fleisch- und Milchprodukte eine Kennzeichnung einführen**, die klar und deutlich zeigt, wie das Tier gehalten wurde. Bei Eiern ist dies längst Standard. Dies soll ebenfalls auf verarbeitete Lebensmittel der Milch- und Fleischprodukte ausgedehnt werden. Die Kennzeichnung soll zudem Auskunft darüber geben, ob das Tier mit genmanipulierten Futtermitteln gefüttert wurde;
- das **Hygienebarometer für Gaststätten überarbeiten** und verbessern, damit zuverlässig erkennbar ist, wie ein Betrieb bei der Lebensmittelüberwachung abgeschnitten hat;
- die **Mindestanforderungen für „fair“ oder „regional“ Label** bei Lebensmitteln und anderen Produkten überarbeiten, damit die Kund*innen sich zuverlässig orientieren können.

15.2 *Konsumentenrechte stärken*

déi gréng werden:

- **ein starkes Verbraucherschutzministerium schaffen**, um den Schutz von Konsumenten zur politischen Priorität zu machen;
- **die Möglichkeit einer Sammelklage einführen**, um Ansprüche geschädigter Verbraucher leichter bündeln und vor Gericht durchsetzen zu können. Die derzeitigen Bemühungen der EU-Kommission werden déi gréng voll unterstützen;
- **dafür sorgen, dass die persönlichen Daten der Menschen genau das bleiben**: persönliche Daten, die nicht von Internetfirmen zur Geldmacherei missbraucht werden;
- den **Verbraucherschutz bei Geldgeschäften** verbessern. Dazu gehört, dass überhöhte Gebühren fürs Geldabheben an fremden Automaten oder die Führung eines Girokontos, unverhältnismäßige Dispozinsen und unzureichende Beratung bei Vermögensanlagen und Versicherungen verhindert werden;
- **für die Gültigkeitsdauer von Geschenkgutscheinen klare Regeln schaffen**;
- auch im Falle einer Neuregelung des Universaldienstes der Post, die Postzustellung durch Briefträger*innen an fünf Tagen in der Woche aufrecht erhalten.

16. Öffentlicher Dienst und Verwaltungsreform

Der Staat und seine Verwaltungen sollen im Dienste der Bürger*innen stehen. Déi gréng wünschen sich eine kompetente Verwaltung, die öffentliche Programme effizient umsetzt. Ein starker Staat braucht eine innovative Verwaltung, die die Bürger*innen als Kunden ansieht und sie bei der Gestaltung der Dienstleistungen mit einbezieht. Eine moderne öffentliche Verwaltung trägt aber auch entscheidend zur wirtschaftlichen Attraktivität des Standorts Luxemburg bei. Déi gréng setzen sich deshalb dafür ein, dass bürokratische und prozedurale Hindernisse weiterhin abgebaut werden. Die Bemühungen um eine administrative Vereinfachung stellen für uns zudem kein punktuell Reformvorhaben dar, sondern einen Prozess, dem sich der Staat ständig zu unterziehen hat.

16.1 Staatliche Prozeduren beschleunigen

déi gréng werden:

- Bemühungen um **die Beschleunigung und Vereinfachung der Prozeduren** mithilfe der Digitalisierung weiterhin in allen Bereichen **vorantreiben**;
- bei der Gestaltung administrativer Abläufe verstärkt auf die **Miteinbeziehung der Bürger*innen** setzen und diese Beteiligungsverfahren mit einer Kommunikationsstrategie versehen und fortlaufend begleiten;
- die **Öffnungszeiten** der öffentlichen Anlaufstellen **benutzerfreundlich gestalten**;
- die **Möglichkeiten der digitalen Verwaltung nutzen**, um den Austausch der Informationen mit den Bürgerinnen und Bürgern transparenter, flexibler und einfacher zu gestalten;
- das Angebot an **Informationsstellen** über administrative Vorgänge nach dem Modell „de Guichet“ (das analoge Pendant zum Online-Portal) in Luxemburg-Stadt auch **regional anbieten**;
- das „Ministère de la Fonction publique et de la réforme administrative“ in „Ministère du Service public“ umbenennen, da Verwaltungsreformen ständig zum Aufgabenbereich des Ministeriums des öffentlichen Dienstes gehören.

16.2 Öffentlicher Dienst : attraktiv und kompetent

Um den anspruchsvollen Aufgaben in den staatlichen Verwaltungen gerecht zu werden, bedarf es einer hohen Anzahl an kompetenten und motivierten Fachkräften, die sich in den Dienst der Bürger stellen. In Luxemburg ist der Staat der erste Arbeitgeber des Landes. déi gréng wollen sich dafür einsetzen, die Attraktivität des Staates als Arbeitgeber zu erhalten und die Staatsbeamten bei der Gestaltung bzw. Anpassung aktueller und zukünftiger Reformen mit einzubeziehen.

déi gréng werden:

- das **Profil des Staates als attraktiver Arbeitgeber** durch das Angebot an vielfältigen Berufen, modernen Organisationsformen und -strukturen und innovativen Arbeitsmethoden weiterhin schärfen;
- **Personalbedürfnisse im öffentlichen Dienst voraussehend planen** und bei Bedarf an bestimmten qualifizierten Arbeitskräften die Einstellungskriterien flexibler gestalten, sowie beruflichen Seiteneinsteigern den Zugang zum öffentlichen Dienst vereinfachen;

- **die Initialausbildung** im „Stage“ und die Weiterbildung der Staatsbeamten als Ganzes im Sinne eines berufsbegleitenden Kompetenzmanagements gestalten und die Professionalisierung der Ausbildungsangebote vorantreiben;
- die **Einstellungsprozeduren im Sinne der Chancengleichheit** transparenter gestalten; wir wollen das Risiko möglicher Diskriminierungen durch die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren minimieren;
- die **Kultur der Berufsbegleitung** in den staatlichen Administrationen und Ministerien verstärken, damit die Anwendung qualitativer Bewertungsmethoden von Vorgesetzten und Mitarbeiter*innen als konstruktiver und angenehmer Moment akzeptiert wird;
- im zukünftigen **Gehälterabkommen** vorrangig qualitative Elemente vorsehen, beispielsweise bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Lebensarbeitszeitkonten, zusätzlicher Urlaub oder spezielle Vergünstigungen in der Mobilität (z.B. Jobtickets), Gesundheit am Arbeitsplatz;
- das ausgehandelte neue Beamtenstatut respektieren. Das Disziplinarrecht wollen wir jedoch im Sozialdialog zur Diskussion stellen.

Die Reform der Polizei umsetzen

déi gréng werden:

- die **Umsetzung der beschlossenen Polizeireform** vorantreiben, sie regelmäßig evaluieren und gegebenenfalls Nachbesserungen im Sinne einer optimalen Polizeiarbeit vorschlagen. Wichtig ist es uns dabei, den Polizeibeamt*innen gute Arbeitsbedingungen zu bieten und die Gefahr einer 2-Klassen Versorgung zwischen urbanem und ländlichem Gebiet zu verhindern;

Freiwillige und professionelle Rettungsdienste stärken

déi gréng werden:

- die Umsetzung der beschlossenen Reform der **Rettungsdienste** aktiv vorantreiben und ggf. Nachbesserungen vorschlagen. Genau wie bei der Polizeiarbeit ist es für uns von zentraler Bedeutung, dass es nicht zu einer 2-Klassen-Versorgung kommt, je nachdem ob professionelle oder freiwillige Helfer*innen als Erste am Einsatzort sind. Mit zusätzlichen Hilfeleistungen werden wir die Freiwilligen so nah wie möglich an das Niveau der professionellen Helfer heranführen.

17. Demokratische Institutionen stärken

Wir wollen in einer modernen Gesellschaft und einer starken Demokratie leben, in der Menschen gleichberechtigt sind und faire Chancen haben. Deshalb wollen déi gréng das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Politik, Institutionen und in die parlamentarische Demokratie stärken.

Eine vielfältige, offene Gesellschaft gründet auf den Grundrechten, die in einer modernen Verfassung ausformuliert sind. Sie halten unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zusammen und sichern das friedliche Zusammenleben. Deshalb ist es wichtig, die Reform unserer Verfassung zügig abzuschließen und per Referendum den Bürgern und Bürgerinnen zur Abstimmung vorzulegen.

déi gréng werden:

- das **Gesetz zur offenen und transparenten Verwaltung zügig umsetzen** und evaluieren. Gegebenenfalls sollte dieses Gesetz nachgebessert werden, damit die freie Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von öffentlichen Daten sichergestellt ist;
- Die **Möglichkeit abschaffen ein Bürgermeister- oder Schöffenmandat mit dem eines Abgeordneten zu verbinden (Doppelmandate) und kommunale Mandate aufwerten**;
- **die vier Wahlbezirke zu einem einzigen nationalen Wahlbezirk** zusammenfügen und das Wahlsystem dementsprechend anpassen, damit ohne Regionalproporz gewählt wird;
- **das Gesetz zum Staatsrat überarbeiten**, dem Parlament die alleinige Kompetenz geben, die Mitglieder des Staatsrates im Rahmen eines öffentlichen Hearings zu benennen und dabei die Genderparität sowie den Parteienproporz sicher stellen;
- **die wissenschaftliche Fachkompetenz der Abgeordnetenkammer** stärken. Derzeit fehlt der Abgeordnetenkammer ein wissenschaftlicher Mitarbeiterstab, der die Abgeordneten, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, bei der Begutachtung der Gesetzesvorschläge berät;
- einen **zentralen Dienst für Legistik schaffen** um die formale Kohärenz innerhalb der immer komplexer werdenden Gesetzgebung zu garantieren;
- **den Mitarbeiterstab der Chamber im Bereich der Europapolitik** und das Verbindungsbüro der Chamber in Brüssel **stärken**. Auf diese Weise können die Arbeiten zu Entwürfen für Richtlinien und Regulierungen bereits ab einem frühen Stadium begleitet und die Zusammenarbeit zwischen nationalen Abgeordneten und den Luxemburger Europaabgeordneten gestärkt werden;
- die **Kommissionssitzungen des Parlaments öffentlich abhalten** und Fraktionsmitarbeiter*innen zu den Sitzungen zulassen, sowie den Mitarbeiterstab der Fraktionen stärken. Nur so wird die Arbeit der Chamber wirklich transparenter und qualitativ besser;
- ein **nationales Lobbyregister schaffen** um die Arbeit der Interessenvertreter transparenter zu machen und besser zu kontrollieren. Interessengruppen, die an die Regierung und nationale Abgeordnete oder Europaabgeordnete herantreten, müssen in diesem Register angeben, welchen Aktivitäten sie in diesem Rahmen nachgehen und welche finanziellen Mittel sie genau dafür einsetzen;
- einen Behindertenbeauftragten nennen der garantiert dass die UN-Konvention für die Rechte für Menschen mit einer Behinderung in allen Ministerien umgesetzt wird.

18. Finanzpolitik auf Zukunft ausrichten

Eine grüne Steuerpolitik muss die negativen wie die positiven Auswirkungen des Wirtschaftswachstums berücksichtigen und dazu beitragen, nicht nachhaltigen Konsum zu reduzieren und die Einkommens- und Vermögensverteilung gerechter zu gestalten.

Eine grüne Finanzpolitik ist vorausschauend und legt Wert auf Transparenz und Kohärenz. déi gréng sind der Meinung, dass eine vorausschauende Regierung verantwortlich mit den Steuereinnahmen umgehen muss. Sie muss bei der Erhebung der Steuergelder, die sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben braucht, sozial gerecht vorgehen. Auch soll sie für einfache Steuerregeln sorgen: ein kompliziertes Steuersystem nutzt vor allem jenen, die sich auf Grund guter Einkommen Steuervermeidungsberater leisten können. Unser Steuersystem muss transparenter und gerechter werden, weil sonst die Akzeptanz durch die Bürger*innen verloren geht.

déi gréng werden:

- **die unterschiedlichen Steuerbehörden personell aufstocken und sie besser miteinander vernetzen**, damit sie Steuerprüfungen flächendeckend, effizient und schnell durchführen können. Zu häufig sind immer noch die Bereiche der Personen- und Betriebsbesteuerung, in denen Einkommen nicht ordnungsgemäß angegeben werden, ohne dass das Steueramt eingreift. Dies untergräbt die Steuergerechtigkeit und die Steuermoral der Bürgerinnen und Bürger;
- **sich national und international dafür einsetzen, die Steuervermeidungspraxis international agierender Betriebe zu unterbinden**. Sie geht zu Lasten der Steuerzahler*innen, der Funktionsfähigkeit des Staates und der regional aufgestellten kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die hierdurch einem unlauteren Wettbewerb ausgesetzt sind;
- **allen Haushalten die Möglichkeit bieten, eine elektronische, vom Steueramt vor-ausgefüllte Steuererklärung abzugeben**. Denn durch die „Steuererklärung für alle“ wird die Steuergerechtigkeit gestärkt. Um dies zu ermöglichen muss die Steuererklärung leicht verständlich sein und zum größten Teil vorausgefüllt auf Guichet.lu vorzufinden sein;
- die Auswirkungen der Steuerreform auf **die Einkommenssituation von Alleinerziehenden evaluieren** und gegebenenfalls nachbessern, damit deren Armutsrisiko reduziert wird. Das Gleiche gilt für die Besteuerung des Mindestlohns;
- die steuerliche Zusammenveranlagung von Verheirateten und Partnern abschaffen zugunsten einer **Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag (nach belgischem Modell)**;
- die **Kilometerpauschale reformieren**, damit sie Umwelt- und landesplanerischen Zielen Rechnung trägt und gleichzeitig soziale Kriterien berücksichtigt;
- **die Steuervorteile beim Leasing von Firmenwagen für schadstoffreiche PKWs nach oben begrenzen**. Die Resultate der Reform der Leasingvergünstigungen sind ermutigend. Der Dieselanteil geht zurück, bei Hybrid- und Elektroautos befinden wir uns im europäischen Spitzenfeld. Wir wollen das Autoleasing in diesem Sinn weiter reformieren, da in Luxemburg jedes zweite Auto über Leasingfirmen immatrikuliert wird;
- ähnlich dem schwedischen Modell **einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für Reparaturarbeiten** einführen um einem übermäßigen Ressourcenverbrauch entgegenzuwirken. Reparieren soll sich wieder lohnen;
- im Rahmen der von der EU angestrebten **Flexibilisierung der Mehrwertsteuerregeln** überprüfen, ob der superreduzierte TVA-Satz auf notwendige Hygieneprodukte angewendet werden kann, wie beispielsweise Tampons, Binden, Windeln, usw.;

- die **Reform der Grundsteuer** vorantreiben. Die aktuelle Bemessungsgrundlage wird immer noch nach den Preisverhältnissen des Jahres 1941 festgesetzt. Eine Reform, die den aktuellen Gegebenheiten in Luxemburg gerecht wird, ist demnach längst überfällig. Durch sie können wir die Gemeindefinanzen langfristig absichern und eine effizientere Flächennutzung fördern;
- **Veräußerungsgewinne bei Immobilienverkäufen gerechter besteuern.** Wir werden das „quart du taux global“-Regime abschaffen und Wertsteigerungen von Grundstücken, die durch Änderungen im Bebauungsplan entstehen, gerechter besteuern;
- **die Körperschaftssteuer nicht weiter absenken.** Wir werden uns jedoch gezielten steuerlichen Anreizen nicht widersetzen, wenn diese helfen, einzelne bestehende Wirtschaftszweige zu stützen oder neue, innovative Sektoren zu schaffen. Auch unsere Wirtschaftsförderinstrumente müssen einer Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen werden und es muss sichergestellt sein, dass steuerliche und fördernde Instrumente nicht gegensätzliche Ziele verfolgen;
- **die „Stock Options“ abschaffen.** Sie erfüllen schon lange nicht mehr ihr ursprüngliches Ziel, die Loyalität des Personals von Unternehmen zu belohnen bzw. hochspezialisiertes Personal nach Luxemburg zu ziehen. déi gréng werden deshalb die „Stock Options“ progressiv zurückführen.

18.1 *Langfristig ausgeglichene öffentliche Finanzen*

déi gréng werden:

- **eine allgemeine ökologische Steuerreform planen und umsetzen, welche die Gesamtsteuerlast nicht erhöht und sozial ausgleichend wirkt.** Das erreichen wir über eine Verschiebung der Steuerlast: Arbeit soll weniger und Ressourcenverbrauch stärker belastet werden. In Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsinstitut und nach Möglichkeit mit der Universität Luxemburg soll binnen der ersten zwei Jahre der kommenden Legislaturperiode ein ökologisches Steuerkonzept entworfen und anschließend in die Praxis umgesetzt werden;
- um Klimaschutz im Industriebereich, aber auch die Investitionssicherheit in Erneuerbare Energien zu verbessern, sich zusammen mit den Regierungen der Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Belgien auf die **Einführung eines Mindestpreises für CO₂** einigen. Härtefälle bei Industrie und Energiearmut werden dabei gezielt kompensiert werden. Gleichzeitig werden wir europäische Betriebe durch die Einführung einer CO₂-Importtaxe vor Umweltdumping schützen;
- **die Abschreibungsmöglichkeiten bei Privathaushalten und Betrieben nach sozial- und umweltpolitischen Kriterien überprüfen.** Eine Schätzung der Höhe dieser Steuerausgaben soll in regelmäßigen Abständen zusammen mit einer Impaktstudie veröffentlicht werden;
- **zukunftsrelevanten öffentlichen Investitionen den Vorrang geben.** Wir werden unseren Wohlstand erhalten durch öffentliche Investitionen in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Forschung, Bildung und Mobilität;
- die **Abhängigkeit der öffentlichen Finanzen vom Tank- und Tabaktourismus reduzieren.** Die Studie zum Tanktourismus hat die Spielräume aufgezeigt, die die nächste Regierung nutzen sollte um den Tanktourismus mittelfristig zu verringern;
- bei der Aufstellung des Staatshaushalts mehr Wert auf die **Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen** legen und unterschiedliche Wachstumsprognosen berücksichtigen;

- bei den **Ausgaben der Infrastrukturfonds** deutlich zwischen Ausgaben für Instandhaltung bzw. Reparatur und Investitionen unterscheiden;
- den Anteil an **grünen Investitionen auf dem Finanzplatz** schrittweise erhöhen und die Finanzierung von innovativen Projekten zur Energiewende besser nutzen;
- den „Fonds souverain intergénérationnel du Luxembourg“ und den Pensionsfonds nutzen um die grüne ökonomische Transition zu finanzieren und die Investitionen dieser Gelder an strenge Nachhaltigkeits- und „Divestment“-Kriterien binden;
- sich am irischen Beispiel orientieren und eine Analyse der Auswirkungen („spillover analysis“) unserer nationalen Steuerpolitik auf Entwicklungsländer in Auftrag geben.

3^{ten} Deel

D'Zukunft fänkt haut un

Der Erfolg unseres Landes ist eine Gemeinschaftsleistung aller. Darauf können wir stolz sein. Wir stehen heute allerdings vor einer Situation, die ein Weiterdenken erfordert. Denn unser enormes Wirtschaftswachstum ist an eine permanente Zunahme der Bevölkerung und der Arbeitsplätze gekoppelt. Damit geht ebenfalls ein exzessiver Ressourcenverbrauch einher. Dies stellt unser Land folglich vor große Probleme. Und bei weitem nicht alle profitieren vom Wachstum im gleichen Maße.

déi gréng haben in den letzten Jahren wichtige Weichen neu gestellt. Aber auch die nächsten Jahre gilt es gemeinsam dafür zu sorgen, dass Luxemburg erfolgreich und lebenswert bleibt. Denn eine vorausschauende, nachhaltige Politik ist letztlich eine Frage sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft. Wenn wir nämlich heute nicht in Transport, Wohnraum und Bildung investieren, dann setzen wir auch den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes aufs Spiel. déi gréng setzen auf eine nachhaltige und innovative Wirtschaft. Dazu gehört die Unterstützung von Bildung und Forschung, aber auch von Kreativität und ökologischem Unternehmergeist. Eine grüne Ökonomie schafft gute und sichere Arbeitsplätze. Dabei steht sie mit dem Erhalt unserer natürlichen Ressourcen im Einklang und nimmt die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung ernst.

Ungesteuertes Wachstum bringt Folgekosten für Mensch und Umwelt mit sich und kann unser Land auch ärmer machen. Wir brauchen daher Kurskorrekturen und den Mut, Missstände aufzuzeigen und anzugehen. Gemeinsam wollen wir Luxemburg fit machen für die Zukunft, unsere Lebensgrundlagen erhalten und den sozialen Zusammenhalt stärken.

Nicht alle Herausforderungen für die Zukunft können wir jedoch alleine angehen. Die großen grenzüberschreitenden Probleme unserer Zeit können nur gemeinsam gelöst werden. Wir brauchen ein starkes und geeintes Europa um den Kampf gegen die Klimakrise, Hunger, Armut, Korruption, Krieg und Terrorismus anzugehen sowie um die Globalisierung gerechter zu gestalten.

Kapitel V

Eist Land weider entwéckelen

Besser Wunnen, Mobilitéit ouni Stress

In den letzten 20 Jahren kannte Luxemburg ein **rasantes Bevölkerungswachstum**. Heute leben in Luxemburg über 600.000 Menschen. Davon sind allein 100.000 in den letzten zehn Jahren hinzugezogen. Die Zahl der Arbeitsplätze wuchs sogar noch schneller, nämlich von 300.000 auf 400.000. Dies zeugt vor allem von einer **positiven wirtschaftlichen Dynamik**. Allerdings stellt uns dies auch vor **große Herausforderungen**.

déi gréng sind nicht gegen ein weiteres Bevölkerungswachstum: Luxemburg ist ein Immigrationsland und ein Großteil unseres Reichtums, unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung konnten wir nur dank unserer Weltoffenheit und der vielen Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Regionen erreichen. Unsere Offenheit nach außen war und ist unsere Stärke, und die möchten wir uns erhalten.

Allerdings müssen wir die **Geschwindigkeit** und die Art und Weise **unseres Wachstums in Frage stellen**. Wachstum darf kein Dogma sein, die wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs muss immer die Gesamtheit der Gesellschaft berücksichtigen. **Das Allgemeinwohl muss im Mittelpunkt jeder Entwicklung stehen.**

Wir wollen eine Entwicklung, die eine **hohe Lebensqualität** in unseren Regionen, unseren Städten und unseren Dörfern dauerhaft fördert. Selbstverständlich muss diese Entwicklung unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen, denn eine gesunde Umwelt ist nicht nur die Voraussetzung für die menschliche Existenz, sie ist auch Grundlage jeder zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Zudem muss das **Prinzip des „Design for All“** eine zentrale Rolle bei der Planung von neuen öffentlichen Strukturen spielen. „Design for All“ hat zum Ziel, allen Menschen eine freie und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Unsere Infrastrukturen müssen so gestaltet sein, dass sie von jedem benutzbar sind, unabhängig von Alter, Fähigkeiten und Lebensstilen und ohne besondere individuelle Anpassung.

19. Mehr Mobilität statt mehr Verkehr

In den letzten 50 Jahren haben sich die Distanzen zwischen Arbeit, Freizeit und Wohnen stetig vergrößert. Zudem wurden die öffentlichen Infrastrukturen und politischen Anreize in der Mobilität auch noch einseitig auf den wirtschaftlich und raumplanerisch ineffizienten motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Mit dem Resultat, dass heute zu den Hauptverkehrszeiten praktisch alle wichtigen Straßen und Autobahnen mit halbleeren Fahrzeugen verstopft sind. So werden jeden Morgen allein in die Stadt Luxemburg eine Viertelmillion leere Autositze hineinkutschiert.

Auch wenn das Straßennetz weiterhin modernisiert werden muss, um dem öffentlichen Transport und der Lebensqualität der Anrainer gerecht zu werden, so liegt die Lösung des Mobilitätsproblems nicht im Ausbau aller Autobahnen um eine weitere Spur, auf der sich die Autos weiter stauen würden. Wir brauchen eine bessere Auslastung der Fahrzeuge und den Ausbau des öffentlichen Transportes und der Radwege. Dies ist nicht nur kurzfristiger umsetzbar, es ist auch effizienter, kostengünstiger und umweltschonender.

In den vergangenen fünf Jahren hat die Regierung deshalb wichtige Akzente gesetzt, um eine neue Mobilitätsstrategie einzuleiten. Zum ersten Mal seit über 30 Jahren wurde prioritär in den Ausbau der Alternativen investiert, vor allem im Bereich des öffentlichen Personen-Nahverkehrs, aber auch der aktiven Mobilität. Ziel dieser Politik ist die optimale Verknüpfung aller Verkehrsträger, vom Fußgänger über den Radfahrer, Bus, Tram, Zug bis hin zum Auto, damit möglichst viele Menschen möglichst angenehm, effizient und umweltschonend transportiert werden können.

Gleichzeitig wurden in der Luxmobil-Studie die nötigen Strukturdaten erhoben und die Mobilitätsplanung im Nachhaltigkeitsministerium mit den personellen und technischen Mitteln ausgestattet um die Mobilität zu verbessern. Wir wissen jetzt, wie die vielen leeren Autositze, die tagtäglich in die Arbeitsplatzzentren hineintransportiert werden und deren Nutzung keinerlei zusätzliche Infrastrukturen benötigt, sinnvoll genutzt werden können, um ein weiteres Anwachsen der arbeitenden Bevölkerung mit weniger Verkehrsaufkommen zu bewältigen.

Déi gréng werden daher das im „Modu 2.0“ enthaltene Paket von 50 Maßnahmen, die Staat, Gemeinden, Unternehmen und Privatpersonen betreffen, konsequent unterstützen. Dieses Paket an kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen soll nicht nur die Fortbewegung quantitativ und qualitativ verbessern, sondern darüber hinaus Luxemburg zu einem erfolgreichen Laboratorium für die Mobilität des 21. Jahrhunderts machen.

déi gréng werden:

- die **Mobilitätsplanung** weiterhin auf die **Bedürfnisse der Bürger** und die Ziele der Landesplanung ausrichten:
 - o Damit in Zukunft die Mobilitätslösungen der Entwicklung des Landes nicht mehr hinterherhinken, werden wir bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode

dem Parlament die **Planungsschritte** zur Umsetzung der nationalen Mobilitätsstrategie **für die nächsten 15 Jahre** unterbreiten. Entscheidungen über öffentliche Investitionen in die Verkehrsinfrastrukturen sollen dabei immer einer **gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse** mit unterschiedlichen Entwicklungsszenarien unterworfen werden;

- **Anreize schaffen für Pendler, ihre Arbeitgeber und die Gemeinden**, die eine nachhaltigere Mobilität für ihre Bürger und Arbeitnehmer anstreben und sie dabei unterstützen;
- dafür sorgen, dass die **Verpflichtungen bezüglich Luftqualität und Klimaschutz** im Transportbereich eingehalten werden;
- die **Elektromobilität weiter ausbauen** und fördern. Gleichzeitig wollen wir aber offen bleiben für andere neue Antriebstechniken. Ziel ist hier die Dekarbonisierung des Transportes sowie eine Verbesserung der Luftqualität.

19.1 Eisenbahn, Tram und Bus ausbauen

Déi gréng werden:

- weiter in die **Eisenbahn** investieren, damit deren Zuverlässigkeit und Kapazität im Personenverkehr bis 2025 wesentlich gesteigert werden kann:
 - o den **Bahnhof Luxemburg sowie die Peripheriebahnhöfe Howald, Hollerich** und andere wichtige Bahnhöfe ausbauen und modernisieren;
 - o die Verdoppelung der Strecke Luxemburg-Bettemburg schnell abschließen;
 - o die Strecke Sandweiler-Oetrange doppelgleisig ausbauen;
 - o die Nordstrecke zwischen Ettelbrück und Ulflingen/Troisvierges ausbauen;
 - o uns im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr auch finanziell für folgende Projekte einsetzen:
 - stärkere Nutzung der Trierer Weststrecke;
 - die Modernisierung und den Ausbau der Strecke Zoufftgen-Thionville sowie des Bahnhofs Thionville;
 - Verstärkung der P&R Stellplätze hauptsächlich im Grenzzugverkehr (z.B.: Longwy, Thionville, Viville);
- auf den Achsen, die von keiner Eisenbahn bedient werden, schnelle und bequeme Angebote des öffentlichen Transportes schaffen:
 - o eine **schnelle Tramtrasse aus der Stadt bis nach Esch/Alzette** bauen: von der Place de l'Etoile über Merl, Cessange, Foetz, Schiffange und Esch bis nach Belval-Uni. Diese neue Strecke, welche die beiden größten Agglomerationen des Landes miteinander verbindet, ohne den Grüngürtel dazwischen zusätzlich zu zerschneiden, ist ein Meilenstein für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Mobilitätspolitik und des angestrebten Zieles der Landesplanung;
 - o das **RGTR-Streckennetz überarbeiten**, es mit dem Eisenbahn- und Tramnetz verknüpfen und diese durch Express-Buslinien ergänzen. Nach intensiver Bürger*innenbeteiligung im Jahr 2017 arbeitet das Nachhaltigkeitsministerium an einer Reform für das gesamte RGTR-Netz, die 2020 in Kraft treten soll;
 - o Wir werden mehr **Querverbindungen zwischen den Ortschaften** und den Regionen einrichten. Wir wollen den ländlichen Raum besser berücksichtigen und wir wollen einen innovativen Rufbus einführen. Wir werden das RGTR-

- Netz besser an die Freizeitbedürfnisse anpassen (Nachtbusse, Wochenendbusse). Wir wollen die RGTR-Busflotte dekarbonisieren und deshalb streben wir bis 2030 eine Null-Emissionsbusflotte an;
- Große, neue Buskorridore auf wichtigen Verkehrsachsen zügig umsetzen beispielsweise:
 - Dippach-Leudelange-Luxemburg,
 - Walferdange-Eicherberg-Luxemburg,
 - Alzingen-Hesperange-Howald-Luxemburg,
 - Junglinster-Waldhof-Kirchberg;
 - Prioritätskorridore in den Spitzenstunden für Busse auf den großen Autobahnachsen A3/A4 schaffen. Mit innovativen digitalen Techniken wollen wir die Busse insgesamt im Straßenverkehr priorisieren;
 - den **Ausbau der Tram um die Stadt Luxemburg** fortführen. Die Tram fährt nun auf dem ersten Teilstück zwischen Luxexpo und der Place de l'Etoile. Das zweite Finanzierungsgesetz der Tram für die Strecken zwischen Luxexpo und Findel sowie vom Hauptbahnhof bis zur Cloche d'Or wurde vom Parlament gestimmt und die Vorarbeiten laufen zügig voran, damit Ende 2022 die gesamten 16,4 km zwischen Findel und Cloche d'Or fertiggestellt sind. Doch der Ausbau muss unbedingt weitergehen. Weitere Strecken sind im „Modu 2.0“ vorgesehen und müssen mit der gleichen Dynamik und genauso zügig umgesetzt werden. Das sind:
 - eine Tramlinie zur Erschließung neuer Wohnviertel in Hollerich, vom Hauptbahnhof bis zu einem neuen Pole d'Echange mit der "schnellen Tram", welche über Merl und Cessange nach Esch/Alzette fahren wird;
 - eine weitere Achse auf Kirchberg über den „bvd Konrad Adenauer“ bis zum RTL-Gebäude;
 - eine Verlängerung des Streckenabschnitts zwischen Flughafenhalle und der Aktivitätszone Kalchesbréck (dort wollen wir auch die neue Luxexpo bauen);
 - eine neue Strecke, zuerst von der Place de l'Etoile zum „Centre Hospitalier de Luxembourg“ (CHL) und langfristig bis zur Europaschule in Mamer.

19.2 Platz schaffen für Fahrrad und Fußgänger

Die Potentiale aus dem „Modu 2.0“ sind eindeutig: ein Drittel der Wege in Luxemburg unter 1 km und über zwei Drittel der Wege bis 5 km werden heute mit dem Auto zurückgelegt. Das sind ausgezeichnete Distanzen für Fußwege oder für das Fahrrad. Hier lässt sich die Mobilität nachhaltig ohne hohen finanziellen Aufwand schnell verbessern und es hilft gleichzeitig sehr stark die Gesundheitskosten der Bevölkerung zu senken.

Déi gréng werden:

- den **Rückstand in der Fahrradinfrastruktur wettmachen** und den Fußgänger, inklusive der Kinder, der Senioren und der Personen mit eingeschränkter Mobilität, in den Mittelpunkt des urbanen Lebens stellen;
- das noch vom aktuellen Nachhaltigkeitsminister hinterlegte **neue Fahrradwegesgesetz zügig umsetzen** und so die Fahrradwege weiter massiv ausbauen, v.a. auch in den großen Ballungsgebieten;
 - Den im Plan sectoriel Transport und Modu 2.0 vorgesehenen ersten Radschnellweg zwischen Esch/Alzette und Luxemburg wollen wir schnell realisieren.

19.3 Straßen bauen für das 21. Jahrhundert

Déi gréng werden:

- die Investitionen in das **Straßennetz** an den Anforderungen des 21. Jahrhunderts ausrichten. Dabei stehen die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden und die Lebensqualität der Anrainer im Mittelpunkt. Wir wollen nicht mehr möglichst viele Autos, sondern **möglichst viele Menschen bewegen**. Folgende große Ausbauprojekte wollen wir angehen:
 - Ausbau der A3 mit Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten für das „Covoiturage“ und zur Priorisierung der Busse;
 - Bau des Boulevard de Cessange und des Boulevard de Merl mit Einplanung der neuen Tramtrasse nach Esch/Alzette;
 - Ausbau der B7 zwischen Colmar-Berg und Fridhaff auf 4 Spuren, Verbesserung und Sicherung der N7 zwischen Fridhaff und Wemperhardt;
 - zeitgleich mit dem Bau der Umgehungsstraße von Bascharage, die alte Nationalstraße innerorts zurückbauen sowie eine neuen P&R Anlage am Bahnhof, intelligente Ampelanlagen, neue Fahrradverbindungen und eine Priorisierung der Busse einrichten;
 - Bau der Umgehungsstraßen von Hosingen und Prüfung der Möglichkeiten für eine Umgehungsstraße von Heinerscheid wie im 'Plan sectoriel transport' vorgesehen, sowie auch hier gegebenenfalls die alte Nationalstraße innerorts zurückbauen;
 - Bau der neuen N3 mit Korridoren und Kapazitäten für die Tram und das Fahrrad, bei gleichzeitigem Umbau der alten N3 zwischen Hesperange und dem Hauptbahnhof in eine urbane Straße;
 - Rückbau der N7 zwischen Mersch und Bereldange;
 - Unterstützung der Gemeinden bei der Verkehrsberuhigung auf den Nationalstraßen.
- die **Maßnahmen für Verkehrssicherheit verstärken**. Im Bereich der Verkehrssicherheit kam es dank des 2014 ausgearbeiteten 29-Punkte-Programmes zu einer Trendwende in Punkto Toten und Schwerverletzten auf unseren Straßen. So konnte die Zahl der Toten von 45 im Jahr 2013 auf 25 im Jahr 2017 abgesenkt werden. Auch die Zahl der Schwerverletzten ist im Trend rückläufig. Doch wir können und wollen uns nicht damit zufriedengeben.
 - Für déi gréng ist nur die „Vision Zéro“, d.h. null Tote und null Schwerverletzte akzeptabel. Wir wollen uns in unserer Verkehrssicherheitspolitik deshalb an den „best of class“ wie der Schweiz, Schweden, den Niederlanden oder Großbritannien ausrichten.

19.4 Durch digitale Unterstützung mobil werden

déi gréng werden:

- die **Chancen der Digitalisierung** im Verkehr nutzen. Sie eröffnet uns neue Möglichkeiten und Konzepte wie autonomes Fahren und intelligente Leitsysteme. Nicht mehr der Besitz eines Transportmittels, sondern die intelligente Kombination verschiedener Verkehrsmittel, dank neuer digitaler Techniken, wird im Vordergrund stehen. Den damit einhergehenden Mentalitätswandel wollen déi gréng voll unterstützen;

- **Mitfahrzentralen ausbauen.** Die Mitfahrplattform „Copilot“ funktioniert und hat bereits erste Erfolge zu verzeichnen. Dank dieses neuen digitalen Tools können die enormen freien Kapazitäten im Individualverkehr besser genutzt werden;
- das Flex-**Carsharing-Angebot der CFL ausbauen.** Mit Flex-Carsharing wurde auf einen Schlag ein wichtiges Element in der neuen Verkehrsstrategie national flächendeckend eingeführt. Um es auch innerorts auszubauen, werden wir Synergien mit den kommunalen Anbietern suchen;
- eine nationale **Studie zum Parkraum** durchführen und, nach einer Analyse der Anzahl der Parkplätze, ihrer Nutzung, ihrer Reglementierung, ihrer Herstellungs- und Nutzungskosten und ihres Impaktes auf das Bauschuttvolumen, Richtlinien und, falls notwendig, gesetzliche Vorschriften für das Parkraummanagement ausarbeiten;
- das **Jahresabo im öffentlichen Transport** so gestalten, dass es die Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel zum Preis von 1€ pro Tag erlaubt. Mittelfristig soll der kostenfreie öffentliche Transport anvisiert werden. Gleichzeitig wollen wir die Kilometerpauschale überarbeiten, damit diese den landesplanerischen Gesichtspunkten stärker Rechnung trägt.

19.5 Belastung durch Flugverkehr reduzieren

déi gréng werden:

- dazu beitragen, den **Flugverkehr geräuschärmer, abgasärmer** und nachhaltiger zu machen;
- sich **innerhalb der EU** für die **Einführung einer Kerosinsteuer** einsetzen und mit diesem Geld Forschungsprojekte unterstützen, um die Dekarbonisierung des Flugverkehrs mittel- bis langfristig zu erreichen;
- das **Nachtflugverbot aufrechterhalten** und durch eine Verbesserung der Transparenz, durch strengere Regeln und Kontrollen sowie neue Besteuerungsmechanismen die Zahl der Nachtflüge verringern. Die von Luxairport vorgeschlagenen neuen Taxen, die besonders strafend auf den Nachtflugverkehr wirken, sollen schnellstmöglich umgesetzt werden;
- zusammen mit den Anwohnern und den Fluggesellschaften die sich in Ausarbeitung befindende **verbindliche Charta zur Reduzierung des Fluglärms** schnell umsetzen.

20. Wohnraum für alle schaffen

In der vergangenen Legislaturperiode wurden einige wichtige Voraussetzungen geschaffen, um den akuten Wohnungsmangel aufzuarbeiten. Aufgrund der starken Nachfrage durch die Zunahme der Bevölkerung und die zahlreichen Grenzgänger wird sich jedoch der private Wohnungsmarkt auf absehbare Zeit nicht beruhigen und die Wohnungspreise werden für viele Menschen viel zu hoch bleiben.

Wir sind der Meinung, dass der Staat und die Gemeinden die Aufgabe haben erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. Dies sollte vor allem dank des Ausbaus öffentlicher Mietwohnungen möglich sein. Darüber hinaus brauchen wir zusätzliche Maßnahmen um der anhaltenden Boden- und Bauspekulation entgegen zu wirken und die Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden zu fördern.

déi gréng werden:

- **das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankern.** Damit soll das Recht auf Wohnen bei der Abwägung unterschiedlicher Interessen größeres Gewicht erhalten.

20.1 Öffentliche Mietwohnungen schneller bauen

déi gréng werden:

- **dafür Sorge tragen, dass die Gemeinden und die beiden öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften bevorzugt Mietwohnungen bauen** und so einen wachsenden Park an staatseigenen bezahlbaren Wohnungen zur Verfügung stellen. Der Zugang zu diesem staatlichen Wohnungspark soll allen offen stehen, unabhängig ihrer Einkommen, die Höhe der Mieten soll jedoch an die Einkommenssituation der Haushalte angepasst und Menschen mit niedrigem Einkommen bevorzugt werden;
- das Gesetz zu den **Baulandverträgen** verbessern, damit mehr erschwingliches Bauland den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, Gemeinden sowie gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden kann;
- **den „Pacte Logement 2.0“, nach dem Erfolgsrezept des Klimapaktes „fördern UND fordern“** überarbeiten und landesplanerische Kriterien einbauen. Das Erstellen einer lokalen Wohnungsbaustrategie sollte als sinnvolles Instrument vorgesehen werden, wie auch Vorkaufsrecht und andere Steuerungsinstrumente;
- die **Reform des „Fonds du Logement“ zügig umsetzen** und ihn gegebenenfalls ausbauen, damit er seinen Aufgaben gerecht werden kann;
- die soziale **Betreuungsarbeit vom Fonds du Logement und SNHBM** für die Nutzer*innen ihrer Wohnungen so ausbauen, dass sie ebenfalls den Gemeinden bei der Schaffung und Verwaltung von Mietwohnungen eine Hilfe ist;
- die **Bauschuttreduktion** zu einer **Priorität beim Wohnungsbau** machen und die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft anwenden;
- prüfen, ob die staatlichen Fonds in Zukunft vermehrt in den nationalen Immobilienmarkt investieren können, um erschwinglichen Wohnraum zu schaffen.

20.2 *Eigentum verpflichten und korrekt besteuern*

Déi gréng werden:

- **bei der Gemeindeentwicklung das Prinzip „innen vor außen“ anwenden.** Es gilt prioritär die 2.700 Hektar innerhalb der ausgewiesenen Bauzonen zu mobilisieren, bevor neue Flächen ausgewiesen werden; bei etwaigen Baulanderweiterungen, die in dem sektoriellen Plan des Wohnungsbaus vorgesehen sind, werden wir das Gesetz über die Baulandverträge mit einer Baupflicht erweitern;
- **die Veräußerungsgewinne bei Immobilienverkäufen gerechter besteuern.** Wir werden das „quart du taux global“-Regime auslaufen lassen und Wertsteigerungen von Immobilien, die durch Änderungen im Bebauungsplan entstehen, gerechter besteuern; **der „quart du taux global“ wird bei der Mobilisierung der Baulücken mit einhergehender Baupflicht bestehen bleiben;**
- **die Grundsteuer reformieren,** damit der reelle Wert des Bodens und seine effektive Nutzung berücksichtigt werden;
- **die Einführung von Reglementen und Taxen auf lokaler Ebene durch die nationale Gesetzgebung unterstützen,** um die Zahl der leerstehenden Wohnungen zu reduzieren.

20.3 *Mieter unterstützen*

déi gréng werden:

- **die unterschiedlichen „Agences Immobilières sociales“ (AIS) finanziell besser unterstützen,** damit leerstehende Wohnungen schneller an Wohnungssuchende vermietet werden können;
- **die Entwicklung der Mieten besser kontrollieren** durch die konsequente Umsetzung der Möglichkeiten des Mietgesetzes (Mietpiegel und -kommissionen), das eine gezielte Kontrolle und Eingrenzung der Mietentwicklung ermöglicht;
- **das Mietgesetz modernisieren,** damit die energetische Sanierung von Mietwohnungen gefördert wird und die Mietpreise nicht auf Kosten der finanziell benachteiligten Haushalte ansteigen;
- **die Förderung neuer Formen des Zusammenlebens und ein flächen- und energieeffizientes Wohnungsangebot zum Bestandteil einer Wohnungsbaustrategie machen,** die kinderfreundlich, seniorengerecht, barriere- und autofrei ist und jungen Erwachsenen bei ihrer Existenzgründung hilft;
- **die rechtlichen Möglichkeiten für Wohngenossenschaften und Wohngemeinschaften erweitern.** Besonders alleinstehende Menschen aller Altersstufen können auf diese Weise günstiger zu einer sozial gut eingebundenen Wohnung kommen;
- **spezifische Fördermaßnahmen für junge Menschen einführen,** dies im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus;
- durch bessere gesetzliche Regeln **Mietern helfen sich vor Schadstoffexpositionen zu schützen,** beispielsweise bei Schimmelbefall aufgrund baulicher Mängel, Kontamination der Bausubstanz durch Asbest, Biozide, oder durch elektromagnetische Belastungen, beispielsweise durch Installation von Mobilfunkantennen auf dem Gebäude ohne Abschirmkonzept;
- zur Stärkung der Mieter*innen die **Immobilienagenturen einer strengeren Reglementierung unterwerfen** im Bereich der Beratungs- und Informationspflicht und der Abwicklung von Immobiliengeschäften;

- dafür sorgen, dass die **Kosten für die Immobilienagenturen nicht mehr nur von den Mietern getragen** werden müssen, sondern fair zwischen Mieter und Vermieter aufgeteilt werden:
- nach dem Vorbild der Mobilitäts-App „Co-Pilote“ ein **staatliches Portal für die Vermittlung von Mietwohnungen** und Wohngemeinschaften **schaffen**;
- zur Verbesserung der Wohnqualität in verdichteten Wohnzonen **strenge Regeln zur inneren Akustik erlassen**.

21. Landesplanung ernst nehmen

Bereits seit Mitte der 90er Jahre wird in Luxemburg über landesplanerische Fehlentwicklungen und die notwendigen Korrekturen geredet. Die Probleme sind bekannt: Zersiedlung der Landschaft, räumliche Trennung von Wohnen, Arbeiten oder Freizeit und damit einhergehende Verkehrslawinen, schlecht organisierte und kinderfeindliche urbane Räume, hoher Druck auf Bodenpreise mittlerweile ebenfalls in den ländlichen Räumen.

Aber erst in der letzten Legislaturperiode wurden die Landesplanung entscheidend vorangetrieben und wichtige wegweisende Entscheidungen getroffen, die für eine harmonische und besser organisierte Entwicklung von großer Bedeutung sein werden. Die komplette Überarbeitung des Landesplanungsgesetzes, die prozedurale Einleitung der sektoriellen Pläne sowie die Bürger*innen- und Experten*innenbeteiligung bei der Ausarbeitung des neuen „programme directeur“ der Landesplanung sind wichtige erste Schritte für eine rücksichtsvollere räumliche Entwicklung des Landes.

Unser Boden ist unsere wichtigste Ressource und wir haben nur 2586 km² zur Verfügung. Daher ist der schonende Umgang mit dem Boden von essentieller Wichtigkeit für die Weiterentwicklung Luxemburgs. Selbstverständlich ist der Schutz des Privateigentums unabdingbar, doch Eigentum verpflichtet auch. Das bedeutet, dass die private Nutzung des Eigentums dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen darf und ihm sogar zugutekommen soll. Dafür ist es wichtig, dass wir die Prozeduren und Möglichkeiten der Enteignung überarbeiten unter Berücksichtigung einer angebrachten Entschädigung. Außerdem müssen die Ziele der Landesplanung Verfassungsrang erhalten, denn sie sind eine wichtige Voraussetzung für unsere nachhaltige Entwicklung.

déi gréng werden:

- sich dafür einsetzen, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vor allem in den drei Ballungszentren stattfindet, wie sie im **„Szenario 3“ definiert worden sind: Region Minette, Region Zentrum und Region Nordstadt**. Dort sollen der größte Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten angesiedelt werden und der Wohnungsbau besonders gefördert werden;
- im **ländlichen Raum** darüber hinaus vor allem die Entwicklungspotentiale der Bereiche **Tourismus, Holzwirtschaft, Energiewirtschaft** und **Lebensmittelproduktion** den Vorrang geben;
 - o zu diesem Zweck sollen im **Norden** die Ortschaften Wiltz, Rédange sowie Marnach-Clervaux und im **Osten** die Ortschaften Echternach, Junglinster, Grevenmacher, Mondorf, Wecker, Remich sowie Wasserbillig besondere wirtschaftliche Clusterräume werden;
- die ländlichen Gemeinden durch **effiziente Transportanbindungen** an die Ballungszentren anbinden, damit alle einen einfachen Zugang zu den Dienstleistungen der Zentren erhalten;
- die **Arbeiten zum „Programme directeur“ der Landesplanung vorantreiben** und die Resultate der Bürger*innenbeteiligung einfließen lassen. Dieses „Programme directeur“ wird die Grundlage und Orientierung vorlegen für jegliche Planungen auf kommunaler und nationaler Ebene;
- die **sektoriellen Pläne** für die harmonische Entwicklung der Bereiche Wohnen, Aktivitätszonen, Transport und Umwelt abschließen und in Kraft setzen. So kann beispielsweise bereits bei der Planung neuer Wohnviertel und Aktivitätszonen die Anbindung an das Netz des öffentlichen Transports, der Infrastrukturen und der Freizeitangebote berücksichtigt und ein angepasstes Parkraummanagement eingeführt werden;
- die **regionale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden stärker unterstützen**, damit kommunale Infrastrukturen sinnvoll genutzt und ausgelastet

werden können. Dadurch wird nicht nur unnötiger Verkehr vermieden, Bürger*innen können ebenso hochwertige Dienstleistungen kostengünstig angeboten werden. Dies stärkt vor allem die kleineren Landgemeinden;

- der **Territorialreform neues Leben einhauchen** und die Fusion von Gemeinden fördern durch eine stärkere Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit, gegebenenfalls durch eine Ergänzung der Gemeindefinanzreform und einer Reform des Gemeindesyndikatsgesetzes;
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im GECT Alzette-Belval evaluieren und ausbauen sowie eine gemeinsame Entwicklung der grenzüberschreitenden Industriebrachen vorantreiben.

21.1 Wirtschaftliche Entwicklung langfristig planen

déi gréng werden:

- eine **interministerielle Arbeitsgruppe** schaffen, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes koordiniert und die Förderung neuer Industriesektoren und neuer Industriebetriebe von einer frühzeitigen Analyse der langfristigen Kosten und vom Nutzen abhängig macht;
 - o um die Arbeit dieser Arbeitsgruppe zu vereinfachen müssen Kriterien ausgearbeitet werden gemäß denen eine langfristige wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden kann. Die Kriterien sollten verbindliche Rahmenbedingungen festlegen wie:
 - Kreislaufwirtschaft und minimaler Ressourcenverbrauch;
 - langfristig gesicherte Arbeitsplätze und Qualifizierungsmöglichkeiten;
 - vernetztes Arbeiten mit bereits bestehenden Betrieben;
 - verkraftbares Verkehrsaufkommen;
- das **Komitee der Immobilienankäufe** des Staates reformieren und stärken, damit der Staat und die Gemeinden die Mittel erhalten, Landflächen zu erwerben, die benötigt werden um beispielsweise die Ziele im Wohnungsbau oder der Mobilität zu erreichen;
- Konzepte zur **zukünftigen Nutzung der Industriebrachen** entwickeln und diese gemeinsam mit den respektiven Besitzern umsetzen.

22. Gemeinden stärken und Bürgerbeteiligung modernisieren

Staat und Gemeinden haben als gemeinsame Aufgabe, allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig vom Wohnort gleichwertige Lebensbedingungen zu sichern. Allerdings unterscheiden sich die Gemeinden sehr stark untereinander: einerseits konzentrieren relativ wenige Gemeinden einen Großteil der Arbeitsplätze der Industrie und des Dienstleistungssektors, andererseits verfolgen vor allem ländliche Gemeinden eher Ziele in den Bereichen Landwirtschaft, Landschafts- und Naturschutz oder Tourismus.

Ein gerechter finanzieller Ausgleich zwischen den Gemeinden mit diesen unterschiedlichen Aufgaben und Möglichkeiten ist unerlässlich um eine kohärente Landesplanung mit starken und attraktiven Gemeinden zu gewährleisten. Die Übertragung zusätzlicher Aufgaben an die Gemeinden sollte daher mit einer Erhöhung der finanziellen Zuwendungen und der organisatorischen Hilfestellung verknüpft werden.

In den Gemeinden wird für viele Menschen Demokratie und Bürger*innenbeteiligung direkt erlebbar. Gerade hier fühlen sich die Menschen oft am unmittelbarsten von politischen Entscheidungen betroffen. Wir werden das Mitspracherecht auf Gemeindeebene stärken.

déi gréng werden:

- **die Reform der Finanzierung der Gemeinden überprüfen und weiterführen.** Ein erster wichtiger Schritt zur Reform der Gemeindefinanzen wurde gemacht. Wir möchten jedoch die landesplanerischen Kriterien des neuen „Programme directeur de l'aménagement du territoire“ stärker einbeziehen, damit ländliche Gemeinden in ihrer Rolle beim Landschafts- und Naturschutz ein finanzielles Eigeninteresse haben;
- den geförderten **Wohnungsbau zu einer zentralen kommunalen Aufgabe** machen und die Gemeinden dabei auch stärker unterstützen;
- die **Gemeinden stärker unterstützen**, wenn sie in ihren Dorfkernen Anreize für eine lebendige Stadtteilentwicklung schaffen;
- durch eine Änderung des Parteifinanzierungsgesetzes **paritätische Wahllisten auch auf Gemeindeebene** fördern;
- die **politische Freistellung der Bürgermeister und Schöffen**, besonders in größeren Gemeinden, **ausbauen**;
- **Doppelmandate einschränken und kommunale Mandate aufwerten.** Die Möglichkeit ein Bürgermeister- oder Schöffenmandat mit dem eines Abgeordneten zu verbinden, stärkt zwar die kommunale Sachkompetenz in der Abgeordnetenkammer, verhindert jedoch, dass Politiker sich zu 100% auf ihre Aufgaben konzentrieren können. Deshalb soll die Möglichkeit des Doppelmandates für Bürgermeister und Schöffen größerer Gemeinden abgeschafft werden;
- **das Gesetz zum Gemeindereferendum überarbeiten**, mit dem Ziel das Initiativrecht der Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen;
- **der Bürgerbeteiligung einen stärkeren gesetzlichen Rahmen geben**, beispielsweise beim Haushaltsverfahren und der Stadt- bzw. Dorfentwicklung;
- den Bürger*innen auch weiterhin bei wichtigen Zukunftsfragen die Möglichkeit geben sich in Workshops und Arbeitsgruppen aktiv am politischen Gestaltungsprozess zu beteiligen;
- **die automatische Einschreibung der nicht-luxemburgischen Bürger*innen in die Wählerlisten für die Kommunalwahlen einführen.** Damit müssten dann auch Nicht-Luxemburger Bürgerinnen und Bürger der in Luxemburg üblichen Wahlpflicht nachkommen.

23. Wirtschaftliche Diversifizierung antreiben

Die Zeiten, in denen Luxemburg sein Wachstum vor allem durch Nischenpolitik in der Finanz- und Steuerpolitik antreiben konnte, sind vorbei. Wir müssen uns neu aufstellen und sollten die Möglichkeiten des ökologischen Umbaus von Industrieproduktion und Dienstleistungen nutzen um die Transition zur grünen Ökonomie einzuleiten.

Dabei können wir dank technischer Innovationen auch in Zukunft auf internationaler Ebene wettbewerbsfähig bleiben. Für déi gréng kann dies aber nur dann funktionieren, wenn wir ebenfalls auf sozialer Ebene innovativ bleiben, uns am Ziel einer steigenden Lebensqualität für alle orientieren und nicht an einer Steigerung des Bruttosozialproduktes ohne Rücksicht auf Verluste.

Dazu müssen wir das Land nicht neu erfinden. Wir müssen jedoch die Herausforderungen wie zum Beispiel den Klima- und Umweltschutz sowie die Digitalisierung unserer Gesellschaft ernst nehmen.

Um ein umweltverträglicheres Wirtschaftswachstum zu erzielen, wollen wir Umwelt- und Ressourcenverbrauch erheblich reduzieren sowie ressourceneffizienten Konsum und eine möglichst effiziente Ressourcennutzung fördern.

23.1 Grüne Ökonomie weiterbringen

Die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft birgt das Potenzial neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Transition zu einer grüneren Ökonomie braucht die Talente von Menschen aus allen Wirtschaftsbereichen: von Ingenieur*innen und Programmierer*innen zu Handwerker*innen und Bauarbeiter*innen.

déi gréng werden:

- **in Luxemburg den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien und eine nachhaltige Bioökonomie anstreben** und auf diese Weise einen tiefgreifenden Innovationsprozess in Gang setzen, der zahlreiche zukunftssträchtige Arbeitsplätze schafft;
- **den Klein- und Mittelbetrieben die notwendigen Märkte bieten und durch eine angepasste Steuerpolitik Impulse für die Energiewende geben**, damit sie ihre Produktion, ökonomisch abgesichert, ressourcen- und energieschonend umbauen können. Dafür werden wir Impulsprogramme zur Material- und Energieeffizienz einführen sowie die Betriebe gezielt beraten und unterstützen;
- die Nomenklatur im Bereich der Kommodo-Gesetzgebung so ändern, dass bei kleinen Betrieben im Lebensmittel- und Gastronomiebereich weniger administrative Auflagen anfallen;
- **Programme zur Altbausanierung, zur dezentralen Produktion erneuerbarer Energien sowie zum Ausbau des öffentlichen Transports und der sanften Mobilität stärken**. In diesen Sektoren können Arbeitsplätze geschaffen werden, die nicht nur helfen, die Lebenshaltungskosten der Menschen zu senken, sondern die auch nicht der globalen Konkurrenz ausgesetzt sind und regionale Unternehmen stützen;
- **die Ausweisung von neuen Betriebs- und Gewerbezone an kohärente Nachhaltigkeitskriterien binden**. Hierbei werden wir auf eine proaktive Vorgehensweise setzen und schon bei der Ausweisung die Vorteile der Kreislaufwirtschaft berücksichtigen und Betrieben zeigen, wie die Zirkularität ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern kann;

- **dafür sorgen, dass alle Wirtschaftsbranchen ihren Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz leisten**, denn wenn eine Branche den Anschluss verpasst, gehen Arbeitsplätze und Wohlstand verloren. Betriebe aus allen Wirtschaftszweigen müssen durch spezifische Programme in den Bereichen Ressourcen- und Energieeffizienz fit gemacht werden;
- **die langfristigen Zielsetzungen des Rifkin-Berichts** (z.B. der Umstieg auf 100% erneuerbare Energien und Elektromobilität oder 100% Biolandwirtschaft), **die eine ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft anstreben, weiterverfolgen**. Hierzu gehört auch das Ausarbeiten von Zwischenzielen und Messinstrumenten sowie ein regelmäßiges Monitoring;
- **die Nutzung von Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen optimieren** und somit dem Energie- und Ressourcenhunger in Luxemburg gegensteuern;
- **die Energieeffizienzberatung für Betriebe stärken** zum Beispiel durch eine personelle Stärkung der „Agence de l'Energie“ in diesem Bereich.

23.2 *Gutes Leben ist mehr als Bruttosozialprodukt*

Ein Land, das auf ungebremses Wirtschaftswachstum setzt, treibt sich selbst in den Ruin, denn bereits heute übersteigen die sozialen und ökologischen Kosten des Wachstums bei weitem den ökonomischen Nutzen. Statt blinder Wachstumshörigkeit möchten wir die wirtschaftliche Entwicklung des Landes an der Verbesserung der Lebensqualität orientieren und die ökologische Modernisierung unseres Landes in den Mittelpunkt stellen. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist die kontinuierliche Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, damit die natürlichen Grundlagen unseres Wohlstandes – Luft, Wasser, Boden – erhalten bleiben. Auf diese Weise sichern wir den Wirtschaftsstandort Luxemburg langfristig ab.

Lokale Initiativen, wie z.B. die Transition-Bewegung, führen zu einem positiven Umdenken in Bezug auf unsere Lebensweise, schaffen grüne Arbeitsplätze und bringen Menschen, Ideen und Talente auf lokaler Ebene näher zusammen. Auch hochwertige soziale Dienstleistungen in der Gesundheitsversorgung, bei den Pflegediensten sowie der Arbeit mit Jugendlichen und Kindern fördern das Gemeinwohl und brauchen deshalb eine bessere gesellschaftliche Anerkennung. Zudem birgt die Solidarwirtschaft auch im Produktionsbereich noch ein großes Potenzial, welches Industriebetriebe stärker nutzen müssen.

déi gréng werden:

- **die gesellschaftliche Diskussion über die zukünftige Entwicklung Luxemburgs weiterführen, damit wir gemeinsam über unsere Konsumstile und Gesellschaftsziele entscheiden können**. So sollten wir den Pakt für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit durch einen Pakt für Wohlstand und Nachhaltigkeit ersetzen;
- **statistische Indikatoren benutzen, um den Zustand unseres sozialen und ökologischen Wohlstands zu bewerten** und auf diese Weise das Bruttosozialprodukt als Hauptindikator ablösen;
- **einen jährlichen Wohlstandsbericht veröffentlichen**, der auf diese Indikatoren aufbaut;
- **klarstellen, dass ressourcenintensive Produktion und hochspekulative Finanzgeschäfte schrumpfen müssen**, dafür aber erneuerbare Energien und Ressourcen sowie soziale Dienstleistungen wachsen sollen.

Kreislaufwirtschaft und Solidarökonomie

déi gréng werden:

- eine nationale Strategie für **Solidar- und Sozialwirtschaft** ausarbeiten und ein nationales Forum und Internetportal zur Förderung der „**sharing economy**“ aufbauen;
- die neuen Möglichkeiten bewerben, die durch das Gesetz der „**Sociétés d’Impact Sociétal**“ (**SIS**) im Bereich der Solidar- und Sozialwirtschaft geschaffen wurden. Dazu gehört:
 - o Initiativen und Betriebe unterstützen, die sich dem **solidarischen Wirtschaften** und der Gemeinwohl-Ökonomie verschreiben;
 - o **soziale Dienstleistungen** nicht nach rein wirtschaftlichen Kriterien bewerten. Die Qualität der Dienstleistung sollte immer im Mittelpunkt ihrer Bewertung stehen;
- **Tausch-, Teil-, Reparatur- und Verleihdienstleistungen unterstützen** und der breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Hier entstehen großartige Möglichkeiten für eine hochwertige Versorgung mit materiellen Gütern, die material- und kostenschonend und gemeinschaftlich genutzt werden. Das beinhaltet:
 - o **die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft** in die Planung von neuen Aktivitätszonen integrieren;
 - o durch einen **Materialpass für Gebäude** die Kreislaufwirtschaft im Baugewerbe fördern;
 - o **Beratungsstellen für Betriebe** in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, Energie- und Ressourceneffizienz einrichten und bereits bestehende Initiativen weiter ausbauen;
 - o **bei öffentlichen Ausschreibungen** gezielter auf „pay-per-use“ und „pay-for-performance“-Kontrakte setzen. Auch beim Staat muss der Mentalitätswechsel vom „Kaufen und Besitzen“ zu einer gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und Dienstleistungen vorangetrieben werden;
 - o **Steuervergünstigungen für Reparaturarbeiten** verallgemeinern (super-reduzierter TVA-Satz von 3%) und somit die Transition von der Wegwerf- zur Reparaturgesellschaft vorantreiben;
 - o das Mehrweg-System zur Reduzierung des Lebensmittelabfalls „Ecobox-System“ ausbauen;
- **die „corporate social responsibility“ weiter entwickeln** und für mittlere und größere Unternehmen verpflichtende Sozialbilanzen einführen. Dazu gehört ebenfalls:
 - o nach dem französischen Vorbild ein Gesetz zur Sorgfaltspflicht von transnationalen Unternehmen ausarbeiten, damit sie die Standards der internationalen Menschenrechte, sowie des Sozial- und Umweltrechts auch in ihren außereuropäischen Niederlassungen einhalten.

23.3 Das Handwerk fördern

Obwohl das Handwerk in Luxemburg viele Arbeitsplätze schafft, fehlt es der Branche noch immer an genügend qualifizierten Arbeitskräften. Zudem haben Betriebsinhaber*innen es oft schwer Nachfolger*innen zu finden. Die Energiewende wird jedoch in der Zukunft für mehr Aufträge fürs Handwerk im Bereich der energetischen Sanierung und der Energieeffizienz sorgen. Das Handwerk braucht demnach auch weiterhin gut ausgebildetes Personal. Die Aufgabe der Politik ist es das Handwerk zu stärken und das Image der Handwerkerkarriere aufzuwerten.

Die Digitalisierung wird sich auch auf die traditionellen Geschäftsmodelle von Handwerksbetrieben auswirken. Auch das Handwerk wird demnach immer mehr digitale Kompetenzen verlangen.

déi gréng werden:

- **in den Schulen stärker für das Handwerk als berufliche Karriere werben** und Schnuppertage und -praktika in Handwerksbetrieben organisieren um das Handwerk als erstrebenswerte Berufsaussicht zu promoten;
- **die Berufsausbildung fürs Handwerk neu ausrichten**, dem Handwerkerberuf einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert verschaffen und besser entlohnen;
- **den Einstieg in die Berufsausbildung für Einsteiger*innen mit Abitur vereinfachen**. Hierbei wollen wir uns am deutschen Modell orientieren;
- **Initiativen unterstützen, die Handwerksbetriebe bei der Suche nach Nachfolger*innen helfen**. In zehn Jahren werden mehr als 3.000 Betriebsinhaber*innen in Luxemburg eine*n Nachfolger*in suchen. Es gilt diesen Prozess zu vereinfachen, damit die Erfahrung und das Können etablierter Betriebe nicht verloren gehen;
- **„Handwerkerhaff“ einführen und fördern** um Betriebsgründer*innen und Jungmeister*innen einen besseren Start in die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Benötigte Infrastrukturen werden hier zeitlich befristet zur Verfügung gestellt und dienen als "Brutkästen" für neue dynamische Existenzgründungen;
- **die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten fürs Handwerk an die Herausforderungen der Digitalisierung anpassen**. Die Handwerksbetriebe von heute und morgen müssen Digitalisierungsstrategien entwickeln, die sowohl den Handwerker*innen als auch den Kund*innen einen Mehrwert bieten. Dafür brauchen sie gut geschultes Personal mit digitalen Kompetenzen.

23.4 Start-Ups und Mittelstand stärken

Start-ups sowie kleine und mittlere Betriebe machen einen immer wichtigeren Teil der Luxemburger Ökonomie aus. Sie dienen als Jobmotor und spielen bei der Diversifizierung unserer Ökonomie eine wichtige Rolle. Vor allem für Start-Ups ist eine finanzielle Unterstützung sowie eine adäquate Betreuung und Beratung durch den Staat in den ersten Jahren nach ihrer Gründung besonders wichtig.

déi gréng werden:

- **den Gang in die Selbstständigkeit unterstützen** und auf diese Art und Weise jungen Menschen und Beschäftigten jeden Alters zusätzliche berufliche Möglichkeiten eröffnen. Dazu gehören zum Beispiel ein besserer gesetzlicher Rahmen für Selbstständige und Freiberufler („indépendants et professions libérales“) und eine bessere Unterstützung von Werkhöfen für kreative Berufe usw.;
- **Start-Ups in den ersten Jahren nach der Gründung eine finanzielle Unterstützung und eine adäquate Betreuung und Beratung anbieten**. Hierbei wollen wir uns am „technoport“-Modell orientieren;
- **großregionale „guichets uniques“ schaffen**, die den Unternehmen den Umgang mit administrativen Hürden erleichtern. Diese Anlaufstellen sollen die Betriebe ebenfalls über gesetzliche Auflagen und finanzielle Beihilfen informieren;

- **für innovativ und regional ausgerichtete Klein- und Mittelbetriebe ein attraktives wirtschaftliches Umfeld schaffen.** Die Wirtschaftsförderung wird sich vor allem auf die Sektoren Umwelt- und Energietechnologien, Gesundheits-, Kreativ- und Kommunikations- sowie Stahlverarbeitungstechnologien in der Großregion fokussieren;
- **die Industriebrachen im Süden** des Landes mit der „Cité des sciences“ zum Zentrum dieser neuen Wirtschaftsstandbeine machen;
- Brücken zwischen den öffentlichen Forschungseinrichtungen und den Betrieben schlagen.

23.5 *Einen nachhaltigen Tourismussektor aufbauen*

Der luxemburgische Tourismussektor birgt ein großes und zum größten Teil noch nicht ausgeschöpftes Potenzial von weit mehr als 40 Millionen potenziellen Kund*innen in einem Umkreis von 400 Kilometern. Es liegt auf der Hand, dass die Politik bei der Diversifizierung der Ökonomie auch dieses Potenzial nutzen muss. Dafür muss der Stellenwert des Tourismus in Luxemburg jedoch erhöht werden.

Zwar gibt es jetzt schon einen dynamischen Städtetourismus in der Hauptstadt, aber auch der ländliche Raum bietet abwechslungsreiche Landschaften, kulturhistorische Perlen, kulinarisches Potenzial, also viele Möglichkeiten den sanften Tourismus auszubauen. Hierbei soll besonders auf regionale Produkte und Dienstleistungen gesetzt werden. Das touristische Potenzial, welches unser ländlicher Raum bietet, beinhaltet, bei besserer Nutzung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Erhalt von Lebensqualität und Kulturgütern und eine Aufwertung der Erholung für die einheimische Bevölkerung.

déi gréng werden:

- **den Tourismus zu einem wichtigeren Standbein der Luxemburger Wirtschaft aufbauen**, indem wir die bestehenden Potenziale, vor allem im Bereich sanfter und nachhaltig orientierter Tourismus, stärker nutzen. Dazu gehört:
 - o **Tourismusbetriebe und -verbände über die Vorteile des sanften Tourismus aufklären** und ihnen den Vorteil von Labels wie zum Beispiel dem „Ecolabel“ oder der „Bed&Bike“ Zertifizierung näherbringen;
 - o **die Strukturen für den aktiven Tourismus** (Wandern, Rad-Touring, Mountainbiking, Reiten, Wassersport) **ausbauen** und den Aktivtourismus besser vermarkten;
 - o **Wander- und Fahrradwege ausbauen** und diese sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene fördern;
 - o **den „slow tourism“ im Respekt von Umwelt und Natur gezielt fördern** indem zum Beispiel ein gepäckloses Wandern ermöglicht wird;
 - o **Tourismusinfrastrukturen gezielt** nach dem „design for all“-Prinzip **ausbauen**, das sich nicht nur auf Mitmenschen mit beschränkter Mobilität limitiert;
- eine **einheitliche nationale Kommunikationsstrategie** zusammen mit allen Akteuren ausarbeiten und umsetzen. Diese sollte die unterschiedlichen Stärken der verschiedenen Regionen (Luxemburg-Stadt, Müllerthal, Mosel, Ösling, Gutland und Minett) berücksichtigen und Prioritäten setzen für Investitionen, Marketing und Subventionen. Die bestehenden Tourismusangebote müssen den Präferenzen der Kunden angepasst werden. Das bedeutet:
 - o eine professionelle und **zentralisierte Buchungsplattform** für Luxemburger Hotels und Pensionen auf www.visitluxembourg.lu **einrichten**.

- **die Hotelfachschulen aktiver am Erhalt und Wiederaufbau gastronomischer Infrastrukturen und Traditionen beteiligen**, z.B. indem verstärkt auf bestehende einheimische Qualitätsprodukte zurückgegriffen wird;
- **bei der Luxemburger Bevölkerung stärker für den Inlandtourismus werben**;
- **besonderen Wert auf Naherholungsgebiete legen** und die lokale Bevölkerung besser über Freizeitangebote und Veranstaltungen informieren, damit auch Kurzurlaub und Tagesausflug im eigenen Land attraktiver werden.

23.6 Finanzplatz auf die Zukunft ausrichten

Ein stabiler und angepasster Finanzsektor schafft nicht nur Arbeitsplätze. Er ist auch notwendig, damit wir den Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit schaffen. Der Finanzplatz ist ebenfalls ein wichtiger Baustein für die Zukunft der EU, wenn er sich die Finanzierung des Umbaus auf die Fahnen schreibt, hin zu einer grünen europäischen Ökonomie. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, müssen wir die Steuernischenpolitik aufgeben und verstärkt auf eine harmonisierte europäische Steuerpolitik sowie den automatischen Informationsaustausch innerhalb der EU setzen, nicht nur bei den Sparkonten der kleinen Leute.

Nur wenn wir andere Staaten durch Haltung und Taten davon überzeugen können, dass Luxemburg nicht (mehr) zur Steuerflucht beiträgt, sondern zu einem gemeinsamen, transparenten und sicheren Kapitalmarkt in der EU, werden wir den Finanzplatz nachhaltig und solide innerhalb der internationalen Konkurrenz aufstellen können.

déi gréng werden:

- **den Finanzplatz Luxemburg weiter diversifizieren** und dabei die Ansiedlung von Investmentfonds fördern, die sozial engagierte und umweltverträgliche Projekte finanzieren;
- die Akteure des Finanzplatzes dabei unterstützen die Risiken des Klimawandels besser bei ihrer Produktentwicklung zu berücksichtigen und dies transparent zu kommunizieren;
- Standards für die Bewertung der wichtigsten Nachhaltigkeitsthemen entwickeln und aufgrund dessen die öffentlich verwalteten Fonds auf ihre Klimaverträglichkeit prüfen und gegebenenfalls die Investitionen so umschichten, dass sie zum Klimaschutz beitragen;
- **in Zusammenarbeit mit der "Europäischen Investmentbank" (EIB)** Risikokapitalfonds zur Finanzierung von grünen Zukunftsprojekten etablieren;
- Risiko und **Verantwortlichkeit im Finanzsektor** durch intelligente Regulierung besser verknüpfen;
- dazu beitragen, die **Spekulation auf Rohstoffen** einzudämmen;
- die Universität dabei unterstützen, die **Erforschung von Nachhaltigkeitskriterien** und -analysen voranzutreiben und zu vermitteln.

24. Forschend die Zukunft gestalten

Wir wollen die öffentliche Forschung in Luxemburg zukunftsweisend ausrichten. Die Digitalisierung unserer Gesellschaft, die Diversifizierung unserer Ökonomie und die Klima- und Energiewende stellen auch die Forschung vor eine große Herausforderung. Für déi gréng ist es deshalb wichtig, dass die Schwerpunkte der Forschung vor allem im Bereich der ökologischen und sozialen Transformation Luxemburgs liegen sollen.

Wissenschaft und Forschung müssen in unsere Gesellschaft eingebettet werden. Hierfür muss der Austausch zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft konsequent gefördert werden. Dazu gehören auch eine stärkere Einbindung der Bürger*innen in die Entwicklung wissenschaftlicher Fragestellungen („Citizen Science“) und ein offener und einfacher Zugang zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Darüber hinaus müssen wir besser für die Forschung bei Schüler*innen und Student*innen werben, hochqualifizierte Wissenschaftler*innen längerfristig an die hiesigen Forschungseinrichtungen binden, Brücken zwischen den ausländischen Studierenden und der Luxemburger Gesellschaft schlagen und die großen Innovationspotenziale der mittelständischen Unternehmen fördern.

déi gréng werden:

- **die Forschungsprioritäten Luxemburgs aktualisieren.** Hierfür wollen wir sowohl **eine breite gesellschaftliche Debatte über die Prioritäten und Ziele der Luxemburger Forschung anstoßen** als auch weiterhin an den „Assises de la recherche“ festhalten;
- das Forschungszentrum List in Richtung eines Kompetenzzentrums im Bereich Ressourcenschutz und Ökoinnovation weiter entwickeln und dabei einen Pool an nationalen Experten durch dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse aufbauen;
- **bei der Ausrichtung der Forschung konsequent umwelt- und sozialpolitische Nachhaltigkeitsprinzipien berücksichtigen.** Dabei soll besonders auf die spezifische Situation Luxemburgs und unsere Stärken Rücksicht genommen werden. Folgende Schwerpunkte sollen im Zentrum der Forschung stehen:
 - **Mehrsprachigkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und kulturelle Diversität** beispielsweise innovative pädagogische Konzepte, die unserer komplexen Realität als Immigrations- und Mehrsprachenraum und der heterogenen Schulbevölkerung Rechnung tragen;
 - **gesellschaftlicher Wandel zugunsten einer nachhaltigen Gesellschaft,** Energieeffizienz und -produktion, beispielsweise energiesparendes, erschwingliches und gesundes Bauen und Wohnen;
 - **Materialforschung,** insbesondere im Bereich der Ressourcenschonung, beispielsweise regionale Stoffkreisläufe (Landwirtschaft, Kreislaufwirtschaft);
 - **Umwelt- und Gesundheitstechnologien;**
- **die Universität Luxemburg beim Erstellen einer einheitlichen Strategie unterstützen,** die unter anderem die strategischen Forschungsschwerpunkte der Universität neu definiert, die Beziehungen zwischen den multidisziplinären Forschungszentren regelt und die Bedeutung, Relevanz und Tragweite der Forschungsexzellenz beschreibt;
 - **die Abteilung für Weltraumrecht an der Uni.lu ausbauen** und die Verbreitung und Förderung des Weltraumrechtes sowie die Forschung in diesem Rechtsbereich unterstützen. Dazu gehört ebenfalls, dass Luxemburg auf internationaler Ebene dafür eintreten soll, **den Weltraumvertrag von**

1967 zu überarbeiten, um zum Beispiel Ressourcenabbau im Weltraum durch private Akteure nach den Prinzipien der Bewirtschaftung von Allgemeingütern zu regulieren;

- **die Fusionen der öffentlichen Forschungsanstalten evaluieren** und verbessern sowie die Kooperation zwischen diesen Forschungszentren und der Universität stärken;
- staatlich geförderte **Forschungsprojekte stärker einer gesellschaftspolitischen Evaluation unterziehen** und sich dabei am deutschen Modell der Technologiefolgeabschätzung orientieren und die Partizipation der Zivilgesellschaft garantieren;
- **den Austausch zwischen Forscher*innen und der Zivilgesellschaft weiter fördern**. Bereits bestehende Initiativen (z.B. Mr Science, science.lu, chercheurs à l'école) sollen ausgebaut und durch neue Initiativen wie zum Beispiel der Veröffentlichung neuer Forschungserkenntnisse durch „Open Access“-Publikationen ergänzt werden;
 - o die Bürger*innen in die Entwicklung wissenschaftlicher Fragestellungen („Citizen Science“) einbinden;
- den Ministerien, öffentlichen Verwaltungen und der Abgeordnetenkammer **mehr Mittel** zur Verfügung stellen **um spezifische Ressortforschung zu betreiben**, die in Zusammenarbeit mit externen Forschungsinstituten aus dem In- und Ausland durchgeführt wird;
- **die „Luxembourg School of Finance“ neu aufstellen** und als Lehr- und Forschungsanstalt damit beauftragen neue Aktivitätsfelder des Finanzplatzes Luxemburg zu untersuchen. Dabei soll ein besonderer Akzent auf öffentliche Finanzen und Steuergerechtigkeit gelegt werden, sowie auf die Entwicklung von Modellen eines sozial- und umweltpolitischen Ratings von Banken und der Finanzierung von Start-up-Unternehmen;
- **das Forschungsministerium personell aufstocken**, damit es sich, neben der Prospektion von neuen Forschungsfeldern, der Evaluation der bestehenden Forschungsprojekte, auch um die Entwicklung einer nationalen Forschungspolitik kümmern kann;
 - o die Rolle des **„Comité supérieur de la recherche et de l'innovation“** evaluieren und bei Bedarf den aktuellen Gegebenheiten der luxemburgischen Forschungslandschaft **anpassen**;
- auf internationaler Ebene für Luxemburg und die **„Cité des Sciences“** in Belval als Zentrum für Forschung und Innovation werben;
- **mit den verschiedenen Forschungsstrukturen zusammenarbeiten** und gezielt nach Möglichkeiten suchen, Konferenzen zu den einzelnen Themenbereichen in Luxemburg zu organisieren. So wird nicht nur der Standort Luxemburg im Bereich der Forschung gestärkt, sondern Luxemburg als Konferenz- und Event-Standort wird dadurch stark profitieren;
- die Forschung zu den Wirkungsprofilen und medizinischen Potentialen der psychoaktiven Pflanzen in Luxemburg fördern und ein Exzellenz-Zentrum in diesem Bereich schaffen, um somit wertvolle Pionierarbeit im Bereich des Einsatzes von Cannabis zu leisten.

Kapitel VI

Sécher schaffen am digitalen Zäitalter

Ob Smartphone-App, soziale Netzwerke oder vernetzte Dienste, der digitale Wandel macht sich heute schon in vielen Bereichen unseres alltäglichen Lebens bemerkbar.

déi gréng wollen dem digitalen Wandel gestalten und an den Interessen der Menschen ausrichten, nicht der Konzerne. Unsere digitalen Leitwerte sind dabei: Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. déi gréng treten im Netz gegen Hetze, Hass und Gewalt ein und fördern digitale Selbstbestimmung. déi gréng setzen sich ein für modernen Verbraucher - und Datenschutz, höchste Standards bei der IT-Sicherheit, fairen Wettbewerb und Innovationsfähigkeit. Selbstbestimmung im digitalen Zeitalter bedeutet auch, dass Verbraucher*innen die Kontrolle über ihre Geräte haben.

déi gréng wollen die Potenziale des digitalen Wandels für Bildung und Forschung, gleichberechtigte Teilhabe, sozialen Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft nutzen. Für Innovationen im digitalen Zeitalter, bessere (digitale) Infrastruktur und für mehr IT- Sicherheit für alle Menschen und Unternehmen ist Regulierung erforderlich..

Digitale Medien beeinflussen, wie wir mit Arbeitskollegen und Freunden **interagieren und kommunizieren**. Über unser Smartphone sind wir rund um die Uhr erreichbar. Wir benutzen es um unsere Arbeitstermine, unser Familien- und unser Sozialleben zu planen oder unsere Bankgeschäfte zu erledigen. Es ist unser Fitnesstrainer, zählt unsere Schritte und archiviert unsere Radtouren. Das Smartphone dient uns als virtueller Einkaufswagen, Reisebüro, Musikzentrale, Kamera und Spielzeug.

Der Einfluss technischer Innovationen und der Digitalisierung wird zunehmen und neue Herausforderungen – Risiken und Chancen – mit sich bringen.

Für déi gréng ist es besonders wichtig, dass der digitale Wandel für die Energie- und **Verkehrswende** intelligent genutzt wird. Dafür müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dem digitalen Wandel und neuen technischen Innovationen, wie z.B. den selbstfahrenden Fahrzeugen, Rechnung tragen.

Der Impakt der Digitalisierung auf die **Arbeitswelt** muss dafür genutzt werden um über neue Arbeitsmodelle nachzudenken. Dadurch erhalten wir die Möglichkeit unser Privatleben besser mit Familie und Beruf zu vereinbaren. déi gréng werden deshalb eine breite Debatte zu Themen wie Arbeitszeitverkürzung, Heimarbeit und Vertrauensarbeitszeit anstoßen.

In einer digitalen Gesellschaft muss der **Zugang** zu den neuen Technologien für alle Bürger und Bürgerinnen gewährleistet sein. Kompetenz im Umgang mit klassischen wie neuen Medien ist eine wichtige Voraussetzung, um die gesellschaftliche Entwicklung zu verstehen und auch aktiv daran teilnehmen zu können. Mediennutzung und Medienkompetenz sind deshalb als Erziehungs- und Bildungsauftrag zu verstehen.

Ziel der grünen Politik ist es die **Gefahren der Digitalisierung zu erkennen** und ihre Chancen zu nutzen. Wir werden den Digitalisierungsprozess gestaltend begleiten. Statt kurzfristiger Profite steht dabei ein langfristiger Wohlstandsgewinn für unsere Gesellschaft im Vordergrund. Nur so kann der digitale Aufbruch unserer Gesellschaft, unserer Unternehmen und unserer Politik zu einer Erfolgsgeschichte für Luxemburg werden.

25. Arbeitsplätze sichern und Digitalisierung steuern

Sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungsbereich werden Roboterisierung und Digitalisierung traditionelle Arbeitsprozesse in Frage stellen. Durch Rationalisierung und Automatisierung werden teils Arbeitsplätze verloren gehen, teils neue Tätigkeitsfelder geschaffen werden. Wir müssen die Erwerbstätigen von heute und morgen auf ein Leben in der digitalisierten Arbeitswelt vorbereiten. Diese Herausforderung muss sowohl in der Schule, der Ausbildung, als auch in der Erwachsenenbildung angegangen werden. Auf der anderen Seite dürfen die Gewinne der Betriebe aus der **Plattformökonomie** (wie „Uber“ oder „Airbnb“) nicht auf Kosten des Arbeitsrechtes oder der sozialen Absicherung der „Crowd Workers“ entstehen. Sharing-Plattformen dieser Art dürfen auch nicht zum Zweck der Steuervermeidung, der Scheinselbstständigkeit oder der Hinterziehung von Sozialbeiträgen missbraucht werden.

25.1 Digitale Ökonomie in die Verantwortung nehmen

Elektronische Plattformen vermitteln Dienstleistungen nach Bedarf, die gegen ein relativ geringes Entgelt ausgeführt werden. Dabei dürfen weder die Rechte der Dienstleistungsanbieter*innen noch die Pflichten der Arbeitgeber*innen untergraben werden déi gréng werden:

- **einen Ordnungsrahmen für die Plattformökonomie erstellen.** Viele digitale Plattformen ersetzen bislang genutzte Dienstleistungen. Oft fallen „digitale“ Dienstleister*innen jedoch nicht unter die gleichen Regulierungen wie „traditionelle“ Akteure. Dies erfordert die Schaffung gleicher Markt- und Wettbewerbsbedingungen;
- **ethische und philosophische Fragen in Bezug auf künstliche Intelligenz klären** und Verantwortungsfragen bezüglich roboterisierter Schadensverursacher klarstellen;
- **digitale Großunternehmen zur Verantwortung ziehen.** Es muss wieder selbstverständlich werden, dass digitale Großunternehmen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, Steuern zahlen und sich an die rechtlichen Vorgaben des neuen EU Datenschutzrechts halten.

25.2 Das Arbeitsrecht an die digitalen Arbeitsbedingungen anpassen

Unsere Gesellschaft wird immer digitaler und dieser Wandel macht auch nicht auf dem Arbeitsplatz halt. Damit wir von den Chancen der Digitalisierung am Arbeitsplatz profitieren können, müssen Arbeiterinnen und Arbeiter vor einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geschützt werden.

déi gréng werden:

- **das Arbeitsrecht an neue Formen der Beschäftigungsverhältnisse in der Plattformökonomie anpassen,** damit die Arbeitnehmer*innenrechte geschützt bleiben;
- **das Gesetz über den Sozialdialog evaluieren** und die Sozialpartner an der Ausarbeitung der Reformvorschläge aktiv beteiligen, damit Konflikte in den Bereichen Arbeit und Lohn zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und deren Gewerkschaften geschlichtet werden können;
- **Scheinselbstständigkeit unterbinden.** Dies gilt nicht nur im Bereich der Plattformökonomie, sondern auch beim Outsourcing in traditionellen Unternehmen;

- das „**Recht auf Nichterreichbarkeit**“ **eingeführen**, also das Recht, in seiner Freizeit nicht permanent erreichbar sein zu müssen bzw. nicht auf Emails oder ähnliche arbeitsbezogene Nachrichten antworten zu müssen, damit Freizeit auch tatsächlich Freizeit bleibt;
- das **Gesetzesprojekt über Lebensarbeitszeitkonten vorantreiben**, das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen soll, ihre Arbeitszeit an die jeweiligen Lebens- und Familienumstände anzupassen, ohne dabei Rentenansprüche einzubüßen;
- der **Telearbeit einen rechtlichen Rahmen geben**. Die Rechte und Pflichten der Sozialpartner sollen dabei geregelt werden, damit zu beidseitiger Zufriedenheit Telearbeit erleichtert wird. In diesem Kontext muss die Arbeitszeitregelung in digitalen Berufen die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Arbeitswelt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigen;
- die Überwachung am Arbeitsplatz besser regeln, damit die Privatsphäre der Arbeitnehmer*innen geschützt bleibt, auch wenn verstärkt digitale Arbeitsmethoden zum Einsatz kommen;
- **reglementarische Mindeststandards einführen** zu Arbeitsflächenbedarf und Lärmpegel in Großraumbüros.

25.3 *Arbeitsbedingungen verbessern*

Arbeit muss nicht nur angemessen entlohnt werden, auch die Arbeitsbedingungen müssen laufend überprüft und gegebenenfalls verbessert werden.

déi gréng werden:

- den **Mindestlohn** erhöhen und regelmäßig an die Entwicklung der Kaufkraft anpassen;
- die **Ausbildung** der Gleichheits- und **Sicherheitsdelegierten** verbessern, damit sie ihren Aufgaben in den Betrieben effizienter nachgehen können;
- Maßnahmen gegen **Mobbing** und **sexuelle Belästigung** am Arbeitsplatz gesetzlich verankern;
- Initiativen unterstützen, die gezielt die **Lebensqualität der Arbeitnehmer*innen** verbessern, statt ausschließlich die Entlohnung der Arbeit (z.B. Jahreskarten für den öffentlichen Transport, Sport- und Freizeitaktivitäten).
- einen einzigen arbeitsmedizinischen Dienst einrichten;
- die **Liste der Berufskrankheiten** aktualisieren und die Aufnahmen von Krankheiten prüfen, die möglicherweise durch Pestizide verursacht wurden;
- die ITM (Inspection du Travail et des Mines) personell besser ausstatten, damit sie ihre vielfältigen Kontrollaufgaben ausführen kann und stärker im guichet.lu einbinden, damit dort alle unkompliziert Hilfestellung erfahren (Information, Melden von Missständen, etc).

26. Die richtige Arbeit für Jung und Alt

Die Arbeitsmarktverwaltung Luxemburgs wurde in den letzten Jahren reformiert und funktioniert heute deutlich besser. Wir dürfen uns aber nicht auf diesen Erfolgen ausruhen. Nicht alle Beschäftigungsinstrumente wurden auf ihre Wirksamkeit überprüft. Sie müssen gegebenenfalls angepasst werden, damit eine aktive und individuelle Begleitung für alle Arbeitssuchenden garantiert ist.

26.1 Jugend in Arbeit bringen

Der Weg ins Arbeitsleben ist heute schwieriger als noch vor einigen Jahrzehnten. Um das Heranwachsen einer „verlorenen Generation“ zu verhindern, müssen wir neue Wege finden, um Jugendliche in die Arbeitswelt einzuführen.

déi gréng werden:

- die **Reformbemühungen innerhalb der ADEM weiter unterstützen** und die ADEM mit den Arbeitsämtern der Großregion vernetzen;
- **die „Maison de l’Orientation“ mit regionalen Büros stärken**, um Jugendliche bei der Berufswahl zu unterstützen. Die „Maison de l’Orientation“ muss außerdem die Vernetzung von Schule und Arbeit aktiver vorantreiben;
- **Weiterbildungsmöglichkeiten, Umschulungen und personalisiertes Coaching** in der „Agence pour le développement de l’emploi“ (ADEM) und der „Maison de l’Orientation“ weiter verbessern;
- verstärkt **Ausbildungsplätze für Jugendliche** bei Staat und Kommunen schaffen;
- möglichst alle Lehrgänge der Berufsausbildung im technischen Unterricht in **Deutsch und Französisch** anbieten;
- **Betriebe unterstützen**, die sich der Ausbildung von Jugendlichen annehmen, beispielsweise durch einen Ausbildungspakt, der sowohl die Betriebe als auch die Jugendlichen fördert und fordert;
- das neue **Gesetz zu den studentischen Praktika** evaluieren und gegebenenfalls nachbessern;
- die **Ausrichtung der Orientierungsmaßnahmen in der Schule** an die Nachfrage am Arbeitsmarkt anpassen. Hierfür brauchen wir eine systematischere Analyse des Arbeitsmarkts;
- **neue Ausbildungsprogramme ausarbeiten**, die besser auf die veränderten Nachfragen des Arbeitsmarktes reagieren.

26.2 Erfahrung schätzen lernen

Älterwerden darf nicht heißen, auf dem Arbeitsmarkt „obsolet“ zu werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeits- und Lebenserfahrung älterer Arbeitnehmer gewürdigt wird, indem arbeitserhaltende Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer sowie einstellungsfördernde Maßnahmen für ältere Arbeitssuchende erhalten bleiben und ausgebaut werden.

déi gréng werden:

- gemeinsam mit den Sozialpartnern eine Strategie entwickeln zur **Förderung älterer Mitarbeiter*innen** und zum Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen den Generationen;

- die derzeit bestehenden Möglichkeiten der Altersteilzeit evaluieren und verbessern. Darüber hinaus soll die Möglichkeit einer Berufstätigkeit über das Rentenalter hinaus vereinfacht werden.

26.3 Menschen mit spezifischen Bedürfnissen integrieren

Menschen mit spezifischen Bedürfnissen haben das gleiche Recht durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen wie alle anderen Arbeitnehmer*innen. Ihnen wird jedoch oft der Zugang zu Arbeit und somit zu gesellschaftlicher Anerkennung und persönlicher Entfaltung verwehrt. Ihr Zugang zum ersten Arbeitsmarkt muss sich verbessern.

déi gréng werden:

- die arbeitsrechtlichen Elemente der **UN-Konvention über die Rechte behinderter Personen umsetzen**;
- die gesetzlichen Vorgaben zur Einstellung von Arbeitsuchenden mit Behinderung bei Staat und Gemeinden vorbildlich umsetzen;
- **inklusive Beschäftigungsmodelle** auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verstärkt fördern;
- die **Inklusion von Arbeitssuchenden mit Behinderung** in den Arbeitsmarkt fördern;
- Kompensationszahlungen einführen wenn Betriebe die **Quote für die Beschäftigung von Mitarbeitern** mit spezifischen Bedürfnissen nicht erfüllen. Diese Zahlungen sollen automatisch von den Betrieben an die Sozialversicherung abgeführt werden und zur Finanzierung von Maßnahmen genutzt werden, die die Einstellung von Menschen mit Behinderung fördern;
- das Gesetzesvorhaben bezüglich der Assistenten zur Inklusion auf den Arbeitsmarkt („assistants à l'inclusion dans l'emploi“) schnell abstimmen und umsetzen;
- dafür sorgen, dass das Familienministerium in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft betroffenen Betrieben Programme anbietet um die Erstellung und Verwirklichung eines inklusiven Arbeitskonzeptes bestehender oder neuer Teilaktivitäten zu begleiten.

26.4 Auch Arbeitgeber unterstützen

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, bzw. Unternehmen müssen sich ihrer sozialen Verantwortung stellen. Dazu soll die nötige Unterstützung von öffentlicher Hand kommen.

Eine kohärente und transparente Beschäftigungspolitik benötigt die aktive Mitarbeit der Unternehmen, beispielsweise bei der Planung der Ausbildungsprofile und -programme. Dazu gehört die konkrete Umsetzung der Schlüsselqualifikationen, die von der Unternehmerseite immer wieder gefordert werden.

déi gréng werden:

- Betriebe, die sich der Ausbildung von Jugendlichen annehmen, stärker unterstützen;
- sogenannte **„groupements d'employeurs“** einführen, in denen sich Arbeitgeber zusammenschließen und Festeinstellungen tätigen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden flexibel in den jeweiligen Betrieben eingesetzt, um schwankende Arbeitskraftbedürfnisse auszugleichen. Bei Einstellungen in den teilnehmenden Betrieben genießen die Angestellten des „groupement“ Vorrecht;

- die **Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Ausbildungsträgern** fördern, beispielsweise durch Konventionen zur praktischen Aus- oder Weiterbildung von Arbeitslosen;
- die Umsetzung der bestehenden Gesetze beschleunigen, die Arbeitgeber bei Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen – auch sprachlicher Natur – des Personals unterstützen.

27. Datensicherheit für Betriebe, Datenschutz für alle

Immer mehr Unternehmen versuchen, durch Rückgriff auf verfügbare Daten, das Verhalten von Menschen vorherzusagen und gezielt zu beeinflussen. Und auch staatliche Behörden wie Polizei und Geheimdienste testen weltweit Big Data und algorithmische Prognosen. Hier wollen déi gréng mit strengen Regeln Transparenz schaffen, Missbräuche verhindern und Verstöße ahnden, denn inzwischen ist klar, dass kommerzielle Datensammlungen nicht nur für Produktmarketing, sondern auch anderweitig benutzt werden - etwa für gezielte politische Wahlkampagnen.

Maßnahmen für einen strengen Datenschutz gehen dabei für déi gréng Hand in Hand mit höchster Daten- und IT-Sicherheit. Da unser Berufs-, Familien- und Freizeitleben und unsere Gesellschaft insgesamt immer stärker von digitalen Geräten, Systemen und Prozessen durchdrungen sind, kann ein größerer Systemausfall, ein akzidenteller Datenverlust oder ein gezielter Datenklau heute gravierende Folgen haben. Neben dem Schutz der persönlichen Daten sind deshalb für déi gréng die physische und virtuelle Sicherheit der Daten und der Netzinfrastruktur das A und O der Digitalisierung und unserer digitalen Wissensgesellschaft.

27.1 Verbraucherschutz, auch in der digitalen Welt

Beim Stichwort „Verbraucherschutz“ denken nur wenige Menschen auch an die digitale Welt. Eine breit angelegte Aufklärungskampagne zu den neuen strengen EU-Datenschutzregeln und den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten ist dringend notwendig. déi gréng werden den digitalen Verbraucherschutz in Luxemburg vorantreiben und die digitalen Verbraucherrechte ausbauen.

déi gréng werden:

- eine nationale **Aufklärungskampagne über die neuen einheitlichen EU-Datenschutzregeln** und die sich daraus für alle Bürgerinnen und Bürger ergebenden Rechte und Pflichten starten. Nur so können sie ihre persönlichen Daten schützen und ihre digitalen Rechte im Sinne einer informationellen Selbstbestimmung wirksam nutzen;
- die **Umsetzung der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung** eng verfolgen und die personellen und materiellen Mittel der nationalen Datenschutzkommission (CNPD) bei Bedarf weiter an die wachsende Aufgabenlast anpassen;
- Luxemburg zu einem europäischen und weltweiten **Pionier im Bereich des Datenschutzes** machen;
- **Cyber-Mobbing bekämpfen**. Diffamierung, Belästigung, Beleidigungen oder gar Bedrohungen sowohl unter Erwachsenen als auch unter Kindern und Jugendlichen sollen mit gezielten Präventions- und Sensibilisierungsprogrammen abgewehrt werden;
- sich für die Einführung einer **Mängelhaftung der Hersteller** bei Datenschutz- und Sicherheitsproblemen einsetzen;
- auf die Einführung einer Mindestfrist drängen, während der die digitalen Produkte mit Sicherheitsupdates versorgt werden müssen. So verhindern wir, dass Produkte durch ausbleibende Updates in Elektroschrott verwandelt werden.
- bestehende **Überwachungskameras** im öffentlichen Raum evaluieren und ihre Anzahl ggf. reduzieren. Flächendeckende Überwachungskamerasysteme lehnen wir ab.
- den Einsatz von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung beim digitalen Datenaustausch vorantreiben;
- die Forschung zu den Chancen und Risiken der **Blockchain-Technologie** ausbauen;

- auf EU-Ebene für eine möglichst starke **Interoperabilität** zwischen den großen Messenger- und Social-Media-Plattformen eintreten, um, genau wie im Telekommunikationsbereich, den Menschen die Möglichkeit zu bieten app- bzw. anbieterunabhängig miteinander zu kommunizieren.

27.2 *Ein freies und offenes Internet für alle*

Nur ein freies und offenes Internet ermöglicht mehr Transparenz und Partizipation und fördert das Teilen und die Vermehrung von Wissen, die technologische Innovation und den kulturellen Austausch.

déi gréng werden:

- **freie und offene Software** und Dateiformate fördern, besonders durch deren Nutzung in den öffentlichen Verwaltungen;
- sich in der EU dafür einsetzen, dass Nutzer*innen auf ihren elektronischen Geräten die technische und rechtliche Möglichkeit haben, **freie Software und Firmware einsetzen** zu können, mit dem Ziel diese Geräte auch unabhängig vom Willen des Herstellers anders und länger nutzen zu können oder eigenhändig Updates, insbesondere Sicherheitsupdates vornehmen zu können;
- das **digitale Erbe** der Informationsgesellschaft für spätere Generationen archivieren und den zuständigen Stellen, wie der Nationalbibliothek und dem Nationalarchiv, die dafür notwendigen Mittel und Infrastrukturen zur Verfügung stellen;
- **Open-Access-Modelle** im wissenschaftlich-akademischen Bereich fördern um einen möglichst breiten und freien Zugang zu wissenschaftlichen Artikeln und Erkenntnissen zu ermöglichen;
- zwecks **verbessertem Informationszugang**, innovativen Dienstleistungen und stärkerem Bürgerengagement, die Bereitstellung von öffentlichen Open-Data konformen Informationen, unter Wahrung des Datenschutzes, ausbauen;
- **eGovernment-Dienstleistungen weiter ausbauen** um unser Verwaltungswesen zu modernisieren und den Menschen einen schnellen und direkten Zugang zu staatlichen Informationen, Prozeduren und Dienstleistungen zu gewähren;
- sich dafür einsetzen, dass **Menschen ohne Zugang zum Internet** oder ohne die dafür notwendigen Kenntnisse, ohne Benachteiligung auf eine „analoge“ Alternative zurückgreifen können. Bei Zahlungen oder anderen Schalter- bzw. Bankoperationen muss sichergestellt werden, dass den Konsumenten*innen bzw. Kunden für klassische Operationen keine unfairen Kosten verrechnet werden;
- dafür eintreten, dass bei den **selbstlernenden Systemen** (Künstliche Intelligenz) verstärkt auf Transparenz und Offenheit geachtet wird, dass die zugrunde liegenden Parameter und die algorithmischen Entscheidungen analysierbar und nachvollziehbar bleiben und von Experten geprüft werden können, z.B. auf Einhaltung der rechtlichen Regeln zur Nichtdiskriminierung.

Netzausbau und -neutralität

déi gréng werden:

- den konsequenten **Ausbau der Netzinfrastruktur** und -kapazitäten vorantreiben sowie den gleichberechtigten Zugang garantieren, da dies die Grundvoraussetzungen für Netzneutralität sind;
- mit den Netzanbietern darüber verhandeln, dass sie den Kund*innen nicht nur wie üblich eine maximale, sondern auch eine **Mindestgeschwindigkeit** zusichern;
- das Prinzip der **Netzneutralität verteidigen** und gesetzlich verankern.

Digitale Bildung

déi gréng werden:

- sowohl die IT- und Programmier-Kenntnisse als auch die generellen Kenntnisse in Bezug auf die digitale Gesellschaft, die informationelle Selbstbestimmung, den Schutz persönlicher Daten und Datensicherheit verbessern;
- bei der **Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte** das Lernen mit digitalen Medien und die digitalen Kompetenzen weiter ausbauen;
- bei der **Erwachsenenbildung** bzw. der Weiterbildung die Vermittlung von digitalen Kompetenzen ausbauen, damit alle Menschen – speziell auch die Älteren – die neuen digitalen Möglichkeiten sicher nutzen und die Gefahren besser erkennen können;
- in Schule, Ausbildung und Wirtschaft gezielt auch **digital-kreative Kenntnisse fördern**.

Urheberrecht

déi gréng werden:

- die bestehenden **Urheberrechtsmodelle** mit Blick auf die schnellen Veränderungen im digitalen Zeitalter weiter **anpassen** bzw. auf EU-Ebene für deren Anpassung eintreten um einen möglichst fairen Interessenausgleich zwischen Urhebern, Verwertern und Verbrauchern zu garantieren;
- Privatkopien sowie transformatorische nichtkommerzielle Nutzungsformen von urheberrechtlich geschützten Werken rechtlich absichern und **die freien Nutzungsmöglichkeiten für Bildungszwecke ausweiten**;
- kommerzielle Plattformbetreiber, die direkt oder indirekt von der Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke profitieren, in die Vergütung einbeziehen, damit die kommerzielle Nutzung stets angemessen vergütet werden kann.

27.3 Den Digitalisierungsprozess begleiten

Der Prozess des digitalen Wandels ist im vollen Gange. Die Digitalisierung stellt die Luxemburger Ökonomie vor neue Herausforderungen, bietet aber auch neue Chancen. déi gréng wollen den Digitalisierungsprozess gestaltend begleiten. Ziel der grünen Wirtschaftspolitik ist es Gefahren zu erkennen und die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

déi gréng werden:

- **kleinen und mittleren Betrieben beim Digitalisierungsprozess helfen**, dies vor allem durch Beratungs-, Weiterbildungs- und Umbildungsinitiativen und die Vermittlung digitaler Kompetenzen innerhalb der Ausbildung und in der Schule;

- **Betriebe bezüglich des Nachholbedarfes im Bereich von Eigensicherung und Backupsystemen sensibilisieren.** Hierbei spielt der Schutz des Betriebsgeheimnisses eine zentrale Rolle;
- **in die Sicherheit kritischer IT-Infrastrukturen investieren** um einen adäquaten Schutz vor Cyberattacken zu garantieren;
- eine **Online-Plattform schaffen**, auf denen Luxemburger Betriebe Dienstleistungen und Produkte regional vermarkten können;
- **Luxemburg im Bereich des "Cloud Computing" zum sichersten und verlässlichsten Datenzentrum der EU ausbauen.** Dabei werden wir spezifische Standortvorteile des Landes nutzen, wie die gute internationale Konnektivität, die vorhandenen energieeffizienten Datenzentren, das professionelle Image des Finanzplatzes, aber auch das verfügbare technische und juristische Knowhow;
- **eine staatliche Crowdfunding-Plattform für Luxemburger Unternehmen und Start-Ups schaffen** und auf diese Weise durch ein „Gesetz für alternative Finanzierungen“ eine rechtliche Basis für Crowdfunding schaffen.

Kapitel VII

Ee gutt Liewen mat Europa

Geprägt von den Wunden, die zwei Weltkriege auf dem Kontinent hinterließen, haben europäische Nationen vor mehr als sechzig Jahren einen für die damalige Zeit revolutionären Weg eingeschlagen: sie verabschiedeten sich vom Recht des Stärkeren, entschieden sich, eine rechtsstaatliche Wertegemeinschaft zu gründen und unterzeichneten die Römischen Verträge. Mit der europäischen Einigung wurde eine lange und schmerzhaft Episode von Krieg und Zerstörung schließlich überwunden.

Ohne ein geeintes Europa kann es keinen Frieden, keinen Wohlstand und keine Sicherheit in unserer globalisierten Welt geben. Die großen grenzüberschreitenden Probleme unserer Zeit sind für die Kleinstaaterei zu groß: Kampf gegen die Klimakrise, Hunger, Armut, Krieg und Terrorismus, Korruption sowie die gerechte Gestaltung der Globalisierung und der Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik. Um diese Herausforderungen angehen zu können, muss die EU sozialer, solidarischer, ökologischer und demokratischer werden.

28. Ein starkes Europa schützt seine Bürger

déi gréng nehmen gesellschaftliche Spaltung, Ausgrenzung, autoritäre Tendenzen und Komplizenschaft mit untransparenten Lobbys nicht hin. Wir wollen ein Europa, das allen Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt ermöglicht und das den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger sowie seine geopolitische Verantwortung zum zentralen Maßstab aller politischen Entscheidungen macht.

déi gréng wollen ein geeintes und demokratisch regiertes Europa, das seine Wirtschaft und Energieversorgung auf ein umwelt- und klimafreundliches Fundament stellt. Ein Europa, das gemeinsam, fair und solidarisch das Gemeinwohl im Auge hat. Ein Europa, das sich weltweit für Menschenrechte und soziale Rechte einsetzt und autoritäre Regime nicht stärkt, sondern schwächt.

28.1 Europa sorgt für eine gesunde Umwelt und schützt Tiere

Die Umweltnormen der EU gehören zu den strengsten der Welt. Die EU-Umweltpolitik fördert eine umweltfreundlichere Wirtschaft, den Schutz der Natur und die Sicherung von Gesundheit und Lebensqualität der Menschen. Diese Standards in den Bereichen Luft- und Wasserqualität sowie Naturschutz geraten jedoch durch anti-europäische Bewegungen und sektorielle Industrielobbys in Gefahr.

déi gréng wollen die gemeinsame Umwelt- und Klimapolitik weiter ausbauen. Wir möchten die Wirtschafts- und Finanzpolitik am Gemeinwohl und an sozialer Gerechtigkeit ausrichten. Wir wollen nicht gegen, sondern im Einklang mit der Natur arbeiten und stellen den Menschen, das Klima und unsere Umwelt in den Mittelpunkt.

déi gréng werden:

- **die europäische Wirtschaft bis 2050 klimaneutral gestalten**, d.h. energieeffizient und auf erneuerbaren Energieträgern beruhend;
- **sich im Verbund mit anderen EU-Mitgliedstaaten für einen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen**, insbesondere für einen Ausstieg oder eine Reform des Euratom-Vertrages, um damit die öffentliche Subventionierung der Atomkraft zu beenden. Zudem muss die Bevölkerung bei der Frage der Laufzeiten von Atomkraftwerken grenzüberschreitend mitbestimmen können;

- **die Europäische Agrarpolitik grundlegend reformieren** um die Belastungsgrenzen unserer Umwelt zu respektieren, sich an den Bedürfnissen der ansässigen Bevölkerung zu orientieren und den Landwirten Alternativen zu bieten, die ihre Höfe am Leben erhalten;
- **die europäische Verkehrswende vorantreiben** um die Klimaziele zu erreichen sowie die Bürger*innen in Städten vor schlechter Luftqualität zu schützen;
- **die EU-Genehmigungsverfahren für Chemikalien und Pestizide transparenter** gestalten und dafür sorgen, dass gefährliche Substanzen vom Markt verschwinden;
- **den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI)** aufstocken und zu einem Pakt für nachhaltige Investitionen umbauen, um dadurch die soziale und ökologische Erneuerung der europäischen Wirtschaft und der Industrie zu unterstützen;
- sich europaweit für ein **Verbot nicht nachhaltiger Fangmethoden** einsetzen, um so ihren Beitrag zum Schutz der Ozeane und der nachhaltigen Fischerei zu leisten;
- auf europäischer Ebene **strengere Regeln für internationale Tiertransporte** einführen, die durch effizientere und häufigere Kontrollen auch tatsächlich zur Anwendung kommen. Tiertransporte sollen EU-weit auf maximal 8 Stunden Fahrzeit begrenzt werden;
- Aktionspläne unterstützen zur **Förderung der Biodiversität** und zur Erhaltung sämtlicher Tierarten die vom Aussterben bedroht sind;
- sich auch auf europäischer Ebene für eine **artgerechte Tierhaltung** einsetzen (End-cage-age-Kampagne) **bei "Nutztieren" sowie in der Forschung** (wenn diese sich denn als wirklich notwendig erwiesen hat).

28.2 Europa kämpft gegen Sozial- und Steuerdumping

Soziale Gerechtigkeit ist ein Ziel der Europäischen Union. Doch die Globalisierung hat in den letzten Jahrzehnten auch dazu geführt, dass sich die Ungleichheiten bei Einkommen und Wohlstand vergrößert haben. déi gréng wollen ein Europa, das sich zum Vorreiter für sozialen Fortschritt weiterentwickelt. Deshalb dürfen die Unternehmer*innenfreiheiten nicht über die sozialen und demokratischen Freiheiten der Arbeitnehmer*innen gestellt werden.

Durch legale und illegale Steuertricks entgehen den EU-Staaten laut Schätzungen jedes Jahr etwa tausend Milliarden Euro, das entspricht in etwa dem Staatshaushalt Luxemburgs der nächsten 40 Jahre. Im Kampf gegen die Steuerflucht ist Europa in den vergangenen Jahren zwar vorangekommen, aber wir brauchen eine besser koordinierte europäische Steuerpolitik und Lösungen, an denen sich alle Mitgliedstaaten beteiligen. Luxemburg hat in den vergangenen Jahren zwar wichtige Schritte hin zu mehr Steuertransparenz gemacht, muss in Zukunft jedoch mehr Verantwortung übernehmen.

déi gréng werden:

- **auf die Einführung einer „Sozialen Fortschrittsklausel“ in die Europäischen Verträge pochen**, um den Begriff des sozialen Fortschritts in den Verträgen verbindlich so festzulegen, dass die sozialen Grundrechte im Konfliktfall Vorrang vor den wirtschaftlichen Grundfreiheiten haben;
- **sich für einen europäischen Mindestlohn einsetzen, der sich jeweils am nationalen BIP orientiert**, um die Senkung der Sozialstandards und eine Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte zu verhindern;

- **sich für ein europäisches Arbeitslosengeld einsetzen**, und vor allem jungen Menschen in Europa, die unter hoher Jugendarbeitslosigkeit leiden, ein Minimum an europäischer Solidarität zukommen lassen;
- **sich für die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage einsetzen**, damit Unternehmen ihre Gewinne nicht künstlich kleinrechnen oder in andere EU-Länder verschieben können, um ihre Steuerlast zu senken;
- **einen europaweiten Minimalsteuersatz für Unternehmen unterstützen**, um die Wettbewerbsgleichheit im europäischen Binnenmarkt zu garantieren;
- sich dem europäischen **Projekt einer Finanztransaktionssteuer anschließen**, als Beitrag zu einer gerechten Besteuerung von Kapital.

28.3 Europa verteidigt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Eine funktionierende Demokratie braucht Regeln, die sicherstellen, dass öffentliche Entscheidungen auf transparente Art und Weise und im Interesse des Allgemeinwohls getroffen werden. Die Zukunft der Europäischen Union darf nicht von Regierungschefs in Hinterzimmern entschieden werden. Um Vertrauen herzustellen, müssen die Bürgerinnen und Bürger stärker in die europäische Politik einbezogen werden.

déi gréng wollen ein Europa, in dem Bürger*innen Vertrauen in ihre gewählten politischen Vertreter*innen haben können, weil diese dem öffentlichen Wohl dienen und nicht den Interessen einzelner Lobbys. Unser Ziel ist ein EU-weites offenes und transparentes Regieren von der lokalen, über die nationale bis zur europäischen Ebene. Mehr Transparenz macht Politik nachvollziehbar und ermutigt Bürgerinnen und Bürger sich einzubringen.

déi gréng werden:

- sich für die **Einführung von gesamteuropäischen Listen** und die Verankerung des „Spitzenkandidaten“-Prinzips in europäisches Wahlrecht einsetzen, damit Inhalte der Europapolitik sichtbarer werden;
- **die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zu einem zentralen Instrument der Bürger*innenbeteiligung in Europa umbauen und bestehende prozedurale Mängel beheben**;
- sich stark machen für die **Schaffung einer unabhängigen Behörde für integere Politik**, die für die Überprüfung finanzieller Interessen von EU-Kommissaren, Europaabgeordneten und relevanten Beamten der Institutionen zuständig ist;
- die Einführung eines **obligatorischen Lobbyregisters** für alle EU-Institutionen vorantreiben, inklusive des EU-Rates und der Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten.

29. Internationale Politik verantwortlich gestalten

In einer sich immer weiter globalisierenden Welt darf ein kleines Land wie Luxemburg nicht isoliert dastehen. Es gibt Herausforderungen und Chancen, die wir nur in internationaler Kooperation angehen können. Wir wollen ein weltoffenes Land sein, das sich über die Grenzen Europas hinaus engagiert.

2015 hat die Weltgemeinschaft mit dem Klimaabkommen von Paris und den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen („Sustainable Development Goals“) eine wichtige Etappe für wirksamen Klima- und Umweltschutz und für die Bekämpfung von Armut und Hunger weltweit genommen. Unsere künftige Außenpolitik muss maßgeblich dazu beitragen, dass diese ehrgeizigen Ziele auch erreicht werden.

29.1 Europapolitik in Luxemburg stark machen

déi gréng werden die Europapolitik stärker in den Mittelpunkt der politischen Diskussion in Luxemburg rücken und ihre Transparenz und demokratische Kontrolle erhöhen. Das Ziel der Luxemburger Europapolitik muss unter anderem darin bestehen, die Interessen des Landes und der Großregion längerfristig zu schützen und dabei auf deren Stärken aufzubauen. Gleichzeitig soll Luxemburg sich europa- und weltweit konsequent Herausforderungen wie Klimaschutz, Jugendarbeitslosigkeit, hohen Sozialstandards und Finanzregulierung stellen. Nur so können unsere Reputation und unser politisches Gewicht wieder gestärkt werden.

déi gréng werden:

- **die Positionierung der luxemburgischen Regierung im EU-Rat** vorab in der Chamber diskutieren lassen;
- **den Mitarbeiterstab der „Chamber“ im Bereich der Europapolitik und das Verbindungsbüro der „Chamber“ in Brüssel stärken.** Auf diese Weise können die Arbeiten zu Entwürfen für Richtlinien und Regulierungen bereits ab einem frühen Stadium begleitet und die Zusammenarbeit zwischen nationalen Abgeordneten und den Luxemburger Europaabgeordneten gestärkt werden;
- **den nationalen Parlamenten ermöglichen**, die EU-Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlages aufzufordern;
- **die Luxemburger Zivilgesellschaft** besser bei der kritischen Begleitung der Luxemburger Europapolitik unterstützen.

29.2 Verantwortung in der Welt übernehmen

In den letzten Jahren haben wir dramatische Umbrüche in der Weltpolitik erlebt. Kriege und Konflikte in der ganzen Welt, besonders in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union, haben sich weiter verschärft. In einer solchen Lage sind Besonnenheit, eine multilaterale Weltordnung, die Stärkung des Völkerrechts und der Menschenrechte sowie zivile Ansätze zur Konfliktlösung notwendiger denn je. In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik kaum mehr voneinander zu trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsamen Herausforderungen der Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nur grenzüberschreitend gelöst werden können. Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu.

Für déi gréng ist Kooperationspolitik keine karitative Veranstaltung, sondern eine internationale Zusammenarbeit zwischen Regierungen und Zivilgesellschaften unterschiedlicher Länder zur Bekämpfung von Armut, Friedenserhaltung, Schaffung von Sozialsystemen, Bildung und Demokratieentwicklung, gerechtem Handel, Schutz natürlicher Ressourcen und globaler Umweltpolitik. Daraus entstehen eine partizipative humane

Entwicklung, Wohlstand sowie politische Stabilität und Frieden. Die UN-Menschenrechtskonventionen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sind die Leitfäden grüner Kooperationszusammenarbeit.

déi gréng werden:

- **auch weiterhin 1% des nationalen Bruttoeinkommens in die internationale Kooperation investieren;**
- **einen „Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte“ schaffen**, der die Luxemburger Agrar-, Handels-, Finanz-, Wirtschafts-, Umwelt- und Immigrationspolitik auf ihre Kohärenz mit den Nachhaltigkeitszielen überprüft;
- die Verwässerung und zunehmende **neokolonialistische Ausrichtung der europäischen Kooperationspolitik entschieden bekämpfen;**
- sich im Handelsbereich für ein **Ende der wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (EPA) mit den AKP-Staaten** und für die Wiedereinführung **unilateralen Handelspräferenzen für Entwicklungsländer** einsetzen;
- **einen neuen Zukunftspakt zwischen der EU und Afrika anstreben** in den Bereichen erneuerbare Energien, sozial-ökologische Innovation sowie zivile Krisenprävention und dem Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen;
- **das Recht aller Staaten auf eine eigenständige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik verteidigen.** Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit müssen dabei an erster Stelle stehen;
- die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sowie die völkerrechtliche Verankerung lokaler Saatgutbanken verteidigen;
- **Entwicklungsländer dabei unterstützen, ihre natürlichen Ressourcen nachhaltig zu bewirtschaften;**
- **sich für die Schaffung einer UN-Umweltorganisation einsetzen;**
- **das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) stärken**, damit es angesichts der rasant wachsenden Flüchtlingszahlen auf der ganzen Welt lebensrettende Aufgaben besser wahrnehmen kann;
- **Gleichberechtigung fördern und Frauen gezielter unterstützen.** Frauen spielen eine zentrale Rolle in der grünen Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen ihre soziale und politische Rolle stärken und uns für Gleichberechtigung, z.B. beim Zugang zu Schulbildung oder bei den Land- und Eigentumsrechten, einsetzen;
- bei öffentlichen Ausschreibungen den Einkauf von **Gütern und Dienstleistungen aus zertifiziertem fairem Handel** und nachhaltigen Wirtschaftsweisen zum Standard machen und der EU Verordnung bezüglich der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette von Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten Rechnung tragen.

29.3 *Sich mutig für den Frieden einsetzen*

Zerfallende staatliche Strukturen, internationaler Terrorismus, Klimawandel, zunehmende Ressourcenkrisen, Aufrüstung und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sind die größten globalen Risiken für Frieden und Sicherheit. Grüne Friedens- und Sicherheitspolitik zielt auf Konfliktvorbeugung, den Schutz der Menschenrechte, auf internationale Gerechtigkeit und Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit und die Stärkung des internationalen Rechts. Von daher sehen wir die Rolle der Armee in Luxemburg aus einem besonderen Blickwinkel.

Luxemburg hat keinen militärischen Gründungsmythos und ist allein nicht zu Krieg oder auch nur zu militärischer Verteidigung des Landes fähig. Daher ist die Rolle der luxemburgischen Armee nicht mit derjenigen anderer Länder zu vergleichen. Sie ist vielmehr unser Beitrag zu

Systemen kollektiver Sicherheit, Ausdruck staatlicher Souveränität, Kriseninstrument bei inneren Bedrohungs- oder Katastrophenlagen, Rekrutierungsreserve für Teile des öffentlichen Dienstes sowie Ort sozialer Integration.

déi gréng werden:

- **sich in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU für die Entscheidungsfindung per qualifizierter Mehrheit und die gleichberechtigte Beteiligung des Europäischen Parlaments einsetzen.** déi gréng setzen sich für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik ein, die auf Abrüstung, Zusammenarbeit und zivile Maßnahmen setzt sowie den Sicherheitsinteressen der EU-Mitglieder und der Anrainerstaaten Rechnung trägt;
- sich gegen Forderungen aus anderen Nato-Staaten stellen, die Militärausgaben verbindlich auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern. Wir setzen vorrangig auf eine **engere gemeinsame Planung, Kooperation und Koordination der militärischen Kapazitäten** innerhalb der EU. Selbstverständlich setzt dies die Stärkung der Mitspracherechte des Europäischen Parlaments voraus und geht mit einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik der EU-Staaten einher;
- **die institutionelle, personelle und finanzielle Stärkung der Vereinten Nationen vorantreiben.** déi gréng unterstützen die Idee eines gemeinsamen Sitzes der EU im UN-Sicherheitsrat, damit dadurch die anderen Weltregionen in diesem wichtigen Gremium repräsentativer vertreten sein können;
- **die zivile Krisenprävention stärken** und auf Deeskalation von Konflikten sowie auf den längerfristigen Abbau von Konflikt- und Gewaltursachen hinarbeiten;
 - o **die europäischen Zivilmissionen zur Konfliktprävention** und die Beobachtung politischer Prozesse unterstützen. Dafür brauchen wir in Luxemburg eine Struktur, die zivile Akteure rekrutiert und ausbildet, um Luxemburgs Beitrag zur europäischen zivilen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu gewährleisten. Während Luxemburg an allen NATO-Missionen teilnimmt, ist dies längst nicht der Fall für die zahlreicheren zivilen Friedensmissionen der Europäischen Union;
 - o **militärische „Konfliktlösungen“ nur als allerletztes Mittel in Betracht ziehen.** Zum Zweck legitimer Selbstverteidigung oder um illegitime Gewalt zu verhindern und zu beenden, kann, im Rahmen der Vereinten Nationen, militärische Intervention einen notwendigen Beitrag zur Gewalteinämmung, -verhütung und Friedenskonsolidierung leisten;
- die **NATO** reformieren, damit sie **in die Sicherheitsarchitektur der Vereinten Nationen** integriert werden kann. Ihre prinzipielle Ausrichtung hat strikt defensiv zu bleiben. Ein Rückfall in das Blockdenken des Kalten Krieges mit seiner Logik des Wettrüstens ist zu vermeiden. Atomwaffen in der EU bringen nicht zwangsläufig mehr Sicherheit;
- klare **Menschenrechtskriterien** ausarbeiten, die **für alle bilateralen Beziehungen** mit Ländern in- und außerhalb der EU gelten müssen. Luxemburg soll verstärkt eine Rolle bei Demokratie- und Rechtsstaatsbemühungen übernehmen;
- die Luxemburger satellitengestützten Militäreinrichtungen streng kontrollieren;
- die **personelle und technische Ausstattung der Armee** an die veränderten Anforderungen anpassen:
 - o die berufliche und **militärische Ausbildung der Armee-Freiwilligen** verbessern um angemessen auf mögliche Einsätze sowie das anschließende zivile Berufsleben vorbereitet zu sein;

- die **Laufbahnen der Berufssoldaten** der aktuellen Situation anpassen durch die Schaffung einer mittleren Laufbahn ähnlich wie bei der Polizei;
- **den teilweisen Ausrüstungsmangel kurzfristig beheben.** Mangelhafte oder veraltete Schutzausrüstung widerspricht der Fürsorgepflicht für unsere Soldaten. Gleiches gilt für andere Ausrüstungen bzw. Fahrzeuge, welche an eine sich ändernde Auftragslage anzupassen sind.

30. Welthandel gerecht gestalten

déi gréng wollen die Globalisierung sozial gerecht und ökologisch nachhaltig gestalten. Auch der Handel muss dazu beitragen, die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu lösen: Klimakrise, Ressourcenverschwendung, ungebremster ökologischer Raubbau, Armut und Hunger, gewalttätige Konflikte und in der Folge die Flucht von Millionen Menschen.

30.1 Leitplanken für einen fairen Welthandel

Das Beispiel der Europäischen Union zeigt, dass richtig ausgestalteter Handel Lebensqualität und Wohlstand steigern kann. Doch das Beispiel der EU zeigt auch: Fairer Handel braucht gute Rahmenbedingungen, klare Regeln und wirksame demokratische Kontrolle. déi gréng werben deshalb dafür, dass Handel auf starke Regeln statt auf einseitige Liberalisierung setzt. Nur so legt er das Fundament für eine faire globale wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Fairer Handel trägt dazu bei, Verbraucher-, Umwelt- und Sozialstandards sowie die Menschenrechte in internationalen Handelsbeziehungen zu stärken. Er basiert auf Spielregeln, die Wettbewerb unter gerechten Bedingungen ermöglichen und Monopolbildung und Marktkonzentration zurückdrängen. Wir sagen: Nur fairer Handel ist nachhaltig, demokratisch und im Interesse der Menschen.

déi gréng werden:

- **die Weiterentwicklung von Sozial-, Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltstandards im Welthandel fördern.** Handelsabkommen dürfen nicht die Möglichkeiten eines Staates einschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen;
- **öffentliche Dienstleistungen, Beschaffungswesen und Gemeingüter schützen.** Handelsabkommen dürfen nicht zu einer Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führen. Soziale, ökologische und kulturelle Gemeingüter gehören genauso geschützt wie die öffentlichen Dienstleistungen oder der Umgang mit Daten. Es muss außerdem sichergestellt werden, dass Staaten und öffentliche Akteure weiterhin die Möglichkeit behalten, bereits privatisierte Sektoren wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen oder besondere ökologische, gesundheitliche, soziale und arbeitsrechtliche Standards beim öffentlichen Beschaffungswesen zu berücksichtigen;
- **für einen Welthandel eintreten, der den Menschen nicht ihre Existenzgrundlagen raubt.** Handelsabkommen dürfen schwächere Handelspartner nicht dazu zwingen, Märkte zu öffnen, wenn dies den Menschen in den betroffenen Ländern die Existenzgrundlage raubt;
- **für einen Welthandel eintreten, der ökologische Ressourcen schützt;**
- **sich für die Schaffung eines Internationalen Handelsgerichtshofs einsetzen.** Wir brauchen höchste juristische Standards und eine öffentliche Rechtsprechung um den Schutz von Mensch und Umwelt zu gewährleisten.

30.2 Europas Verantwortung im globalen Handel

Die Europäischen Institutionen sind zum Teil selbst verantwortlich für die weitverbreitete Kritik ihrer Handelspolitik, da die Entscheidungskompetenz in „Handelsfragen“ stetig in Richtung der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats verlagert wird. déi gréng stellen sich nicht gegen breit angelegte, faire internationale Handelsabkommen, sondern gegen die Art und Weise, wie diese bisher ausgehandelt wurden: hinter verschlossenen Türen und unter Verweigerung einer öffentlichen Diskussion.

Im Sinne der Rechtssicherheit müssen Handelsabkommen mit EU-Recht konform sein. Dies gilt beispielsweise für die Klärung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten oder der Konformität der Investitionsschiedsgerichte mit Europäischem Vertragsrecht. Die bisherigen Entscheidungsstrukturen der EU und der Mitgliedsstaaten in Sachen Handelspolitik haben sich als ungeeignet erwiesen. Die Europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen müssen dieses Problem anerkennen und an Lösungen arbeiten.

déi gréng werden:

- **die demokratische Kontrolle der europäischen Handelspolitik stärken.** Neben dem Europäischen Parlament sollten auch nationale Parlamente frühzeitig an der Ausarbeitung von Mandaten bei handelspolitischen Verhandlungen beteiligt werden. Das Europäische Parlament sollte das Recht erhalten, gleichberechtigt mit dem Rat über das Mandat abzustimmen
- **für mehr Transparenz während des gesamten Verhandlungsprozesses eintreten.** Während der Verhandlungsphase sollten regelmäßig konsolidierte Texte öffentlich gemacht werden und die EU-Kommission muss das Europaparlament und die nationalen Parlamente laufend über den Stand der Verhandlungen informieren.

Ënnerstëtzt eis
MAACHT EN DON

CCPL LU85 1111 1204 2043 0000
DÉI GRÉNG | KOMMUNIKATIOUN: DON

ODER



**Les dons sont soumis aux dispositions de la loi
du 21 décembre 2007 sur le financement des
partis politiques.**